

Palästina

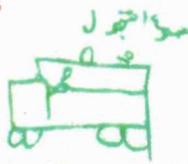
INTIFADA

Solidarität mit Palästina

Nummer 19 Mai 2005 Preis: € 2,-



عبد القادر مصطفى



Pax americana in medio oriente?

Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten, in Palästina, Libanon und Syrien scheinen eine lang gehegte Hoffnung der USA endlich wahr werden zu lassen: Nicht so sehr der Frieden, als vielmehr die Befriedung des Nahen Ostens – in einem US-amerikanischen Sinne – scheint in erreichbare Nähe gerückt zu sein.

Mahmud Abbas macht als Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde weder seiner politischen Vergangenheit als Mitglied der alten Kämpfergarde der Fatah noch seinem Titel Ehre. Nicht so sehr scheint er Präsident der Palästinenserinnen und Palästinenser zu sein, als vielmehr Statthalter von Sharons und Bushs Gnaden über die besetzten Gebiete. Was dort vonstatten geht, ist nicht mehr und nicht weniger als der Ausverkauf aller Rechte und Bestrebungen, für die das palästinensische Volk seit Jahrzehnten kämpft und die seit fast fünf Jahren in der Intifada, dem zweiten Volksaufstand, ihren konkreten politischen Ausdruck finden. Was Abbas dafür im Gegenzug erhält, ist so gut wie nichts. Frieden herrscht nur in den Schlagzeilen der westlichen Medien. In den besetzten Gebieten geht die tägliche Gewalt, die Unterdrückung und Erniedrigung der Bevölkerung, die Landnahme und Zerstörung weiter.

Im Libanon hat die Ermordung Hariris eine Bewegung ausgelöst, die im Westen mit Begeisterungsgeschrei als nationale und demokratische Revolution begrüßt wird. Bedenkt man, dass Syrien, das mit dem Rücken zur Wand steht, keinerlei Interesse an Hariris Tod haben konnte; betrachtet man die soziale und religiöse Zusammensetzung der Bewegung und zieht man schließlich in Betracht, wie gelegen sie den US-amerikanischen und israelischen Interessen im Nahen Osten kommt, dann weiß man zwar noch nicht, wer hinter diesem Attentat steht, aber man kann davon ausgehen, dass dies absolut nebensächlich ist und deshalb auch nicht schnell aufgeklärt werden wird. Um was es geht, ist Syrien in die Schranken zu weisen und insgesamt das Kräfteverhältnis auch im Libanon

ein Stück weit Richtung Westen zu verschieben. Das ist, zumindest fürs Erste, gelungen. Das Europäische Parlament hat vorsorglich die Hizbullah, die politische Repräsentantin der schiitischen Bevölkerung, zu einer terroristischen

Organisation erklärt.

Dass diese Entwicklungen für die arabischen Völker, vor allem für das palästinensische, alles andere als vielversprechend sind, braucht nicht weiter betont zu werden. Es ist der

Pax americana in medio oriente?	2
Wen vertritt Abbas tatsächlich?	3
Eine Reflexion der palästinensischen Wahlen	
Intifada in Zahlen	7
Rassismus in Israel	7
„Ohne Gegenleistung kann die Waffenruhe nicht lange anhalten“	8
Interview mit Usama Hamdan von Hamas	
Wahlen im Irak	10
Muqtada und der Widerstand	12
Interview mit Hassan al-Zargawi (Sprecher von Muqtada al-Sadr)	
Geschichten aus Falluja	13
Hände weg von Hizbullah, der einzigen Garantie für Demokratie!	15
Aufbruch im Zedernland	16
Ein Kommentar zur aktuellen Situation im Libanon	
World Social Forum hoffnungslos zwischen den Stühlen	17
Legal, illegal, scheißegal	18
Ein Tag nach dem „Waffenstillstand“ von Sharm al-Sheikh ...	19
Der Alltag der Besatzung in Palästina geht weiter	
Israel will keinen Frieden, Israel will Land	20
Eindrücke von einer Reise nach Palästina zur Zeit der Präsidentschaftswahlen	
Die Meinungsfreiheit mit Füßen getreten	22
Der Fall Sandra Bakutz	
Der Fall Samar-Jawad	25
Britische Politjustiz gegen Palästinenser	
Solidaritätsreise nach Palästina	26
19. März in Wien – 400 Menschen demonstrieren zur US-Botschaft	28
Trotz angekündigten Rückzugs eindrucksvolle Demo am 19. März 2005 in Rom	29
300 Menschen fordern sofortigen Abzug aller Truppen!	30
Duisburg, 19. März	
Recht auf Widerstand verteidigt	31
Internationale Irak-Konferenz war ein durchschlagender Erfolg	
Unterstützt den irakischen Widerstand!	33
Zehn-Euro-Kampagne für den Widerstand	34
Al-Bassa, das verlorene Dorf meines Vaters	35
Polizeikessel in KPÖ-Lokal	35
„Demokratischer“ Rassismus	37
Michael Warschawski: Mit Höllentempo	46
Die Krise der israelischen Gesellschaft	
Den Holocaust instrumentalisieren, um Kritik abzuwehren	47
Kontakt und Abo	48

Wen vertritt Abbas tatsächlich?

Eine Reflexion der palästinensischen Wahlen

Im Januar 2005 feierten nicht nur die westlichen Medien den „Wahlsieg“ von Mahmud Abbas (Abu Mazin). Der neue Vorsitzende der palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) wurde als der Führer, der „neue Wege zum Frieden“ öffnen würde, dargestellt. Tatsächlich zeigte Ariel Sharon Bereitschaft, die Verhandlungen mit der PNA wieder aufzunehmen. Die USA gratulierten dem „gewählten Präsidenten“ zum Wahlsieg und zeigen sich ebenfalls bereit, neue Verhandlungen unter ihrer Schirmherrschaft zu unterstützen. Was bei den Verhandlungen angeboten wird, ist unklar und scheint nichts Neues zu beinhalten.

Es fragt sich auch, wie einer der bei der palästinensischen Bevölkerung verhasstesten Politiker, die nur unter dem Schutz Arafats leben konnten, zum „Präsidenten“ gewählt wurde. Dass dann der zweitverhassteste, Abu Ala' (Ahmad Qurei'), die „Technokratenregierung“ bilden durfte, ist nur eine logische Schlussfolgerung. Es empfiehlt sich, einige grundsätzliche Fragen zu stellen.

Wer hat gewählt?

Die PNA ist ein Konstrukt des Oslo-Abkommens und gilt als Vertretung der Bevölkerung im Westjordanland und Gaza-Streifen. Nur diese (und nur

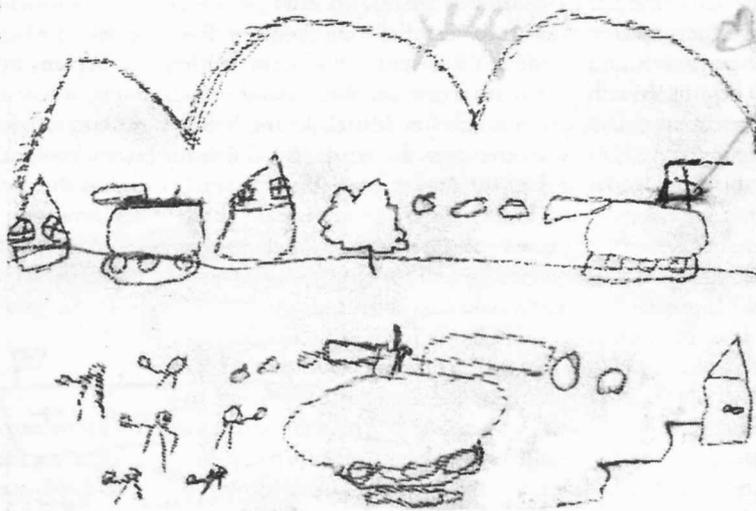
jene, die sich im Moment in den besetzten Gebieten aufhalten), sind wahlberechtigt. Neben den 2,5 Millionen Palästinensern aus den 1967 besetzten Gebieten, leben eine Million im heutigen Israel und weitere vier Millionen im Ausland. Diese sind nicht wahlberechtigt und werden theoretisch durch die PLO vertreten. In der palästinensi-

Palästinenser insgesamt vertritt.

Die PLO und der palästinensische „Sozialpakt“

Die PLO wurde im Jahr 1964 von den arabischen Staaten als eine formale Vertretung der Palästinenser gegründet. Bis zum Krieg von 1967 und der arabischen Niederlage blieb sie im Schatten der panarabischen Führung Nassers. Nach der Niederlage von Nasser im Krieg von 1967 und der Besetzung des Westjordanlands und des Gaza-Streifens stieg die Popularität der palästinensischen Guerillaorganisationen, die ein Jahr darauf die Mehrheit der Sitze im Nationalkongress übernahmen. Arafat wurde von diesem zum Vorsitzenden der PLO

gewählt. Seit damals galt die PLO als eine Vertretung des palästinensischen Anspruchs auf die Befreiung des Landes. Die PLO-Nationalcharta galt als der „Sozialpakt“ zwischen Volk und Führung, da Wahlen in den verschiedenen Aufenthaltsorten der Palästinenser praktisch unmöglich waren. In der Nationalcharta verpflichtet sich die PLO zur Befreiung des gesamten Palästina und zur Ablehnung jeder politischen Lösung, die eine Anerkennung des Zionistenstaates in einem Teil Palästinas



schen Legislatur steht die PNA unter der PLO, gilt jedoch de facto als die palästinensische Regierung, nachdem Arafat die PLO nach 1993 eingefroren hatte. Wahlberechtigt war also höchstens ein Drittel der Palästinenser. Die Wahlbeteiligung selbst betrug 45%, davon erhielt Abbas 62%. Sieht man von der Gültigkeit einer mehrheitlich boykottierten Wahl ab, ist mit einer einfachen Rechnung ersichtlich, dass Abbas 26% der Bevölkerung der besetzten Gebiete und knappe 10% der

historische Niederlage der Linken erneut schmerzlich bewiesen. Was vom Widerstand übrig geblieben ist, findet sich vor allem in den Reihen des politischen Islam wieder. Das mag eine Solidarisierung im Westen erschweren, macht sie aber deswegen nicht weniger notwendig.

Im Gegenteil, für die Solidaritätsbewegung in Europa ist es besonders wichtig, die Befreiungs- und Wider-

standsbewegungen im Nahen Osten unabhängig von politischer oder religiöser Ausrichtung zu unterstützen und ihre politische Legitimität in der westlichen Wahrnehmung zu verteidigen. Eine Pax americana kann diesen Völkern keinen Frieden bringen und sei ihre Friedhofsruhe auch noch so ohrenbetäubend.

irakische Widerstand, der nach wie vor das größte Hindernis für eine imperialistische Unterwerfung der arabischen Völker darstellt und die regionalen Kräfteverhältnisse wieder verschieben kann. Doch auch im Libanon wird sich die schiitische Bevölkerungsmehrheit einer vollständigen Amerikanisierung der Machtverhältnisse nicht ohne größere Konflikte beugen. In Palästina hat sich die

impliziert.

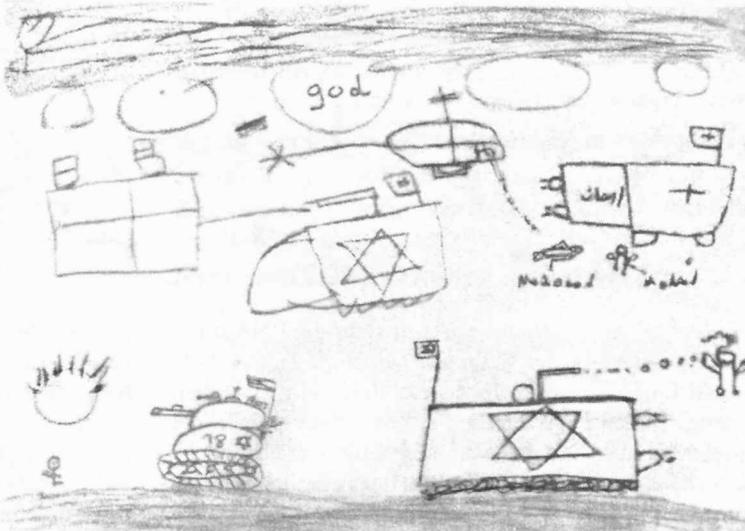
Die PLO konnte sich als die einzige Vertretung der Palästinenser nur deshalb behaupten, weil das Volk jede andere Führung ablehnte. Alle Versuche Israels und der arabischen Regimes, eine akzeptable alternative Vertretung zu schaffen, sind kläglich gescheitert. 1972 erkannte die Arabische Liga die PLO als „die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volks“ an – ein Schritt, der später den Willen der arabischen Regime, sich von der Palästina-Frage zu distanzieren, zeigte. Die Befreiung Palästinas ist somit von einer Verpflichtung der arabischen Staaten zur Aufgabe der PLO geworden und die arabischen Staaten begnügten sich mit der formalen Unterstützung. Die palästinensische Bewegung, die damit ein Abkommen der arabischen Länder mit Israel auf Kosten der Palästinenser verhindern wollte, wurde zu politischen Konzessionen gezwungen und erleichterte den arabischen Regimes weitere Schritte in Richtung Israel. So konnte Ägypten 1979 ein Separat-Abkommen mit Israel unterzeichnen. Der arabisch-israelische Konflikt wurde zum palästinensisch-israelischen. Nach dem Oslo-Abkommen unterzeichnete Jordanien ein Friedensabkommen mit Israel. Danach nahmen weitere arabische Länder politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Israel auf. Die Logik schien dem Motto zu folgen: „Man kann ja nicht palästinensischer als die Palästinenser selbst sein!“

1974 erhielt die PLO einen Beobachtersitz in der UNO und Arafat trat vor der Generalversammlung der UNO auf. Im Westen hing die Anerkennung der PLO ständig mit der Bereitschaft letzterer zusammen, Israel anzuerkennen und den bewaffneten Kampf einzustellen. Tatsächlich machte Arafats Führung schrittweise diese Konzessionen, aber solche Schritte der

PLO waren nie mit Änderungen der Nationalcharta verbunden.

Die zweideutige Sprache Arafats machte es möglich, dass dieser seine Politik vor der Mehrheit der Bevölkerung als mit der Nationalcharta konform darstellen konnte. Das half ihm auch nach den aufeinanderfolgenden militärischen Niederlagen sein politisches Überleben zu sichern.

Das politische „Auferstehen aus der Asche“ machte Arafat wiederum zum Symbol der Unsterblichkeit der Bewegung. Die Führung um Arafat spielte in diesem System so etwas wie eine „Vermittlerrolle“ zwischen der Basis (dem Widerstand) und dem Westen. Für sie diente der Widerstand nur als ein taktisches Mittel, kleine Erfolge zu erreichen. Er wurde allmählich zur Last für Arafats Vorhaben.



Arafats Popularität hing direkt mit seinen gelegentlichen harten Positionen zusammen und drückte sich in den 80ern und 90ern in den diversen Wahlen an den Universitäten und verschiedenen Verbänden aus, bei denen Fatah und die islamische Opposition abwechselnd die Oberhand gewannen. Nichtsdestotrotz führten die laufenden politischen Konzessionen Arafats zur weiteren Schwächung seiner Popularität und zu wichtigen Spaltungen in seiner Organisation Fatah. Seit 1987 stellt Hamas die größte Herausforderung zu Fatah und daher zur PLO dar, wo Hamas ihre Teilnahme an grundlegende politische Reformen verknüpft, zu wel-

cher die jetzige Führungsschicht nicht bereit ist. Seit dem Nationalkongress von 1988, auf dem die PLO-Führung den UNO-Beschluss 242 akzeptierte und dadurch den Zionistenstaat praktisch anerkannte, befand sie sich durch den deutlichen Bruch der Nationalcharta in einer Legislaturkrise. Diese wurde vertieft durch das Oslo-Abkommen von 1993, in dem sich die PLO zur Abschaffung der Nationalcharta verpflichtete. Das Zugeständnis, einen Staat nur auf einem Teil des historischen Palästina zu erreichen, ließ sich in den 80er Jahren durch die Bekämpfung des von Israel vorgesehenen Autonomieplans in den Gebieten verkaufen. Die Massen im Westjordanland und Gaza hatten die Autonomiestrukturen boykottiert und deutlich gezeigt, dass ihre politische Adresse die PLO

war. Nun präsentierte sich die PLO selbst als Träger dieser Autonomiebehörde, aber auch mit dem Versprechen eines baldigen souveränen Staates. Das Abkommen war das Ergebnis geheimer Verhandlungen. Dem Zentralkomitee der PLO wurde das Abkommen von Arafat erst vorgelegt, als es eine vollendete Tatsache war. Die Hälfte des Zentralkomitees trat aus Protest zurück.

1988 musste Arafat bei einer Pressekonferenz die Charta als „veraltet“ bezeichnen. Im Frühling 1996 annullierte der Nationalkongress alle Paragraphen, die mit dem Abkommen von Oslo im Widerspruch stehen. Ein juristisches Komitee wurde beauftragt, eine neue Formulierung der Charta auszuarbeiten, was nie geschah.

Für Israel und die USA hatte die PLO nur noch eine Aufgabe zu erledigen, nämlich die Abschaffung der Nationalcharta (der Nationalkongress musste dies bei einer weiteren Sitzung und in Bill Clintons Anwesenheit bekräftigen). Die Abschaffung der Nationalcharta bedeutete auch die Auflösung des Sozialpaktes und gilt daher

als das politische Ende der PLO. Das war auch das letzte Zusammentreffen des Nationalkongresses.

Danach wurde die PLO nunmehr zu einer Dekoration, an die Arafat die oppositionellen Organisationen (mit Ausnahme von Hamas und dem Islamischen Jihad) durch sterile Dialoge binden wollte. Alle Rufe nach Wiederbelebung und Reform der PLO-Strukturen wurden ignoriert und Arafat trat international als der Chef der PNA auf. Seine Legitimität behielt er aufgrund seiner Rolle als historische Kompromiss- und Symbolfigur und dank seiner internationalen Akzeptanz, solange er seine Aufgaben erfüllte, aber auch durch die Unfähigkeit der Opposition, sich auf ein Alternativprogramm zu einigen. Die Ernennung von Abbas zum PLO-Vorsitzenden als Nachfolger Arafats wurde vom Zentralkomitee getroffen. Es ist fraglich, ob sich der dekorative Nationalkongress je treffen wird, um dies zu ratifizieren.

Der Tod Arafats: Ende einer Ära

Der Tod Arafats wurde von vielen als das Ende einer Ära in der palästinensischen Politik bezeichnet. Nachdem Arafat bei Israel und den USA in Ungnade gefallen war, bedeutete sein Tod für sie neuen Wind für den „Friedensprozess“. Man verdrängte bewusst die Tatsache, dass es die israelische Regierung war, die Arafat boykottierte und versuchte, ihn zu isolieren. Arafat ist jedoch in Ungnade gefallen, weil er in Camp David 2000 auf keine weiteren Grundrechte der Palästinenser verzichten konnte und weil er im Laufe der Intifada nicht in der Lage war, die im Oslo-Abkommen vorgesehene Polizistenrolle zu spielen. Dies insbesondere deshalb, weil sich Israel an seinen Teil des Abkommens nicht hielt.

Arafat war klar, dass er sich nicht total gegen den Widerstand in Palästina stellen konnte, denn dies hätte sein politisches Ende bedeutet. Er manövrierte gerade noch in seiner Vermittlerrolle und versuchte, der Ansprechpartner für die israelische Sicherheit zu bleiben. Er wurde jedoch von Sharons Politik in die Enge gedrängt. Einerseits wurde der PNA-

Polizeiapparat bei den wiederholten israelischen Invasionen der Städte zerschlagen, andererseits rief die aggressive israelische Politik ständig bewaffnete Aktionen hervor, und Arafat hätte bei repressivem Umgang mit den Volksorganisationen jede Glaubwürdigkeit verlieren können. Für die Palästinenser ist sein Tod auch das Ende einer Ära, nämlich der Ära der Kompromissperson. In der Fatah gibt es keine andere Figur, die Akzeptanz im gesamten heterogenen Fatah-Milieu genießt. Fatah besteht aus verschiedenen Cliquen und unterschiedlichen politischen Richtungen, die nur eine Person wie Arafat und nur unter starkem Druck von Außen vereinigen konnte. Alle anderen respektablen Führungsfiguren wurden im Laufe der Jahre von Israel ermordet oder von Arafat entfernt. Arafat machte sich zu einer unersetzlichen Person bzw. er wurde dazu gemacht. Sowohl die „Pragmatischen“ als auch die Radikalen der Fatah waren mit seiner Politik nicht einverstanden, anerkannten aber seine Autorität. Seine palästinensischen politischen Gegner konnten keine Alternative zu ihm aufstellen und dies konnten die Feinde auch nicht. Kein Palästinenser konnte sich die Situation nach dem Tod Arafats vorstellen. Man kritisierte ihn, fühlte sich aber sicher, weil der Mann mit der Kufiyya in seinem Büro lebte. Jeder wusste: Solange Arafat lebt, wird sich nichts ändern, weder zum Besseren noch zum Schlimmeren. Der Tod Arafats bedeutet, dass die Karten neu gemischt sind und öffnet die Tür für große Veränderungen, für große Ängste und neue Hoffnungen, sowohl der Palästinenser als auch deren Feinde).

Dies war der Fatah bewusst. Es ging zunächst um die Einheit der Bewegung. Abbas wurde schleunigst und im kleinen alten Führungskreis zum Vorsitzenden gewählt. Die Basis wurde nicht gefragt und konnte nichts dagegen setzen, weil es um die Einheit ging. Die Opposition von Marwan Barghuti wurde schnell unterdrückt. Die Oslo-Linie in der Fatah hat die Oberhand behalten können, jedoch ist die Duldung dieser Linie innerhalb der Basisorganisation wackelig. Die Gelähmtheit der unsicheren Zeit nach Arafats

Tod klingt langsam ab und neue – für Abbas ungünstige – Verhältnisse könnten sich einstellen, spätestens beim Generalkongress der Fatah im Juli.

Die palästinensische Opposition

Historisch war die palästinensische Bewegung in zwei Hauptlinien gespalten. Die erste, vertreten durch die PLO-Führung, sah die Lösung in einem Staat in einem Teil des Landes, der sich aus Verhandlungen unter internationaler Aufsicht und mit arabischer Unterstützung ergeben kann. Der bewaffnete Kampf war notwendig, um als Gesprächspartner anerkannt zu werden, galt jedoch trotz zeitweise radikaler Rhetorik nicht als strategische Entscheidung. Die zweite Linie, stark vertreten in der Basis der Fatah und in der palästinensischen Linken, betrachtete den bewaffneten Kampf als die einzige Strategie zur Befreiung Palästinas. Diese Linie wurde durch die islamische Bewegung (Hamas und Islamischer Jihad) bestärkt, aber auch durch die politische Praxis, die zeigte, dass Verhandlungen unter den gegebenen regionalen und internationalen Kraftverhältnissen keine gerechte Lösung bringen können. Die palästinensische Opposition konnte jedoch insgesamt keine politische Alternative zur PLO-Führung hervorbringen. Die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) blieb immer ein Mitglied der PLO und begnügte sich damit, Arafats Politik zu kritisieren, ohne seine Führung in Frage zu stellen. Die islamische Bewegung stellte demokratische Reformen als Bedingung, um in die PLO einzutreten, wagte aber den Schritt nicht, eine Alternative zur PLO zu stellen. Weiters konnten sich die oppositionellen Organisationen bisher auf kein gemeinsames Programm einigen. Trotz des wichtigen Potenzials der Widerstandskräfte, blieb die politische Entscheidung auf das Büro Arafats und den kleinen Kreis um ihn beschränkt. Der sogenannte nationale Dialog blieb in der Oslo-Logik gefangen und artete in eine mediale Farce aus.

Wahlboykott und strategische Fehler

Die Fatah-Führung stellte Abbas als Präsidentschaftskandidaten auf und bekräftigte ihre Haltung zur Oslo-Linie. Dies taten auch andere ehemalige linke Kleinorganisationen wie die Volkspartei (ehemalige Kommunistische Partei) und die DFLP (Demokratische Front zur Befreiung Palästinas). Anders verhielt sich die PFLP, die eine Kandidatur mit Reformen im Wahlsystem und gleichzeitigen Parlamentswahlen verknüpfte. Sie entschloss sich aber kurz vor den Wahlen plötzlich, den parteilosen Gegenkandidaten zu Abbas, Mustafa Barghuti, politisch zu unterstützen. Sie begründete dies mit der Unfähigkeit der linken Organisationen, einen gemeinsamen Kandidaten zu stellen. Barghuti war also das kleinere Übel. Er gewann tatsächlich 26 % der Stimmen und verkündete die Gründung einer demokratischen Opposition. Es zeigte sich aber, dass Parteilose in einer kämpfenden Bevölkerung, wo die Organisationen ein wesentlicher Teil der Identität und der politischen Tradition sind, keine ernsthafte Basis gewinnen können.

Hamas forderte Gesamtreformen des palästinensischen politischen Systems und boykottierte die Wahlen. Von der Hamas-Führung kamen widersprüchliche Meldungen, die sich über Boykott, Kandidatur bis hin zur Wahlbeteiligung erstreckten. Der Islamische Jihad boykottierte die Wahlen grundsätzlich. Sein Sprecher bekräftigte die Haltung der Bewegung zur Widerstandslinie und lehnte jede Beteiligung an den Autonomiestrukturen ab.

Jeder wusste, dass Abbas der Favorit der USA und Israels war (während Barghuti angeblich seine Wahlkampagne mit EU-Geldern finanzierte). Wenn es für die PNA-Führung bei den Wahlen darum ging, Abbas als Nachfolger Arafats Legitimität zu verschaffen, so wäre ein Wahlboykott eine wirksame Waffe der Opposition gegen die Oslo-Linie gewesen.

Die PFLP beging einen fatalen Fehler, bei einem Boykott der islamischen Kräfte Mustafa Barghuti zu unterstützen. Sie erhöhte damit nur die

Wahlbeteiligung und verlor an Glaubwürdigkeit als radikale Opposition. Die PFLP-Führung bewies damit ein weiteres Mal, dass sie sich nie von der traditionellen palästinensischen Politik emanzipieren wird können.

Nicht besser ging es den islamischen Kräften, die zwar die Wahlen erfolgreich völlig boykottierten, jedoch die Führung von Abbas anerkannten, indem sie mit der PNA über einen einseitigen Waffenstillstand verhandelten. Keine Gruppierung der Opposition konnte sich als ein aktiver politischer Mitspieler behaupten. Zwar können die Parteien durch Widerstandsaktionen Druck ausüben, bleiben aber in der Defensive und verleihen dem Widerstand keinen politischen Ausdruck. Der erfolgreiche Wahlboykott konnte somit nicht politisch investiert werden.

Die „Technokratenregierung“

Der Leitspruch der Wahlkampagne von Abbas waren Reformen in der Politik und Verwaltung der Autonomiebehörde. Er versprach die Bekämpfung der Korruption und den Aufbau einer nach Institutionen untergliederten Behörde. Eine Regierung von Technokraten sollte gebildet werden, um bis zu den Parlamentswahlen im Sommer 2005 effizient zu regieren. Diese aber enthält fast alle bekannten korrupten Mitglieder der Gruppe um Arafat, die heute aber Arafat für alle Missstände verantwortlich machen. Alle Schlüsselpositionen blieben in den selben Händen. Das Londoner Treffen Anfang März mit Vertretern der EU, der USA und einiger arabischer Staaten lief unter dem Titel „Rehabilitierung“ der PNA und legte die Aufgaben dieser Technokratenregierung fest: Bekämpfung des „Terrors“ und Zerschlagung der Widerstandsorganisationen. Die weitere finanzielle und politische Unterstützung hängt von ihrem Erfolg bei dieser Aufgabe ab.

Die palästinensische Bewegung am Scheideweg

Die letzten Ereignisse in Palästina deuten auf einen radikalen Kurswechsel der meisten palästinensischen Organisationen hin. Obgleich in unter-

schiedlichem Ausmaß, hat sich die Oslo-Logik bei allen in den besetzten Gebieten operierenden Organisationen durchgesetzt. Die erfolgreiche Teilnahme von Hamas an den kommunalen Wahlen und ihre Bereitschaft, an Parlamentswahlen teilzunehmen, ist ein weiteres Indiz. Das Scheitern der künftigen Verhandlungen ist aufgrund der klaren israelischen Aussagen und die Fortsetzung der bisherigen zionistischen Politik (Landraub, Mauer, extralegale Hinrichtungen, Blockaden usw.) vorauszusehen. Dies wird die Bewegung vor die selben alten Fragen stellen. Die Entscheidung zwischen Kapitulation und Widerstand kann nicht ewig hinausgeschoben werden. Die Palästinenser haben gezeigt, dass sie sich nur durch jene Organisation vertreten lassen, die ihre Rechte am konsequentesten verfolgen. Das Volk ist seiner Führung mehrere Schritte voraus. Dies beweisen die kontinuierlichen Widerstandsaktionen. Der Widerstand im Irak und die mögliche Ausbreitung der Konfrontation im Falle einer US-Aggression auf Syrien öffnen die Türe für eine regionale Widerstandsbewegung.

Es liegt bei den jetzigen palästinensischen Organisationen, strategische Antworten auf strategische Fragen zu geben oder zu Auslaufmodellen im Museum der Geschichte zu werden. Im zweiten Fall wird der Widerstand seinen neuen Träger kreieren. Das Schicksal der Besatzung wird sich in der Praxis der Auseinandersetzung und nicht auf dem Verhandlungstisch entscheiden.

Mohammed Aburous
15. März 2005

Mohammed Aburous ist Vorsitzender des Arabischen Palästina-Clubs in Wien.

Intifada in Zahlen

Stand 15. Februar 2005

Laut palästinensischen medizinischen Quellen wurden seit dem Beginn der Intifada 4 001 Palästinenser getötet, davon 82, deren Leichen von der israelischen Besatzung nicht herausgegeben wurden. Es sind wurden 43 857 verletzt, dazu kommen weitere 8 435, die vor Ort behandelt wurden.

Ein Bericht des Palästinensischen Informationszentrums erwähnt, dass unter den Toten 714 Minderjährige und 253 Frauen waren. Von den Opfern sind 789 Studenten und Lehrer und neun Journalisten. Unter direkter israelischer Bombardierung starben 732 Personen. 122 kranke Personen starben durch die Behinderung ihrer Transporte in Spitäler durch die israelischen Militärsperren, darunter Personen mit Herz-, Nieren- und Krebskrankheiten.

Die Verluste der palästinensischen Sicherheitskräfte betragen 344 Personen. Unter den medizinischen Fachkräften wurden 39 Personen getötet. 320 palästinensische Aktivisten sind als Opfer extralegalen Hinrichtungen gefallen. 49 Personen wurden durch Attentate jüdischer Siedler getötet.

4 784 Studenten und Beamte sind auf dem Weg zur Arbeit- bzw. Lehr-

stätte verletzt worden.

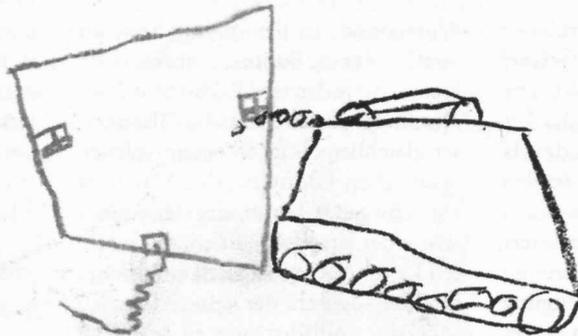
7 600 Palästinenser befinden sich in israelischer Gefangenschaft, davon sind 6 582 beim palästinensischen Gefangenenministerium als gefangen an-

Urteil und durch einen Militärbefehl des örtlichen Militärkommandeurs zustande kommt). 950 Gefangene leiden unter chronischen Krankheiten.

Der Bericht gibt auch bekannt, dass 69 843 Häuser beschädigt worden sind, davon 7 330 total zerstört (4 595 davon in Gaza). 950 öffentliche Gebäude sind teilweise oder total beschädigt worden. Zwölf Schulen bzw. Universitäten wurden durch israelische Militärbefehle gesperrt und 1 125 Lehranstalten sind zeitweise durch die israelischen Angriffe geschlossen geblieben. 316 Gebäude des Bildungsministeriums sind direkt bombardiert und 43 Schulen sind zu Militärkasernen der israelischen Armee umfunktioniert worden.

Was den Agrarbereich betrifft, sind 74 552 Dunum Land (ein Dunum entspricht hundert Quadratmetern) mit Bulldozern zerstört worden. 1 296 626 Bäume wurden entwurzelt.

Die Arbeitslosigkeit durch die israelische Blockade betrug 287 000 arbeitslose Erwachsene, was 32,3% der aktiven Bevölkerung entspricht. Der Armutsanteil ist auf 67,6% gestiegen. Quelle: Ramallah al-Quds al-Arabi



bekanntesten Orten registriert. Sie sind auf 24 israelische Gefängnisse, Lager und Haftanstalten verteilt. Unter den Gefangenen sind 1 360 Universitätsstudenten beider Geschlechter, 312 Kinder und 196 Schul- bzw. Universitätslehrer. Unter den Gefangenen sind des Weiteren 129 Frauen, darunter 44 verurteilte, 74 unter Verhör und elf unter Verwaltungshaft (eine verlängerbare 6-monatige Haftstrafe, die ohne juristisches

Rassismus in Israel

Umfrage in Israel anlässlich des internationalen Tags gegen den Rassismus

- 52% der Israelis sind nicht bereit in einem Viertel zu wohnen, in dem auch nur eine einzige arabische Familie lebt;
- 22% wollen in keinem Viertel wohnen, wo eine jüdische Familie äthiopischer Herkunft wohnt;
- 79% sind gegen Mischehen mit Arabern;

- 23% lehnen Ehen mit religiösen Juden ab;
- 15% lehnen Ehen mit Juden orientaler Herkunft ab;
- 21% sind gegen Ehen mit Juden russischer Herkunft;
- 43% sind gegen Ehen mit Juden äthiopischer Herkunft; und
- 38% würden kein Auto von einem Araber kaufen.

Quelle: www.amin.org, ein Bericht über eine Umfrage des israelischen Meinungsforschungsinstituts „Giortographia“

„Ohne Gegenleistung kann die Waffenruhe nicht lange anhalten“

Interview mit Usama Hamdan von Hamas

Usama Hamdan ist offizieller Vertreter der Hamas im Libanon, Mitglied der Führungsgremien und erfüllt praktisch auch die Funktion eines Sprechers der palästinensischen Organisation. Das folgende Gespräch wurde von Arabmonitor veröffentlicht um die Einschätzung der Hamas über die aktuelle Phase des israelisch-arabischen Konfliktes der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Besteht derzeit für die Verantwortlichen der islamischen Bewegung eine Gefahr?

Es gibt physische und politische Gefahren, denn wir haben leider keinerlei positive Erfahrung mit den Israelis. Wir misstrauen ihnen. In den vergangenen 15 Jahren haben sie kein einziges Übereinkommen respektiert, das nicht in ihren eigenen Interessen lag. Sobald Sharon zu der Überzeugung gelangen wird, dass er auf dem derzeitigen Kurs politisch nicht überleben kann, wird er die Waffenruhe brechen und wieder auf gezielte Tötungen zurückgreifen. Doch die derzeitige Phase ist besonders auf politischer Ebene gefährlich, denn jetzt wird versucht der Welt zu beweisen, dass in den besetzten Gebieten alles in Ordnung ist, dass die beiden Seiten miteinander in Dialog getreten sind und die Probleme gemeinsam in Angriff nehmen. Was wirklich geschieht, ist, dass die Israelis, wie sie es immer gemacht haben, die palästinensischen Unterhändler dazu bringen, sich in Details zu verlieren, ohne die wichtigen Fragen auch nur anzusprechen, jene Fragen, die eine Lösung des Konfliktes bringen könnten: die Mauer, die Rückerstattung besetzter Zonen, die Flüchtlingsfrage, der Abbau der Siedlungen, Jerusalem. Die Israelis schaffen in den besetzten Gebieten Tatsachen, während die Autonomiebehörde nebensächliche Fragen diskutieren muss, die nie zu einem Ende kommen.

Wie ist Ihre Einschätzung des neuen Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA)?

Abu Mazin glaubt nicht an den

Widerstand. In den 70er Jahren unterstützte er die Position eines einzigen Staates für Juden und Palästinenser, als ob es möglich wäre, dass die Palästinenser gleichberechtigt in einem solchen Staat leben könnten. Abu Mazin ist ein schwacher Mann, der der Aggressivität der Israelis nichts entgegen setzen kann. Aber er ist auch ein offener, direkter Mensch, der keine seltsamen Manöver vollführt, wie es Arafat zu tun pflegte.

Welchen Eindruck haben Sie vom Gipfel in Sharm al-Sheikh?

Sharm al-Sheikh ist gescheitert. Wir sind davon überzeugt, dass nur die wirkliche Einheit der Palästinenser Israel etwas entgegen setzen kann. In Sharm al-Sheikh hat Abu Mazin gegeben ohne dafür auch nur irgendetwas zu erhalten. Er hat in der internationalen öffentlichen Meinung das Bild geschaffen, dass Israel das Opfer sei, das angegriffen wird, nicht wir, die Palästinenser. Wir wissen, dass ihm Sharm al-Sheikh aufgezwungen wurde, dass er unter Druck gesetzt wurde, an diesem Gipfel teilzunehmen, etwas, was er in jedem Fall vermeiden wollte. Doch er wurde zur Teilnahme gezwungen, von den Amerikanern, der Europäischen Union und einigen arabischen Ländern. Er hätte allerdings einige Dinge fordern können und müssen. Beispielsweise sind die Israelis in Sharm al-Sheikh keine einzige Verpflichtung eingegangen und Sharon hat nicht einmal irgendwelche Details seiner politischen Linie verändert. Die USA waren zufrieden, denn sie zielen darauf ab, ein bestimmtes Bild von der Situa-

tion zu verbreiten, ganz egal, ob es der Realität entspricht oder nicht.

Im Irak wird die Realität von den Aktionen Abu Musab al-Zarqawi einerseits und den Wahlen andererseits überdeckt. In Palästina soll das Bild eines Neuanfangs geschaffen werden. Doch in der Zwischenzeit geht die Landnahme weiter, die Mauer wird weiter gebaut, die Gewaltanwendung gegenüber den Palästinenser ist weiterhin Tagesgeschäft und es gibt nicht einmal Bemühungen, die den Palästinensern entzogenen Rechte anzuerkennen.

Man fragt sich allgemein, wie lange die Waffenruhe andauern kann?

Nicht lange, wenn nicht einige wesentliche palästinensische Forderungen erfüllt werden. Ich denke vor allem an zwei bestimmte: Die Freilassung aller palästinensischen Gefangenen und die Aufhebung jeglicher Form der Gewaltanwendung durch die Israelis gegenüber den Palästinensern. Abu Mazin hat uns vor einigen Wochen aufgefordert, die Ruhe zu akzeptieren und ihm ein bisschen Zeit zu geben um zumindest irgendetwas zu erreichen. Wir haben ihm dreißig Tage zugestanden, ausgehend von, wenn ich nicht irre, Ende Januar. Erinnern wir uns, dass von den neuntausend palästinensischen Gefangenen 485 Minderjährige sind, 250 Frauen und davon 15 Schwangere. 300 Gefangene leiden unter schweren Krankheiten. Die Israelis können heute fünfhundert Gefangene freilassen und morgen tausend festnehmen. Auf diese Art und Weise wird das Problem nie gelöst werden.

Doch Abu Mazin ist zuversichtlich, dass er Zugeständnisse erreichen wird?

Er war es. Doch jetzt ist er vorsichtiger. Nach Sharm al-Sheikh hat er gesagt: „Ich werde beim nächsten Treffen mit Sharon mein Bestes geben.“

Hat er Sie über die Ergebnisse von Sharm al-Sheikh in Kenntnis gesetzt?

Ja, er hat versichert, dass keine Tötungen palästinensischer Aktivisten mehr vorkommen würden. Wir haben ihm geantwortet, dass dies so gut wie nichts bedeutet.

Hamas ist mehrerer Male mit ägyptischen Vertretern zusammen getroffen. Welche Maßnahmen schlägt Ägypten derzeit den Palästinensern vor?

Ägypten will vor allem eines: dass ein palästinensischer Staat ausgerufen wird, auch wenn dies auf einem winzigen und fragmentierten Gebiet der Fall sein müsste. Die Ägypter sind davon überzeugt, dass dies der erste Schritt sein muss, und zwar so schnell wie möglich. Danach, sagen sie, gäbe es die Möglichkeit diesen Staat auszuweiten.

Ist das eine ägyptische Vorstellung oder steht eine andere Kraft dahinter?

Ich denke, die Europäische Union unterstützt diese Idee.

Im Juli werden in den be-

setzten Gebieten Parlamentswahlen stattfinden. Wird Hamas teilnehmen?

Wir stehen kurz vor der Entscheidung, ob wir an den Wahlen teilnehmen werden.¹ Doch wir streben nicht an, irgendeine Regierungsverantwortung in den besetzten Gebieten zu übernehmen, nicht vor und nicht nach den Wahlen. Unsere Abgeordneten werden im Parlament vor allem zu zwei Fragen arbeiten: die Reform der PNA und der Schutz der palästinensischen nationalen Interessen. Wir fürchten, dass die PNA und Israel in den nächsten Monaten zu einer Übereinkunft gelangen werden, die eine Lösung der zentralen Fragen des Konfliktes um mindestens zehn bis fünfzehn Jahre aufschieben können.

Welche Ergebnisse wird die Hamas bei den Wahlen erreichen können?

Ich denke, wir können 30% bis 35% der Stimmen gewinnen, vor allem wenn es uns gelingen sollte, eine gemeinsame Wahlliste mit dem Islamischen Jihad

und der Volksfront zur Befreiung Palästinas aufzustellen.

Die USA wären über ein Ergebnis von 30% der Stimmen für die Hamas in einer demokratischen Wahl nicht sehr erfreut.

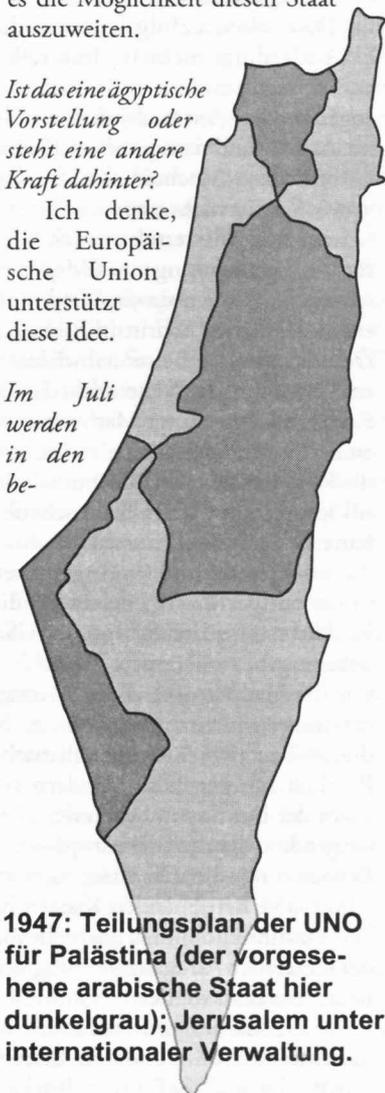
Yassir Arafat wurde in einer demokratischen Wahl zum Präsidenten gewählt, doch das hat nicht ausgereicht um ihm internationale Anerkennung zu garantieren. Die USA haben keine Vorstellung davon, dass der demokratische Prozess in Palästina ohne Vertrauen in sie stattfindet.

Februar 2005

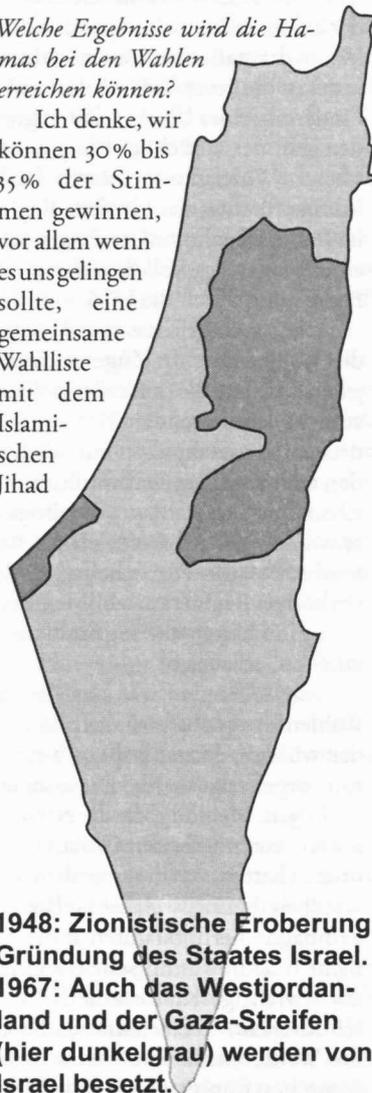
Quelle: www.arabmonitor.info

Das Interview wurde von der Redaktion übersetzt und leicht gekürzt.

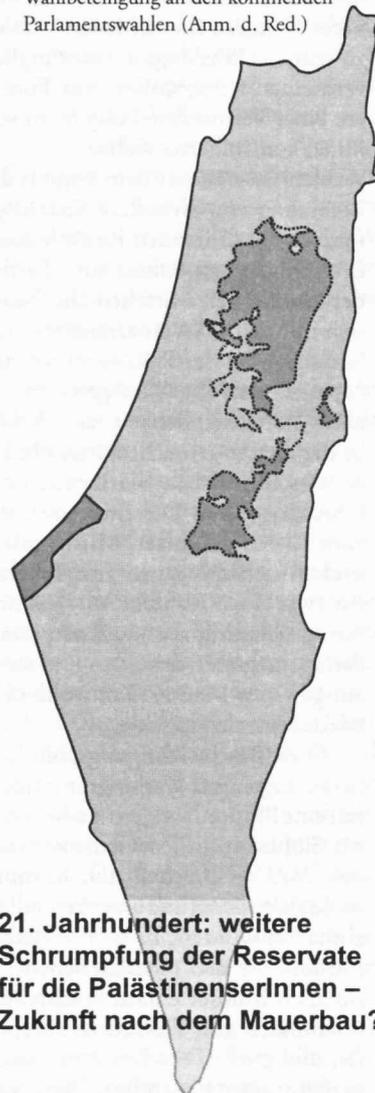
¹ Inzwischen verkündete Hamas offiziell ihre Wahlbeteiligung an den kommenden Parlamentswahlen (Anm. d. Red.)



1947: Teilungsplan der UNO für Palästina (der vorgesehene arabische Staat hier dunkelgrau); Jerusalem unter internationaler Verwaltung.



1948: Zionistische Eroberung, Gründung des Staates Israel. 1967: Auch das Westjordanland und der Gaza-Streifen (hier dunkelgrau) werden von Israel besetzt.



21. Jahrhundert: weitere Schrumpfung der Reservate für die PalästinenserInnen – Zukunft nach dem Mauerbau?

Wahlen im Irak

Das letzte Heilmittel verfliegt ohne Wirkung

Jene, die ihre Stimmzettel in die Urne warfen, stimmten für ein Ende der Besatzung – doch ihre Hoffnungen werden bald enttäuscht werden.

Trotz der Massaker der Besatzungstruppen haben die USA auf ganzer Linie beim Versuch versagt, ein zuverlässiges Marionettenregime mit ausreichendem innerem Rückhalt zu schaffen. Vielleicht haben sie ihre Lektion gelernt und verstanden, dass der wachsende Widerstand des Volkes mit roher Militärgewalt nicht unterworfen werden kann. Politische Schritte sind notwendig, um die Isolation ihres Marionettenregimes in Bagdad zu überwinden. Das letzte übriggebliebene Wundermittel schienen Wahlen zu sein, die Washington ursprünglich vermeiden hatte wollen, aus Furcht vor einer Vormachtstellung nicht von ihnen kontrollierter Kräfte.

Wahlen wurden seit dem Beginn der Besatzung von Ayatollah Sistani gefordert, der führenden Persönlichkeit des schiitischen Klerus und Patron der schiitischen Mittelschicht, bereit, sich mit den USA zu arrangieren. Allerdings wäre der Preis eines solchen Arrangements eine Wahl gewesen, die aller Wahrscheinlichkeit nach Kräfte in die Ämter gebracht hätte, die keine ausschließlichen Marionetten der USA darstellen. Die Interessen der vom Klerus geführten Mittelschicht decken sich mit jenen von Teheran, das zwar einen Konflikt mit Washington, gleichzeitig aber auch ein reines Satrapenregime vermeiden und sogar ein gewisses Maß an Kontrolle über Bagdad erzielen möchte.

Diese Beschwichtigungspolitik Teherans gegenüber Washington ist nicht nur eine Illusion, sondern auch reaktionär. Sie basiert auf dem Gedanken, dass die USA Versprechen und Kompromisse akzeptieren und umgekehrt diese einhalten würden. Es ist die gleiche Illusion, die den jugoslawischen Präsidenten Milošević dazu brachte, das Abkommen von Dayton zu akzeptieren und große Teile Bosniens der imperialistischen Kontrolle zu überlassen

– im Gegenzug wurde Jugoslawien nicht in die „internationalen Gemeinschaft“ aufgenommen, sondern im Gegenteil frontal attackiert. Der maßgebliche iranische Klerus nutzt all seinen Einfluss für eine Verhandlungslösung, die den Widerstand beenden soll. Als Gegenleistung hofft er auf die „Nicht-Aggression“ der USA. Tatsächlich aber lassen die Dynamiken der Situation auf das genaue Gegenteil schließen. Sollte es gelingen, den Irak in einem imperialistischen Sinn zu stabilisieren, würde der US-amerikanische Appetit auf den Iran in dramatischer Weise zunehmen. Indes ist die beste Garantie für die Verhinderung einer US-Aggression gegen den Iran der tatsächliche Sieg des irakischen Widerstandes. Aber in letzter Instanz fürchtet das klerikale Regime im Iran die revolutionären Folgen solch eines Sieges des Volkes mehr als die Bedrohung durch die USA.

Die Tatsache, dass das Abhalten der Wahlen eine Art Zugeständnis an jenen sozialen Block ist, der politisch vom kollaborierenden Teil des schiitischen Klerus repräsentiert wird, ändert nichts am illegalen und illegitimen Charakter der Wahlen. Allerdings ist es wichtig abzuschätzen, ob die Wahlen den Besatzern dabei helfen werden, ein höriges Regime zu stabilisieren und genügend Unterstützung für dieses zu erhalten, oder nicht.

Von Anfang an war klar, dass die Wahlen eine globale Medienshow werden würden, deren Skript in Washington vorgefertigt wurde. Die erste und wichtigste Meldung, die die Nachrichtenagenturen über den Globus zu verbreiten hatten, war die angeblich hohe Wahlbeteiligung, welche die Boykottkampagne herunterstufen sollte, die nicht nur die sunnitischen, sondern auch wichtige Kräfte innerhalb des schiitischen Milieus umfasste. So gab die Wahlkommission – lächerlicherweise beschönigt durch den Zusatz

„unabhängig“ – eine Wahlbeteiligung von 72 % bekannt. (Verständlich, dass sie nicht erwähnten, dass sie sich mit dieser Zahl nicht auf die teilnahmeberechtigten Wähler bezogen, sondern auf jene, die nach den absolut unzuverlässigen Listen des US-amerikanischen Programms „Öl für Lebensmittel“ registriert worden waren.) Später mussten sie sich dann auf 60 % nach unten korrigieren und schließlich noch weiter hinunter auf 50 %. Die wahren Zahlen werden wir niemals erfahren, aber das spielt auch keine Rolle. Wichtig waren nur die ersten Nachrichten, die ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gehämmert wurden.

Den ersten Erfolg konnten die USA allerdings nicht im Irak selbst verbuchen, sondern innerhalb der sogenannten internationalen Gemeinschaft und namentlich bei jenen europäischen Mächten, die den Aggressionskrieg nicht aktiv unterstützt hatten. Alle pflasterten sie den Weg für die Anerkennung eines Marionettenregimes, indem sie die Wahlen als einen deutlichen Schritt in Richtung Demokratie bejubelten, und legiti mierten auf diese Weise nachträglich Krieg und Besatzung. Man war froh, einen Vorwand gefunden zu haben, um die Kluft zu schließen, die ihre zahllose Opposition zu den USA geschaffen hatte. Besonders in Deutschland waren die Bourgeoisie und ihre Agenturen in Gestalt der Presse erleichtert, die Rückkehr unter den Schirm der USA bekanntgeben zu können. Tatsächlich war der Hauptgrund, die US-Kriegsmaschinerie nicht zu bejubeln, nicht die oft beschworene imperialistische Rivalität mit den USA, sondern vor allem der Druck von Seiten der überwiegenden Mehrheit der europäischen Bevölkerung, die den Kriegskurs ablehnte. Die herrschenden Klassen haben alles unternommen, um nicht von der imperialen Arroganz Washingtons herabgesetzt zu werden.

Mit Blick auf den Irak selbst ist das Bild ein völlig anderes. Erstens war da der praktisch totale Boykott

in den sunnitischen Gebieten im Norden und Westen Bagdads. Zweitens wurde die ohnehin niedrige Wahlbeteiligung durch verdeckte und offene Zwangsmaßnahmen erreicht. Die wohl bedeutendste der angewandten Maßnahmen war die Koppelung der Stimmabgabe an die Ausgabe von Essenskarten, welche für das Überleben eines großen Teils der IrakerInnen unverzichtbar sind.

Trotzdem und obwohl es wichtige Kräfte mit Gefolgschaft innerhalb der schiitischen Gemeinschaft gab, die zum Wahlboykott aufriefen, lässt sich die Festigkeit des schiitischen Blocks von Klerus und Mittelschichten, unterstützt vom Iran, nicht abstreiten, der zur Beteiligung an den Wahlen drängte. Der Einfluss ihrer Positionen wird indirekt bestätigt durch die passive Haltung, die die Bewegung von Muqtada al-Sadr hinsichtlich der Wahlen einnahm. Hätte er zu einem aktiven Boykott aufgerufen, hätte er die Bemühungen der USA von Anfang an vereitelt. Dem entgegengesetzt standen Repräsentanten seiner Bewegung auf Sistanis Liste, während die Bewegung selbst zur gleichen Zeit keine aktive Kampagne für die Teilnahme durchführte. Die fortgesetzte Ambiguität der Sadr-Führung – halb Widerstand leistend, halb kollaborierend – zeigt, dass sie nicht bereit ist für den entscheidenden Bruch mit dem vom Iran unterstützten schiitischen Klerus. Während aber ohne ihre soziale Basis – die urbanen Unterschichten – ein zukunftsfähiger antiimperialistischer Freiheitskampf unmöglich ist, werden die Massen nicht unter Muqtadas Führung in diesen Kampf eintreten. Er ist es, der einen gewichtigen Teil der Verantwortung dafür trägt, dass bislang keine politische Front des Widerstandes gebildet werden konnte.

Dies bedeutet aber nicht, dass die sadristische Bewegung und alle jene, die gewählt haben, zur Kollaboration übergelaufen sind. Als Muqtada im April 2004 von den USA angegriffen worden war und er – parallel zu den Kämpfen um Falluja und seiner erfolgreichen Verteidigung – mit einem Aufstand antwortete, brachte er definitiv einen großen Teil der schiitischen Be-

völkerung hinter sich. Es waren nicht nur der Kern seiner Anhänger aus der städtischen Armut, sondern auch weite Teile der Mittelklassen, die ihm folgten und den kollaborationsbereiten Klerus dadurch marginalisierten. Letztere spielten nun ihren letzten und einzigen Trumpf aus.

Die meisten derer, die für die von Sistani „betreute“ Liste stimmten, wollten ihre Ablehnung der Besetzung und ihre Befürwortung nationaler Souveränität ausdrücken – sie stimmten nicht für die Kollaboration, für welche die Führung steht.

Es ist nur zu offensichtlich, dass die aus den Wahlen hervorgegangene Regierung einmal mehr eine reine Marionette der USA sein wird. Die Besatzer werden nichts anderes akzeptieren. Denn sie haben keinen Spielraum, da sie ansonsten ihre imperialen Entwürfe einschließlich ihrer Aggression gegen den Iran gefährden würden. Deshalb werden alle Hoffnungen der Bevölkerung in die gewählten Institutionen bald verdampfen. Es ist unwahrscheinlich, dass Sistanis Liste, die von Anfang an heterogen war, eine Unterstützung in der Bevölkerung für ein gelenktes Regime bereitstellen kann, wie es die Amerikaner verlangen. Im Gegenteil, die Liste wird eher früher als später auseinanderbrechen und die kollaborationsbereiten Kräfte zunehmend marginalisieren. Aber dann wird es keinen weiteren Rettungsanker mehr geben, um den Druck auch der schiitischen Volksmassen zum aktiven Widerstand aufzuhalten. Eine weitere Runde des US-gesponserten Wahlspektakels wird es nicht mehr bringen.

Nur einige Tage nach den Wahlen appellierte Muqtada al-Sadr an die an der Farce teilnehmenden Parteien, einen schnellen Abzug der Besatzungstruppen sicherzustellen – etwas, was nicht in deren Einflussbereich liegt, da sie entweder die Rolle von US-Marionetten einnehmen oder ihre institutionelle Marginalisierung akzeptieren müssen.

Alles hängt also von der Fähigkeit des Widerstandes ab, eine einschließende politische Front zu bilden. Aber es gibt große Hindernisse. Da ist der exklusive Anspruch der hauptsäch-

lich im sunnitischen Umfeld agierenden nationalen islamistischen und ba'histischen Kräfte auf die Führung. Angesichts ihrer militärischen Stärke und auch aus historischen Gründen neigen diese zu einem militaristischen Zugang, d. h. politische Probleme mit rein militärischen Mitteln zu lösen. Das primäre politische Problem ist jedoch, dass die Führung der städtischen Unterschicht, die Bewegung Al Sadr, wiederholt ihre Zurückhaltung, sich dem Widerstand anzuschließen, gezeigt hat. Die ultimativistische und militaristische Antwort des Widerstandes vertiefte nur die Kluft, anstatt die notwendige Brücke zu den städtischen Unterschichten zu schlagen. Es braucht eine nationale Befreiungsfront, die fähig ist, die historischen Spaltungen, Widersprüche und Fragmentierungen zu überwinden. Das ist nur möglich, indem das Projekt einer demokratischen, verfassungsgebenden Versammlung, die den Volksmassen und ihren unterschiedlichsten Vertretungen eine Stimme gibt, vorangetrieben wird. Nur auf diesem Weg können die kollaborationsbereiten säkularen und klerikalen Führer isoliert und die zögernden Kräfte dazu gebracht werden, sich dem Widerstand anzuschließen.

Gleichzeitig muss der Widerstand verstärkt an die arabischen Massen appellieren, ihren Kampf gegen die pro-imperialistischen Regime zu intensivieren, denn nicht nur der Iran will den Widerstand besiegt sehen, sondern auch die arabischen Regime, die sogar noch mehr den von einem Sieg des Volkes im Irak ausgehenden Impetus fürchten. Die irakische Sache ist direkt verbunden mit der arabischen und insbesondere mit der palästinensischen. Der Kollaborateur Abu Mazin setzt den Ausverkauf der Oslo-Periode fort, ohne dass er im Gegenzug auch nur ein einziges Bantustan erhalten wird. Auf diese Weise erledigt er nicht nur die Drecksarbeit für Israel durch den Versuch, die standhaften Kräfte des Widerstandes zu unterdrücken, sondern er verrät auch den irakischen Widerstand.

So bleiben alle Augen auf den Irak gerichtet, wo immer noch alles offen ist. Die Besatzer haben ihre mächtigste

Muqtada und der Widerstand

Interview mit Sheich Hassan al-Zargani

Scheich Hassan al-Zargani ist Beauftragter des Büros für Äußere Angelegenheiten von Muqtada al-Sadr.

Können Sie uns etwas über die Situation im Südirak und die Strömung von Muqtada al-Sadr berichten?

Unsere Bewegung begann mit dem Sturz des Regimes, als wir die medizinische Versorgung übernahmen, weil der irakische Staat verschwunden war. Das selbe gilt für die Nahrungsmittelversorgung und öffentliche Sicherheit. Wir organisierten die Leute von den Moscheen aus, sorgten für Sicherheit und konnten die Plünderungen stoppen. Wir regeln sogar den Verkehr und versorgen die Bevölkerung mit Gas, Benzin und Kerosin.

Die Sadr-Bewegung hat eine lange Tradition im Irak und im Bewusstsein des irakischen Volkes. Sie existierte seit den 70er Jahren als die Bewegung des ersten Imams Sadr und wurde vom zweiten Imam Sadre fortgesetzt. Dieser starb 1999 als Märtyrer. Muqtada al-Sadr führte die Bewegung nach dem Tod seines Vaters, seines Bruders, seiner Tante und seines Onkels fort.

Man könnte sie „Strömung“ oder „Linie“ oder wie auch immer Sie wollen nennen. Es ist eine Bewegung des Volkes und sie arbeitet für das Volk. Die Bewegung vertritt die Hälfte der irakischen Bevölkerung.

Dieses Vertrauen beruht auf der Treue von Muqtada zu seinen Prinzipien und auf seinen Verantwortungs-

Karte ausgespielt. Einige Zeit wird vergehen müssen, um die Resultate dieses Manövers verpuffen zu sehen. Dann ist wieder der Widerstand am Zug.

Für ein sofortiges Ende der Besatzung!

Für den Sieg des irakischen Widerstandes!

Nieder mit dem US-Reich!

*Antimperialistische Koordination
11. Februar 2005*

bewusstsein. Die Strömung giert nicht danach, die Macht zu übernehmen und sie lehnte es ab, an der neuen Regierung mit ihrem religiösen Quotensystem teilzunehmen.

Viele Teile der Volksmassen und auch viele religiöse Führer, die unsere Linie verfolgten, scharten sich um diese energetische junge Führung und beteiligten sich unmittelbar nach dem Fall von Bagdad am friedlichen Widerstand



in der Form von Streiks, Demonstrationen und anderen Protestformen.

Dann kam die Zeit, als die US-amerikanischen Besatzungstruppen begannen, auf die friedlichen Demonstrationen zu schießen, und sie schlossen die Büros und die offizielle Zeitschrift des Imam Muqtada al-Sadr. Sie drohten uns eine Strafe von 100 000 Dollar an, falls wir eine Zeitung herausgeben, die für unsere Bewegung spricht. All dies geschah, weil wir für das Volk und in seinem Interesse arbeiten. Doch wir beugten uns nicht und begannen einen Volksaufstand. Wir waren die einzigen, die sich offen zum Widerstand bekannt haben. Wir haben mit unverhülltem Gesicht, mit unserem richtigen Namen und unter einer politischen Linie, die jeder kennt, gekämpft. Wir sind stolz darauf, denn es gibt keine andere Kraft

auf der Erde, die sich offen gegen die USA erhoben hat, in ihrem eigenen Land und mit ihren eigenen Volksmassen, ohne verschwinden und in den Untergrund gehen zu müssen.

Wie sind Ihre Beziehungen mit anderen Kräften des Widerstands?

Wir sprechen uns mit allen Kräften des irakischen Widerstands ab, aber wir zählen diejenigen, die nur kriminelle Gewalt in den Irak exportieren wollen, Bomben vor Moscheen, Kirchen, gegen Studenten und einfache Polizisten einsetzen und unschuldige Menschen töten, nicht zum Widerstand. Das sind Terroristen und in Wirklichkeit Kräfte, die gegen den Widerstand arbeiten. Sie schaden dem Ruf des Widerstands, schwächen seine Basis unter der Bevölkerung und vertiefen die Spaltung zwischen den verschiedenen religiösen Strömungen.

Doch mit allen anderen Teilen des Widerstand haben wir eine praktische Zusammenarbeit und wir nahmen am Kampf in Falluja teil. Die Mujahidin in Falluja trugen Fotos von Muqtada al-Sadr und Transparente mit der Losung „Min Falluja li-Kufa, hada l-watan min 'ufa!“. (Von Falluja bis Kufa, wir geben unsere Heimat nicht auf!) Es gibt mittlerweile einen Friedhof in Falluja, der nach al-Sadr benannt ist.

Als der Kampf um Falluja begann – nicht der Straßenkampf, sondern die Verteidigung der Stadt gegen die Invasion – hatten wir vier Brigaden der Mahdi-Armee zur Verteidigung von Falluja eingesetzt. Es gibt eine Dokumentation und offizielle Publikationen darüber, es ist allgemein bekannt, niemand wagt es, das zu bestreiten. Umgekehrt kamen Kämpfer aus Falluja nach Najaf und nahmen am Kampf hier teil. Sie unterstützten uns während der Schlacht um Najaf mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. So wurde der Feind zermürbt und deshalb war der Angriff gegen Imam al-Sadr noch gewalttätiger. Der Feind behauptete, dass die Kurden und Schiiten Opfer des alten Regimes gewesen seien und dass der Widerstand

Geschichten aus Falluja

Dies sind die Geschichten, die aus den Trümmern von Falluja noch für Jahre auftauchen werden. Nein, für Generationen ...

Unter der Bedingung anonym zu bleiben, sitzt der Arzt mit mir in einem Hotelzimmer in Amman, wo er jetzt ein Flüchtling ist. Er hat in Großbritannien darüber gesprochen, was er in Falluja gesehen hat und wird nun vom US-Militär bedroht, wenn er in den Irak zurückkehrt.

„Ich habe begonnen, darüber zu sprechen, was in Falluja während beider Belagerungen passiert ist, um Aufmerksamkeit zu wecken und die Amerikaner haben drei Mal mein Haus durchsucht“, sagt er. Er will mitteilen, was er gesehen hat und als ein in Falluja arbeitender Arzt hat er Videos und photographische Beweise für alles.

„Ich kam Ende Dezember mit einem medizinischen und humanitären Konvoi der Briten nach Falluja und blieb bis Ende Januar“, erklärt er, „Aber ich war schon zuvor in Falluja gewesen um mit den Menschen dort zu arbeiten und zu sehen, was sie brauchten.“

„Falluja ist von Flüchtlingslagern umgeben, wo die Menschen in Zel-

ten und alten Autos leben“, erklärt er. In einem Flüchtlingslager im Norden Fallujas würden 1200 Studenten in sieben Zelten leben. „Die von dieser Belagerung ausgelöste Katastrophe ist so viel schlimmer als die erste, die ich selbst mitansah. Eine Geschichte ist von einem jungen Mädchen, das 16 Jahre alt ist“, berichtet er von einer Zeu- genaussage, die er kürzlich auf Video aufgezeichnet hat. „Sie blieb drei Tage lang bei den Leichen ihrer Familie, die in ihrem Haus getötet worden waren. Als die Soldaten hereinkamen, war sie mit ihrem Vater, ihrer Mutter, ihrem 12-jährigen Bruder und zwei Schwestern in ihrem Haus. Sie sah, wie die Soldaten hereinkamen und ihre Mutter und ihren Vater direkt erschossen ohne ein Wort zu sagen.“

Das Mädchen konnte sich mit ihrem Bruder hinter dem Kühlschrank verstecken und beobachtete die Kriegsverbrechen mit eigenen Augen. „Sie schlugen ihre beiden Schwestern, dann schossen sie ihnen in den Kopf“, sagte

er. Danach wurde ihr Bruder wütend und lief auf die Soldaten zu, während er sie anschrie, also erschossen sie ihn. „Sie versteckte sich weiter nachdem die Soldaten gegangen waren und blieb bei ihren Schwestern, weil sie bluteten, aber noch lebten. Sie hatte zu große Angst, um Hilfe zu rufen, weil sie befürchtete, dass die Soldaten zurückkommen und auch sie töten würden. Sie blieb dort drei Tage lang, ohne Wasser und ohne Nahrung. Schließlich sah sie einer der amerikanischen Scharfschützen und brachte sie ins Krankenhaus“.

Er erzählte mir von einer anderen von ihm dokumentierten Geschichte von einer Mutter, die während der Belagerung in ihrem Haus war. „Am fünften Tag der Belagerung wurde ihr Haus bombardiert und das Dach fiel auf ihren Sohn und trennte seine Beine ab. Sie konnte stundenlang nicht herausgehen weil sie angekündigt hatten, dass jeder auf den Straßen erschossen würde. Also konnte sie nur seine Beine verbinden und zusehen, wie er vor ihren Augen starb.“

Er hält für einige tiefe Atemzüge inne, fährt dann fort: „Ich kann nur

Fortsetzung von Seite 12

nur in den sunnitischen Gebieten existiere und ausschließlich von Anhängern des Ba'ath-Regimes geführt würde.

Der Widerstand, der von al-Sadr – der selbst ein wichtiger Gegner des alten Regimes war – geführt wird, hat den Widerstand von diesen konfessionellen Aspekten befreit und ihm eine nationale, irakische Dimension gegeben.

Der zweite Punkt ist das Charisma von Muqtada al-Sadr, der in der Konfrontation mit den Amerikanern immer beliebter wurde, da er das Image der Unzerstörbarkeit der USA mit einfachen Waffen zerstörte.

Der dritte Punkt ist, dass sich im Widerstand eine starke Solidarität unter allen Schiiten der Bevölkerung gebildet hat und dass sich gezeigt hat, dass der Widerstand ein wichtiger Faktor ist, der das irakische Volk vereint. Deshalb waren die Angriffe gegen Imam al-Sadr so heftig und von einer groß angelegten Verleumdungskampagne in den Medien begleitet. Die irakische

Bevölkerung durchschaut das, kennt die Schwierigkeiten und versteht ihre Verantwortung; ihre Unterstützung für die Sadr-Strömung ist gewachsen und die Massen haben die Büros von Muqtada al-Sadr in Najaf, Kufa und allen Städten im Süden, im Zentrum und im Norden des Iraks sowie in Kirkuk verteidigt. Ich muss erwähnen, dass uns aus Kirkuk ein Hilferufer erreichte, da die Kurden Zerstörungen anrichteten und niemand bereit war, einzugreifen, außer der Mahdi-Armee. Deshalb ist die Bevölkerung von Kirkuk stolz auf die Mahdi-Armee und Muqtada al-Sadr dankbar, da er sie vor der Hegemonie der Peshmergas, die mit den USA verbündet sind, gerettet hat.

Was sind ihre Aussichten für die Zukunft?

Wir dürfen auf einen besseren Irak hoffen, da so viele Menschen Widerstand leisten und die Besatzung abheben, doch wir müssen vorsichtig sein,

da einige fundamentalistische Gruppen versuchen, Konflikte zwischen verschiedenen Konfessionen, politischen Parteien und Nationalitäten oder auch zwischen Muslimen und Christen zu schüren, und dazu Bombenanschläge durchführen. Es gibt noch viele Herausforderungen. Die Besatzung und die Verräter sind immer noch da. Aber wir haben starken Rückhalt unter der Masse der Bevölkerung, die an den Sieg der irakischen Heimat gegen all dies glaubt.

Haben Sie eine Botschaft an die Völker der Türkei?

Wir erhoffen uns vom türkischen Volk eine positive Rolle in der gegenwärtigen Situation, eine Rolle, die ihrer Stärke in der Region entspricht.

Das Interview führte Bahar Kimyongür von der Front für Rechte und Freiheiten (HOC-Türkei) in Kairo.

sagen, dass Falluja ist, als wäre es von einem Tsunami getroffen worden. Es gab dort nach der Belagerung nicht mehr viele Familien, aber sie hatten absolut nichts mehr. Das Leiden war jenseits der Vorstellungskraft. Als die Amerikaner uns schließlich hineinließen, kämpften Leute schon um eine Decke.“

„Einer meiner Kollegen, Dr. Saleh al-Sawi, war so wütend auf sie. Er war im Krankenhaus, als sie es zu Beginn der Belagerung stürmten. Sie kamen in den Operationssaal, als sie an einem Patienten arbeiteten. Er war dort, weil er ein Anästhesist ist. Sie kamen mit ihren Stiefeln herein, schlugen die Ärzte, brachten sie heraus und ließen den Patienten auf dem Tisch zum Sterben zurück.“

Der Arzt erzählt mir von der Bombardierung der Klinik Hay Nazal während der ersten Woche der Belagerung. „Sie enthielt all die ausländischen Hilfen und medizinischen Instrumente, die wir hatten. Alle Kommandeure des US-Militärs wussten das, da wir es ihnen gesagt hatten, damit sie sie nicht bombardierten. Aber dies war eine der bombardierten Kliniken und in der ersten Woche der Belagerung bombardierten sie sie zwei Mal.“

Er fügt dann hinzu: „Natürlich griffen sie alle unsere Krankenwagen und Ärzte an. Jeder weiß das.“ Und er erzählt mir, dass er und einige andere Ärzte versuchen, das US-Militär wegen des folgenden Vorfalles zu verklagen, für den er Zeugenaussagen auf Video besitzt.

„Während der zweiten Woche der Belagerung kamen sie herein und verkündeten, dass alle Familien ihre Häuser verlassen und sich an einer Straßenkreuzung treffen und dabei eine weiße Fahne tragen müssten. Sie gaben ihnen 72 Stunden um zu gehen und danach würden sie als Feinde betrachtet werden. Wir dokumentierten diese Geschichte auf Video – eine 12-köpfige Familie. Sie hörten den Befehl, also gingen sie mit allen Lebensmitteln und Geld, die sie tragen konnten und weißen Fahnen. Als sie die Kreuzung erreichten, wo sich die Familien ansammelten, hörten sie, wie jemand ‚Jetzt‘ auf Englisch rief und das Schießen

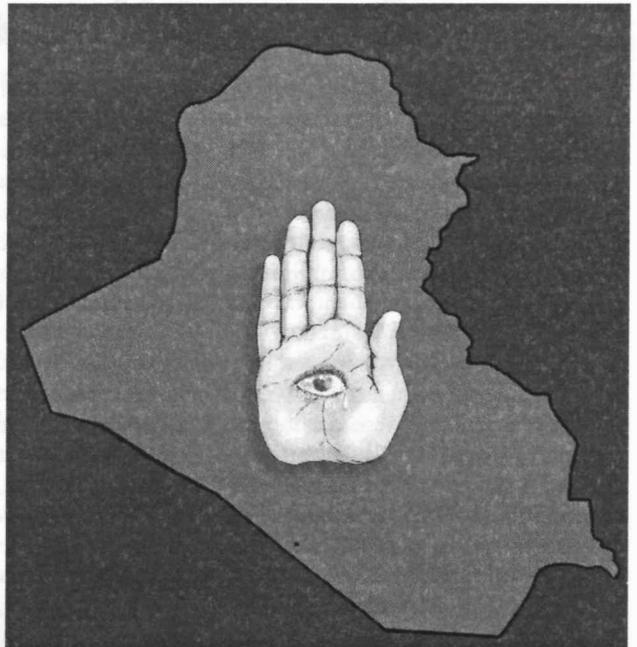
begann aus allen Richtungen.“

Die Familie trug weiße Fahnen, wie angeordnet, berichtete der junge Mann, der die Zeugenaussage gemacht hatte. Trotzdem sah er, wie seine Mutter und sein Vater von Scharfschützen getroffen wurden – seine Mutter im Kopf und sein Vater ins Herz. Seine zwei Tanten wurden erschossen, dann wurde seinem Bruder in den Nacken

geschossen. Der Mann erklärte, dass ihm, als er aufstand, um um Hilfe zu rufen, in die Seite geschossen wurde. „Nach einigen Stunden hob er den Arm hilfesuchend und sie schossen in seinen Arm“, fährt der Arzt fort. „Also hob er nach einiger Zeit die Hand und sie schossen ihm in die Hand.“

Ein sechs Jahre alter Junge stand über den Leichen seiner Eltern und weinte und dann wurde auch er erschossen. „Jeder der aufstand wurde erschossen“, sagt der Arzt. „Als es dunkel wurde schafften es einige von ihnen, darunter der Mann, mit dem ich gesprochen habe, sein Kind, seine Schwägerin und seine Schwester, wegzukriechen. Sie krochen zu einem Gebäude und blieben dort acht Tage lang. Sie hatten eine Tasse Wasser und gaben sie dem Kind. Sie benutzten Speiseöl für ihre Wunden, die natürlich entzündet waren und fanden einige Wurzeln und Datteln zum essen.“

Der Arzt verließ Falluja Ende Januar. „Jetzt sind vielleicht 25 Prozent der Menschen zurückgekehrt, aber es gibt immer noch keine Ärzte. Der Hass der Menschen in Falluja auf jeden Amerikaner ist unglaublich und man kann es ihnen nicht vorwerfen. Die Erniedrigung an den Kontrollpunkten macht die Leute nur noch wütender“, erzählt er mir.



„Ich bin dort gewesen und ich sah, dass jeder der nur seinen Kopf dreht, sowohl von den Amerikanern als auch den irakischen Soldaten bedroht und geschlagen wird. Ein Mann tat das und als der irakische Soldat versuchte, ihn zu erniedrigen, nahm der Mann die Waffe eines in der Nähe stehenden Soldaten und tötete zwei Mitglieder der irakischen Nationalgarde, woraufhin er natürlich erschossen wurde.“

„Und ich habe gesehen, wie sie die Medien benutzen – und am 2. Januar am nördlichen Kontrollpunkt im nördlichen Teil Fallujas gaben sie Leuten 200 US-Dollar pro Familie, damit sie nach Falluja zurückkehrten und sie sie so in der Schlange filmen konnten... während damals tatsächlich niemand nach Falluja zurückkehrte“, sagt er. Das erinnert mich an die Geschichte, die mir mein Kollege von dem erzählte, was er im Januar gesehen hat. Zu der Zeit wurde ein CNN-Team vom Militär eskortiert, um Straßenfeger, die als Statisten dort hingebacht worden waren und Soldaten, die Süßigkeiten an Kinder verteilten, zu filmen.

„Man muss den verursachten Hass verstehen ... Es ist für Iraker, mich eingeschlossen, schwieriger geworden, zwischen der amerikanischen Regierung und dem amerikanischen Volk zu unterscheiden“, sagt er mir.

Hände weg von Hizbullah, der einzigen Garantie für Demokratie!

Am 10. März 2005 nahm das Europaparlament mit großer Mehrheit eine Resolution an, in der die antiimperialistische Volksbewegung Hizbullah im Libanon zur „terroristischen Organisation“ erklärt wird. Sie folgten damit den USA, welche die Hizbullah bereits auf ihre „schwarze Liste“ gesetzt hatten. Die Resolution fordert den EU-Rat dazu auf, notwendige Schritte gegen diese Organisation zu setzen.

Die Resolution kommt nur wenige Tage nach der gewaltigen Demonstration, zu der die Hizbullah aufgerufen hatte, um gegen die imperialistische Einmischung zu protestieren. Fast dreißig Prozent der Bevölkerung gingen in Beirut auf die Straße – laut EU-Parlament alles Terroristen.

Die Resolution zeigt die neu gewonnene Eintracht zwischen den europäischen und den US-amerikanischen Imperialisten. Gemeinsam fordern sie – wie üblich im Namen der „Demokratie“ – den Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon. Worum es ihnen wirklich geht, ist die Auflösung der Hizbullah, einer starken antiimperialistischen und antizionistischen Organisation der Bevölkerung.

Die imperialistische Propaganda, die von den Medienkonzernen wie

„Mein Cousin war ein armer Mann in Falluja“, erklärt er. „Er ging von seinem Haus zur Arbeit und zurück, wo er mit seiner Frau und fünf Töchtern lebte. Im Juli 2003 kamen amerikanische Soldaten in sein Haus und weckten alle auf. Sie zerrten sie ins Wohnzimmer und exekutierten meinen Cousin vor seiner Familie. Dann gingen sie einfach.“

Er zögert, hält dann seine Hände hoch und fragt: „Nun, was werden diese Menschen gegenüber Amerikanern empfinden?“

Dahr Jamail

Quelle: www.freace.de, 10. Februar 2005

Dahr Jamail ist ein US-amerikanischer Journalist, der sich mit Hilfe der finanziellen Unterstützung der US-Friedensbewegung im Irak aufhält.

Der Text wurde von der Redaktion gekürzt.

dergegeben wird, stellt die Tatsachen auf den Kopf. Erstens ist der Libanon vielleicht das einzige Land im Nahen Osten, in dem es Spuren einer Demokratie gibt, dank der Hizbullah, einer antiimperialistischen Volksorganisation, die gegen die zionistische Besatzung und ihre Söldner gekämpft hat. Die USA hingegen wollen eine „Demokratie“ unter ihrer Kontrolle nach dem Muster Ägyptens oder noch schlimmer des Iraks schaffen. Zweitens sprechen sie vom Rückzug der syrischen Truppen. Die Arroganz des Westens ist unfassbar, die logische Folgerung und Frage des Abzugs ihrer eigenen Truppen aus dem Irak und der zionistischen Besatzung Palästinas bleibt unbeantwortet.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die syrischen Truppen von der libanesischen Rechten in den Libanon geholt worden waren – mit der Unterstützung der USA, Israels und Frankreichs –, um den Vormarsch der revolutionären Kräfte zu stoppen. Wir werden das Massaker im Flüchtlingslager Tal al-Zaatar, das von syrischen Truppen angerichtet wurde um die palästinensischen Befreiungskräfte zu schwächen, weder vergessen noch vergeben. Da Syrien die antiimperialistische Bewegung nicht aufhalten konnte, griff Israel schließlich ein, besetzte 1982 den Libanon und richtete unter dem Kommando von Ariel Sharon das Massaker von Sabra und Shatila an, ein Symbol der Brutalität und Unmenschlichkeit des Zionismus. Das änderte den Charakter der syrischen Präsenz, die zu einem Hindernis für die zionistische und imperialistische Aggression wurde.

Als die USA 1991 ihre Heilige Allianz schlossen um den Irak anzugreifen,

stimmten sie der syrischen Präsenz im Libanon zu, im Austausch für syrische Unterstützung für die Aggression gegen den Irak. Dieser schmutzige Deal bildete den Hintergrund für das libanesisches Friedensabkommen von Ta'if, das im Wesentlichen das reaktionäre System einer Regierung aus Vertretern der verschiedenen Religionsgruppen aus der Vorkriegszeit wieder herstellen sollte. Doch die andauernde Besetzung des Libanon durch Israel und der Widerstand der Massen dagegen führte zur Entwicklung und zum Anwachsen der Hizbullah und diese ist das Hauptziel des Imperialismus. Insofern Syrien die Hizbullah unterstützt und somit den Status Quo erhält, ist Syrien ein Hindernis für die US-amerikanischen und israelischen Aggressionspläne im Rahmen ihres permanenten Präventivkriegs.

Deshalb besteht die vordringlichste Aufgabe um die volle Souveränität des Libanons wieder herzustellen darin, die imperialistische und zionistische Einmischung abzuwehren und die Hizbullah zu verteidigen. Nur auf dieser Grundlage können die Volksorganisationen des Libanon einen Rückzug Syriens verlangen – als ersten Schritt hin zu einer pan-arabischen Föderation.

Antiimperialistische Koordination

15. März 2005

Aufbruch im Zedernland

Ein Kommentar zur aktuellen Situation im Libanon

Die Weltgemeinschaft trauerte, auch Chirac hatte Tränen in den Augen. Hariri liegt unter der Erde. Die eiserne Lady in Washington sprach orakelhaft: „Das syrische Problem ist ein ernstes Problem“ (Condoleezza Rice am 15. Februar 2005 in Washington). Um Washingtons Demokratieverständnis zu demonstrieren, wurde als erster Schritt die US-Botschafterin aus Damaskus abberufen. Beim Begräbnis forderte der amerikanische Sonderbeauftragte William Burns den Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Libanon, was in diesem Land mal nicht die USA betrifft.

Mit „ausländischen Truppen“ sind zuallererst die ca. 14.000 syrischen Soldaten gemeint, die aufgrund eines Beistandspaktes aus dem Jahr 1992 im Libanon stationiert sind.

Syrien ist aus dem Libanonkrieg als wichtiger Stabilitätsfaktor der Nah-Ost-Region hervorgegangen. Damaskus hatte während des Libanonkriegs seine Geschicklichkeit Diplomatie einzusetzen und auf militärischer Ebene taktisch zu handeln über weite Strecken durchgezogen und wurde schließlich auch deshalb von der Arabischen Liga als Ordnungsmacht anerkannt. Damaskus hat wesentlich zum Zustandekommen des Dreierkomitees am 23. Mai 1989 in Casablanca beigetragen, das zur endgültigen Beendigung des Krieges und der Verabschiedung der Nationalcharta zur Versöhnung am 22. Oktober 1989 führte, dem sogenannten Taif-Vertrag (in al-Ta'if, Saudiarabien, fand das Delegiertentreffen statt).

Wenn der syrische Botschafter Imad Mustafa in Washington umgehend eine Verwicklung in den Anschlag auf Hariri mit den Worten „Syrien hat keinen Vorteil von dem, was passiert ist“ zurückweist, dann ist auch diese Haltung als kontinuierliche Fortsetzung der Syrien-Libanon-Politik zu sehen. Es gab auch Absprachen zwischen dem UNO-Sonderbeauftragten Terje Rød-Larsen und Syrien bezüglich eines weiteren Abzugs der syrischen Truppen, dem sowohl Bas-

har Asad zugestimmt als auch Rafik Hariri für gut geheißen hatte und der im April 2005 spruchreif wird. Imad Mustafa meinte weiters: „Bestimmte Gruppierungen versuchten, Syrien zu schaden.“

Am Tag nach Hariris Ermordung teilte etwa Walid Jumblatt in einem BBC-Interview mit, er sei sich sicher, Syrien hätte den Anschlag verübt. Die Jumblatts sind kein unbeschriebenes Blatt im Libanon. Wie die Hariris sind die Jumblatts ein mächtiger Clan, einer von fünf bis sechs Familien, die den Libanon beherrschen. Zwischen diesen Familien spielen sich teils bereits über Jahrhunderte blutige Machtkämpfe ab. Jeder Clan hat seine mehr oder minder mächtigen Verbündeten im Ausland.

Im September 1976 stieß das syrische Militär als erstes mit Kamal Jumblatts Drusentruppe zusammen. Walid Jumblatt verbündete sich 1982 mit den Israelis, aber nach deren Rückzug unterschrieb er schon 1985 zusammen mit dem Maroniten und Sabra- und Shatila-Mörder Elie Hobeika die Dreier-Komitee-Übereinkunft in Damaskus, die schließlich zur oben erwähnten Konfliktbefriedigung, dem Taif-Vertrag, führte. Jumblatt enthielt sich unter der ersten Hariri-Regierungszeit (1992–1998) jeglicher Kritik an Syrien. Mit Hariris zweiter Amtszeit (2000–2004) war auch in Damaskus ein Wechsel eingetreten: Der aus dem Ausland herbeigerufene Sohn Bashar Asad übernahm die Führung nach dem Tod von Hafiz Asad. Jumblatt wandte sich jetzt wieder an die Maroniten zur Unterstützung für die Parlamentswahlen Sommer 2000. Hariri soll nach offiziellen Angaben zwischen Jumblatt und Asad vermittelt haben – erfolglos. Als 2001 syrische Truppen im Shouf, eine Drusenregion, stationiert wurden, stimmte Jumblatt jedoch dem syrischen Vorgehen im Parlament mit der Begründung von Sicherheit zu. Kurz darauf flog Jumblatt nach London und Paris, wo er auch mit General Michel Aoun, Spitzname „Napoleon“, zusam-

mentraf, der seit Kriegsende im französischen Exil lebte. Bei seiner Rückkehr wurde er nach Damaskus eingeladen und nahm die Einladung an. Der Besuch in Damaskus wurde als wichtige Wende gesehen. Jumblatt arbeitete von diesem Moment an wieder mit der Syrern zusammen. Im Mai 2001 forderte er die israelischen Drusen auf, den Militärdienst in Israel zu verweigern. Ob er eigenständig oder als verlängerter Arm Syriens agierte, ist hier nicht maßgeblich, sondern zeigt eine neue Machtposition der Drusen in der Nah-Ost-Politik auf. Noch vor Hariris Ermordung hatte sich Jumblatts Meinung zu Syrien auf mysteriöse Weise gewandelt. Am 5. Januar 2005 nannte er Paul Wolfowitz noch einen „Virus“, der besser in Bagdad umgekommen wäre. In einem Interview in der Washington Post Ende Januar erklärte er aber plötzlich euphorisch, dass er nie gedacht hätte, die Amerikaner könnten der arabischen Welt eine neue Chance ermöglichen, aber mit den Wahlen im Irak sehe er eindeutig, das dem so ist. War das eine direkte Einladung Jumblatts an die Amerikaner, doch auch wieder in den Libanon zu kommen?

Die eigentlichen Verlierer des Libanonkrieges waren die Palästinenser. Und es ist auffällig, dass sie nicht in die Anti-Syrien-Hysterie einstimmen. Auf den Demos in Beirut findet sich vor allem jene Schickeria wieder, die sich Hariris Luxusbeirut (Restaurants, Nachtclubs, Einkaufszentren) leisten kann. Allen voran hält sich aber die schiitische Macht im Süden Libanons, die Hizbullah, mit Syrienkritik zurück. Die immer noch bestehenden Bande zum Iran könnten hier eine Rolle spielen. Hat doch der Iran Syrien eingeladen, eine Achse gegen die US-Kriegshetze zu bilden.

Interessant im Zusammenhang mit der Anti-Syrien-Mobilisierung, ist auch die Homepage www.freelebanon.org, deren Sitz in New York ist und die keinen Hehl aus ihrer Unterstützung der Bush Politik macht. Unter „die meist gesuchten

World Social Forum hoffnungslos zwischen den Stühlen

Höchste Zeit für einen selbständigen Antiimperialismus

Hierzulande ergingen sich die linken Medien in einer Jubelberichterstattung über das Weltsozialforum in Porto Alegre. Doch in Brasilien selbst stehen die Zeichen auf Sturm, denn die Unzufriedenheit ist groß. Dass Lula ausgepiffen wurde, während man Chávez bejubelte, will hier keiner sehen.

Tatsächlich genügt es in Porto Alegre die Augen offen zu halten, um das ganze Fiasko der Linksregierung zu begreifen. Nicht nur, dass in der Musterstadt der „partizipativen Demokratie“ die Favelas für jeden vom Flughafen kommenden Besucher sichtbar aus allen Nähten platzen. Vom Taxifahrer bis zum Straßenverkäufer äußern sich alle enttäuscht bis wütend über Lula, der das Blaue vom Himmel versprochen hätte und nichts einzulösen in der Lage wäre. Konsequenterweise verlor die Arbeiterpartei (PT) auch die Stadtverwaltung des zu deutsch Glücklichen Hafens.

Schon um die Wahlen zu gewinnen, musste sich Lula das Plazet der brasilianischen Bourgeoisie und der internationalen Finanzinstitutionen einholen. Nun implementiert er die vom IWF diktierten Sparprogramme. Einziger Unterschied zu seinem Vorgänger Cardoso: Es ist ihm bis dato gelungen die Gewerkschaften und Bauernorganisationen ruhig zu halten.

Paradigmatisch erscheint dabei die Landreform, auf die Dutzende Millionen Landlose sehnlich warten. Um die Eigentumsrechte nicht anzutasten, versprach Lula großzügige Entschädigungen, die der knappe Staatshaushalt aber nicht zulässt. In der Folge trat

die absurde Situation ein, dass es die Großgrundbesitzer sind, die die zügige Durchführung der Landreform einfordern, von der sie sich für schlechte Böden gutes Geld erhoffen.

Am Beispiel der PT zeigt sich, dass es im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems keine Verbesserung der Lage der Volksmassen geben kann. Ein radikaler Bruch ist notwendig, doch der zieht unweigerlich die Aggression der kapitalistischen Führungsmacht, der Vereinigten Staaten, nach sich. Die Beispiele Jugoslawien, Irak und zuletzt Venezuela sprechen eine deutliche Sprache.

Das ist nichts Neues. Neu ist indes die Radikalität der Aggression. „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ verkündete Bush und rief den permanenten Präventivkrieg gegen jegliche wirkliche und vermeintliche Opposition zum US-geführten Kapitalismus aus – eine Opposition, die vom globalen Medienapparat über einen Kamm scherend als terroristisch bezeichnet wird.

Darauf hat die Antiglobalisierungsbewegung mit dem WSF an ihrer Spitze keine Antwort. Mit ihrer linken Variante des Clintonianismus stieß sie sich an den ökonomischen Auswirkungen der Globalisierung, des entfesselten Liberalismus, setzte ihr aber nichts als eine Globalisierung von unten, also einen Liberalismus von unten, entgegen. „Global-Lokal“ heißt entsprechend das Schlagwort der WSF-NGOs. Es handelt sich dabei um das Konzept des Kommunitarismus, der die einzelnen Individuen in lokale Interessengemeinschaften zusammenfassen will. Doch die Beziehung dieser untereinander bleibt der globale Markt. Der rote Faden all dieser Konzepte ist die Ausschaltung des Staates, der nationalen Souveränität. Nationalismus erscheint aus dieser Perspektive immer reaktionär, auch wenn er sich gegen die imperialen Zentren richtet. So verkündete der Guru der Bewe-

gung, Toni Negri, dass das Imperium entterritorialisiert sei, kein Zentrum mehr habe. Das nicht nur von einigen Spinnern, sondern regierungsamtlich verfolgte Konzept des Amerikanischen Reiches musste die Bewegung also in ihren Grundfesten erschüttern.

Die nationale Souveränität und der Nationalstaat bleiben das einzige Instrument sich gegen das kapitalistische Imperium zu verteidigen, selbst im Rahmen des Systems. Es bleibt auch das einzig mögliche Forum von politischer Demokratie für die breiten Massen, das nicht Politik durch Markt ersetzt.

Will die Bewegung gegen Globalisierung und Krieg eine Perspektive haben, so muss sie mit der äquidistanten Haltung „Weder Krieg noch Terrorismus“ brechen und sich auf die Seite des Widerstands der unterdrückten Völker gegen das US-Imperium stellen – zu aller vorderst des irakischen. Ein selbständiges Antiimperialistisches Forum als Alternative zum WSF und als Türöffner für eine antiimperialistische Front ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich.

Willi Langthaler
Wien, 11. Februar 2005

Willi Langthaler ist Aktivist der Antiimperialistischen Koordination und freier Journalist in Wien.

„Männer der Welt“ findet sich auf der Startseite schon seit einigen Monaten nicht nur Usama bin Ladin sondern auch Bashar Asad.

Sabeth Belhayania
27. Februar 2005

Legal, illegal, scheißegal

Israels Ministerpräsident Sharon ist ein offizieller Bericht über Siedlungsaktivitäten in den besetzten Gebieten übergeben worden, die selbst nach israelischer Rechtsauffassung illegal sind – die sogenannten „illegalen Außenposten“, von denen die sozialdemokratische Organisation Peace Now etwa hundert zählt. Der Bericht der ehemaligen Staatsanwältin Talia Sasson zeigt, dass das israelische Regime kein Problem damit hat, selbst die eigenen Gesetze zu missachten, wenn es um die Erweiterung von Siedlungen geht. Siedlungen im Westjordanland und im Gaza-Streifen, die von staatlichen Instanzen Israels als illegal bezeichnet wurden, wurden über das Wohnbauministerium, das Verteidigungsministerium und von der Jewish Agency finanziert. Sie werden beispielsweise von der Regierung mit Wasser und Strom versorgt und häufig in der Folge „legalisiert“, d. h. der Landraub wird von den Besatzern legitimiert. Es handelt sich auch um kein Geheimnis, erst vor kurzem erklärte der rechtsradikale Knesset-Abgeordnete Zvi Hendel, die Militäradministration stelle das Land zur Verfügung,

das Wohnbauministerium liefere die Wohncontainer, das Verteidigungsministerium erteile die Transportgenehmigungen und die Armee treffe die Sicherheitsvorkehrungen. Nach einer Weile werden die Wohncontainer an das Wasser- und das Elektrizitätsnetz angeschlossen, Zufahrtsstrassen werden geteert und die Armee erstellt Wachposten. Wiederum eine Weile später bewerben sich die Siedler um eine rückwirkende Bewilligung des „illegalen Außenpostens“.

Als Sharon noch Infrastrukturminister war, besuchte er einen solchen „illegalen Außenposten“ und erklärte den Siedlern: „Stellt einen Wachposten auf. Der wird sich natürlich langweilen. Er wird heiraten und eine Familie haben. Die Kinder werden Freunde brauchen. Weitere Familien werden dazu ziehen. Bald werden genug Männer für ein Quorum (minyan) da sein. Dann wird man eine Synagoge bauen müssen. Die Frauen brauchen ein rituelles Bad (mikve). Die Kinder brauchen einen Kindergarten und Spielplätze. Und so wird Mitzpe Horsha eine reguläre Siedlung werden.“

Und so geschah es. Illegal!

Währenddessen werden palästinensische Dörfer in Israel, bewohnt von Palästinensern mit israelischer Staatsbürgerschaft, selbst z. T. bis heute vom Regime ebenfalls als „illegal“ bezeichnet, aber diese sind tatsächlich ständig von Abriss und Vertreibung bedroht und jegliche Infrastruktur wird ihnen vorenthalten, obwohl diese Dörfer schon vor der Gründung des Staates Israel existierten.

Die Unterscheidung zwischen „legalen“ Siedlungen und „illegalen Außenposten“, die von der israelischen Friedensbewegung teilweise übernommen wird, ist eine Spitzfindigkeit, die für die PalästinenserInnen, auf deren Land alle diese Aktivitäten der Besatzer entfaltet werden, irrelevant ist.

Quellen: Neue Zürcher Zeitung und Ha'aretz, 9. März 2005

Friedensverhandlungen mit Doppelmoral

Mit Freude wurde die Annäherung zwischen Israel und der palästinensischen Führung in der post-Arafat-Ära in den westlichen Medien kommentiert. Selbstverständlich konnte das Treffen in Sharm al-Sheikh nur unter der Voraussetzung der Waffenruhe stattfinden – der Waffenruhe auf beiden Seiten würde man meinen. Diese Bedingung galt aber automatisch nur für die Palästinenser, denn ihr berechtigter Widerstand gegen die Besatzung wurde ja immer schon einseitig als Hindernis für jeglichen Friedensprozess dargestellt. Für die israelische Besatzungspolitik gilt die Bedingung der Waffenruhe offensichtlich nicht, denn der Krieg der Unterdrückten gegen die Unterdrückten ist im herrschenden Diskurs kein solcher mehr. Während also endlich unter den Bedingungen des „Waffenstillstands“ in Ägypten

Gespräche stattfinden konnten, wurden zur selben Zeit (!) in der Nähe des Dorfes Qafir Qalil bei Nablus Mayub Mureb al-Qanni, ein Mitglied der PFLP, und Issam Hamsa Mansur, ein Mitglied der Al-Aqsa Brigaden, von israelischen Soldaten erschossen. Nablus selbst hat seit der Ankündigung der Hudna (Waffenstillstand) keine Hudna erlebt – es ist die belagerte Stadt, in die die israelischen Militärs fast jede Nacht eindringen, geblieben. Waffenstillstand ganz im Sinne Orwells!

Quelle: ISM-Bericht vom 16.2.2005

EU-Gelder für Palästina

„Derzeit konzentriert sich die EU-Hilfe (2005: 250 Millionen Euro) auf Projekte im Bildungs-, Sozial- und Umweltbereich. Auch der Bau von Straßen wird unterstützt: Wegen der Errichtung der 600 Kilometer langen

Mauer und Straßenblockaden der Israel sind viele palästinensische Dörfer nur über Feldwege erreichbar.“ (Profil, 14. Februar 2005)

Das muss man einmal lesen und nicht nur flüchtig überlesen! Israel zerstört, Israel baut eine völkerrechtswidrige Mauer in einem von ihm besetzten Gebiet, und die EU gibt Gelder dafür aus, dass die Politik der Besatzer irgendwo vielleicht kurzfristig erträglicher wird. Sie bauen Straßen, die morgen wieder unpassierbar sein können, sie finanzieren Bildungseinrichtungen, die auf Grund von Straßenblockaden und Ausgangssperren nicht erreichbar sein könnten! Das ist der Gipfel des Zynismus, gegen den sich jeder und jede EU-BürgerIn auflehnen sollte.

Elisabeth Lindner-Riegler

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der Antimperialistischen Koordination in Wien.

Ein Tag nach dem „Waffenstillstand“ von Sharm al-Sheikh

Der Alltag der Besatzung in Palästina geht weiter

Gleich einen Tag nach dem Gipfeltreffen in Sharm al-Sheikh, an dem Abbas, Sharon, der ägyptische Präsident Mubarak und der jordanische König ein „Ende der Gewalt“ verkündeten, setzte die israelische Armee ihre Übergriffe in den palästinensischen Gebieten fort. An verschiedenen Orten gab es sechs verletzte Palästinenser. Die internationalen Medien berichteten nur über das Gipfeltreffen, das als „Licht am Ende des Tunnels“ bezeichnet wurde.



Im Westjordanland schloss die Armee die Militärsperren von Hawara und Beit-Iba (die beiden Eingänge von Nablus) und riegelte die Stadt hermetisch ab. Die Durchfahrt wurde auch Rettungswagen verweigert. In der Umgebung von Jenin wurden die Gebiete bis zum Jordantal unter strikte militärische Abriegelung gestellt und die Checkpoints bei Tayasir und al-Hamra für die arabische Zivilbevölkerung geschlossen.

Bei Tulkarem wurde das Dorf Qifin unter Einwurf von Lärmbomben gestürmt. Es wurden mehrere Häuser durchsucht und verwüstet. Der 24-jährige Rabi' Yussuf Ammar wurde verhaftet.

In Bala' bei Nablus wurde der 23-jährige Ahmad Kittanah bei einer Militärsperre am Dorfeingang verhaftet. An der selben Sperre mussten Dutzende Autos stundenlang warten und es wurden mehrere Personen gezwungen, im

Regen zu stehen.

In Qalqilya verlangsamten die Besatzungstruppen die Bewegung an den Militärsperren. Die Straßen von Wadi Qana und Jensafut blieben den zweiten Tag versperrt. In Hebron griffen die Siedler das Haus von Yussuf Sharbati an. Die Hausmauern wurden nieder gerissen und die Möbel zerstört bzw. gestohlen. Bei Bethlehem stürmte die Armee die Dörfer Sawahra und Khadra. Es wurden mehrere Häuser gestürmt und mehrere Personen verhaftet. Das Gymnasium von Khadra wurde gestürmt und die Schüler von den Soldaten angegriffen.

Am Jordan-Grenzübergang wurde dem Jerusalemer politischen Aktivist der Anti-Mauer-Kampagne, Said Yaqin, die Ausreise verweigert. Am Grenzübergang von Rafah wurde einer Lehrerdelegation die Ausreise nach Ägypten verboten. Die Delegierten waren auf der Reise zu einer pädagogischen Konferenz in Kairo.

Die Gefangenen

Während die Medien die Freilassung von hunderten palästinensischen Gefangenen verkündeten, wurde die Administrativhaft¹ von 16 palästinensischen Gefangenen auf weitere sechs Monate verlängert. Die Anwälte zeigen sich über die gesundheitliche Lage einiger Gefangener besorgt, denen die Verwaltung der Gefängnisse die Behandlung in den Spitälern verweigert. Unter ihnen Nidal Sayel, der sich wegen Folter beim Verhör in einem kritischen Zustand befindet.

Der Landraub geht weiter

Die Militärbehörde gab den Befehl, weitere zwei Dunum² Land in der Umgebung von Yatta östlich von Hebron zu konfiszieren. Der Militärbefehl Nr. T-16-5 gewährte den Besitzern eine Frist von zehn Tagen, um Einspruch

zu erheben. Erwähnenswert ist, dass dort eine Gruppe radikalzionistischer Siedler ihr Lager aufgeschlagen hatte, um den Kern einer neuen Siedlung zu schaffen. Im Januar 2005 wurden bisher 1550 Dunum im Westjordanland konfisziert.

Der Mauerbau geht weiter

Ein israelischer Gerichtshof gab den Einwohnern des Dorfes Nu'man bei Jerusalem eine Frist von einer Woche, um eine Vereinbarung mit den Behörden zu erreichen. Die Mauer soll östlich des Dorfes verlaufen, was die Annektierung durch Israel bedeutet. Laut Radio Israel leben im Dorf 25 Familien. Israel behauptet, das Dorf liege im Verwaltungsgebiet „Westjerusalem“, aber Radio Israel gibt bekannt, dass die arabischen Einwohner keine israelischen Ausweise tragen.

9. Februar 2005

- 1 Administrativhaft: Eine administrative Strafe, durch welche ein Palästinenser ohne Gerichts-urteil und nur durch eine Militärverfügung sechs Monate im Gefängnis bleiben kann. Die Strafe ist ohne Beschränkung verlängerbar.
- 2 Dunum: Eine Maßeinheit für Land. Ein Dunum = 1000 Quadratmeter

Quelle: www.palestine-info.info

Israel will keinen Frieden, Israel will Land

Eindrücke von einer Reise nach Palästina zur Zeit der Präsidentschaftswahlen

Die Einreise war dieses Mal ganz problemlos – ich wurde nicht gefragt warum und wieso, nur ob ich schon einmal in Israel war. Ein kurzes ja – und damit war ich durch, ganz verdattert, weil innerlich auf ein längeres Verhör vorbereitet. Die Ausreise war nicht so leicht, es ist beschämend, ständig lügen zu müssen, wenn man die besetzten Gebiete besucht hat oder besuchen will. Israel versucht alles, um unliebsame Augenzeugen fernzuhalten, sodass die völkerrechtswidrigen Handlungen, die Auswirkungen der Menschen verachtenden Politik in den von Israel besetzten Gebieten möglichst nicht publik werden. Unter dem Deckmantel „Sicherheit“ werden ungeheuerliche Maßnahmen gesetzt und fast jeder Besucher wie ein Krimineller behandelt.

Ich schloss mich wieder einer Gruppe an, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt. Der erste Einsatz war, einen Palästinenser zu unterstützen, der angeklagt war, Steine geworfen zu haben, was aber nicht den Tatsachen entsprach, weil er einer Gruppe angehört, die zwar gegen die Mauer protestiert, aber auf ihre Fahnen absolute Gewaltfreiheit, auch verbale, geschrieben hat. Einige von uns versuchten in den Gerichtssaal zu kommen, andere standen vor dem Eingang mit Plakaten wie – Freiheit für MM.

Daneben gab es eine Ansammlung von ungefähr hundert Menschen, die offensichtlich ebenfalls für einen Angeklagten demonstrierten. Als sie herausfanden, dass wir nicht zu ihnen gehörten, sondern für einen Palästinenser eintraten, gab es Tumult. Sie versuchten, uns zu vertreiben, schrien zuerst lautstark auf Hebräisch mit dementsprechenden Gesten, dann auf Englisch: „Mahmud soll sterben, er soll sterben, wir wollen, dass alle Palästinenser sterben“, und das ununterbrochen, wie eine Gebetsmühle. Es

gab Angriffe gegen unsere Schienbeine und Ohren (sie versuchten ihre Trillerpfeifen in unsere Ohren zu stecken und gleichzeitig auf unsere Zehen und gegen unsere Schienbeine zu treten). Die Polizei sah zu bis das Fernsehen kam, erst dann versuchten sie einzugreifen, ein ziemlich nutzloses Unterfangen. Diese erschreckend rabiaten Siedler reagierten ganz einfach nicht. Sie ignorierten alle Aufforderungen zur Mäßigung, zumal die Polizei nur mit Knüppeln bewaffnet war. Ein Vorgeschmack dessen, was zu erwarten ist, sollte Israel tatsächlich versuchen Siedlungen aufzugeben. Einige hundert von ihnen belagern seit Wochen die Knesset.

Die Soldaten hatten für kurze Zeit Kreide gegessen, sie hatten offensichtlich den Befehl höflich und zuvorkommend zu sein, jedenfalls so lange sich internationale Wahlbeobachter im Lande befanden. Sofort nach den Wahlen gab es „business as usual“. Die „spin-doctors“ der israelischen Militärmaschinerie leisten großartige Arbeit, um die völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Handlungen in den von Israel besetzten Gebieten so darzustellen, dass sie Israel im günstigen Licht erscheinen lassen und die Schuld an der Misere ausschließlich an den Palästinensern hängen bleibt.

Der Kalandiya-Checkpoint ist grauhaft wie eh und je. Allerdings, bei meinem letzten Besuch war die Mauer noch nicht in Sichtweite, jetzt steht sie, bedrohlich, grässlich links und rechts vom Checkpoint. Nur eine Frage der Zeit bis das Westjordanland ein Kerker wie der Gaza-Streifen ist.

Es ist schwer sich vorzustellen, wenn man die Tatsachen vor Ort gesehen hat, dass Israel wirklich ernsthaft Frieden will. Ich habe das Gefühl – Israel will gar keinen Frieden, Israel will Land, soviel palästinensisches Land wie

nur möglich und Wasser. Wie sonst ist zu erklären, dass der Siedlungsbau unvermindert weitergeht, der Ausbau der Mauer ebenso und damit verbunden der tägliche Landraub.

Zum Beispiel in Jayyus, wo die Mauer und der Zaun sich über Berg und Tal winden und Bauern von ihrem seit Generationen bewirtschafteten Land trennen, das dann von Israel ohne Entschädigung konfisziert wird – weil nicht bearbeitet. Dabei sind Genehmigungen um zu den Feldern zu kommen, schwer oder überhaupt nicht zu bekommen. Da steckt System dahinter. Oft sind diese unglaublichen Monster – die mit Stacheldraht und Strom gesicherten Tore – nur zweimal pro Tag für jeweils eine Viertelstunde geöffnet. Für diejenigen, die die heiß begehrte Genehmigung erhalten haben, bedeutet es trotzdem keine Sicherheit, dass sie auf ihre Felder können, denn die Öffnungszeiten sind zwar angeschlagen aber sehr oft kommen die Soldaten zu spät oder zu früh, dann wird die Zeit abgezogen und das Tor wird gar nicht oder nur fünf Minuten geöffnet. Diese Genehmigungen sind sehr schwer zu bekommen und werden oft nur für einen Tag oder eine Woche in günstigen Fällen für länger ausgestellt und ist ganz von der Willkür der israelischen Verantwortlichen abhängig. Das ist kostspielig und zermürbend. Die Mauer wird mitten durch Gärten, knapp an Häusern vorbei gebaut, die dann gesprengt werden, weil sie zu nahe an der Mauer stehen.

In Jayyus wird die bereits bestehende israelische Siedlung Zufim erweitert und innerhalb von nur zwei Wochen, beginnend Anfang Dezember 2004, wurden vierhundert Olivenbäume ausgerissen, sofort auf Lastwagen verfrachtet und nach Tel-Aviv gebracht. Nicht einmal die ausgerissenen Bäume bleiben den ehemaligen Besitzern. Ich habe den alten Bauern, dem der Oli-

venhain gehörte und den er sein ganzes Leben betreute, persönlich kennen gelernt. Es blutete mir das Herz, als er mir von seinem ehemaligen Stolz und seiner Lebensgrundlage berichtete. Er hat nichts mehr auf seine alten Tage und kann seinen Kindern nichts weitergeben und ist jetzt auf Lebensmittelhilfe angewiesen.

Die Menschen im Dorf bedankten sich für unser Kommen, jedes Zeichen von Solidarität, schon das Zuhören alleine bedeutet ihnen sehr viel.

Die Soldaten kommen fast jede Nacht, treten Türen ein, verwüsten die Wohnungen, schneiden Matratzen auf, leeren Lebensmittel aus, verhaften willkürlich Menschen, erschießen sie, erklären sie ohne Beweise zu Terroristen, verbreiten ständig Angst und Schrecken. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, sie wollen sie ganz einfach vertreiben, aber sie gehen nicht.

Es ist zu befürchten, dass die momentane „Friedenseuphorie“ bald verblasen wird. Israel wird wieder endlos verhandeln, parallel dazu weiter die Mauer und die Siedlungen ausbauen, also weiterhin das palästinensische Land rauben, sogenannte großzügige Angebote machen, die in Wahrheit unannehmbar sind und damit rechnen, dass die Palästinenser die Geduld verlieren, um ihnen wieder die Schuld am Scheitern zuschieben zu können.

Ich hoffe, ich irre mich.

Waltraud Schauer
Januar 2005

Waltraud Schauer ist in der Wiener Bewegung gegen Besatzung und Krieg in Palästina und Irak aktiv.

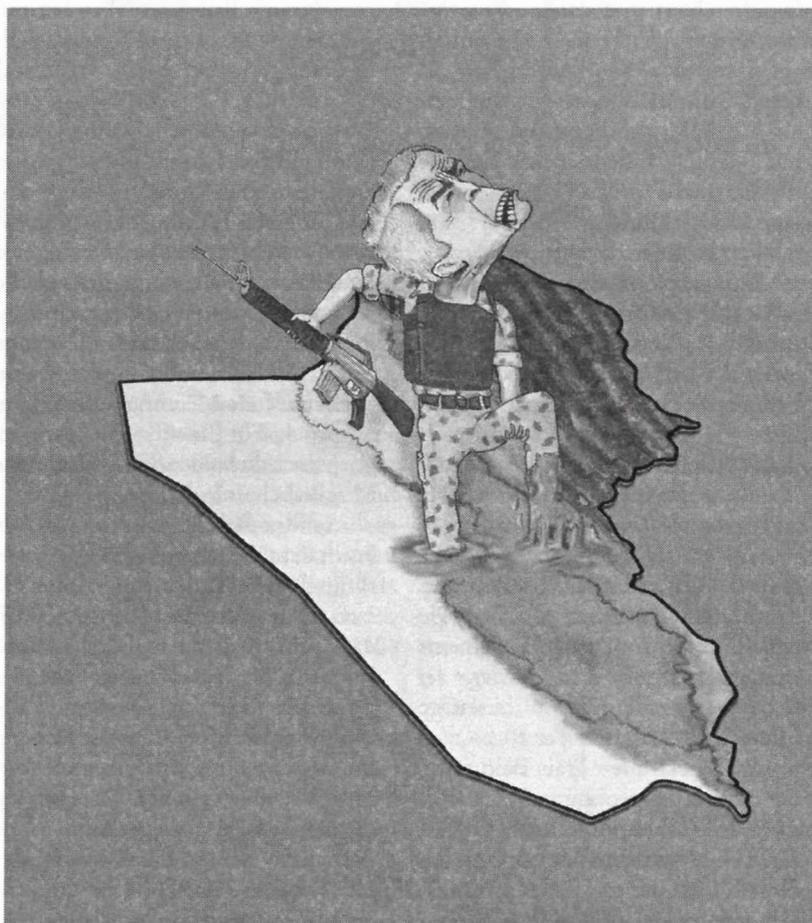
Mauerbau im Gazastreifen und um Jerusalem

Während vom Frieden geredet wird, wird der zügige Weiterbau der Apartheidmauer beschlossen.

Bis zum Juli soll der Gazastreifen, der ohnehin hermetisch abgeriegelt ist, von einem weiteren, vorläufig temporären, Zaun eingeschlossen werden. Laut Moshe Ya'alon von der IDF wird die temporäre Lösung für die Gebiete vorgeschlagen, wo ein permanenter Zaun aus legalen Gründen im Moment nicht möglich sei. Dieser Zaun, ausgestattet mit Überwachungskameras und modernsten Überwachungsgeräten, soll vor der ersten Phase des israelischen Rückzugs aus dem Gazastreifen im Juli fertig sein. Der israelische Militärsprecher sagte weiters: „Der zweite Sicherheitszaun wird innerhalb der Grünen Linie gebaut werden, siebzig Meter entfernt vom schon bestehenden Zaun um den Gazastreifen, um die Sicherheit der Siedler bei ihrem Rückzug zu garantieren.“

Der Mauerbau um Jerusalem soll ebenfalls beschleunigt werden, um dort vollendete Tatsachen zu schaffen und Land zu annektieren. Mit dem Mauerbau in den nächsten Monaten soll die größte illegale Siedlung im Westjordanland, Ma'aleh Adumim mit 30 000 Siedlern, die acht Kilometer östlich von Jerusalem liegt, Teil von Israel werden. Shuafat, ein palästinensisches Flüchtlingslager, das an Jerusalem angrenzt, wird ebenfalls Israel einverleibt, aber mit einem eigenen Zaun zu einem Flüchtlingsghetto, zu einem Kerker im wahrsten Sinne des Wortes, gemacht. Damit werden den Bewohnern praktisch alle Zugänge zu Jerusalem abgeschnitten, das für sie bisher die einzigen Arbeitsmöglichkeiten bot. Auch in Bethlehem annektiert Israel durch die Mauer den nördlichen Teil der Stadt und schneidet der palästinensischen Bevölkerung die Lebensadern durch.

Quelle: The Palestine Monitor, 14. März 2005



Die Meinungsfreiheit mit Füßen getreten

Der Fall Sandra Bakutz

Am 10. Februar 2005 wurde die österreichische Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Sandra Bakutz am Flughafen Istanbul verhaftet. Sie befindet sich seitdem bis zu ihrem Prozess am 30. März in der Türkei in Haft. Der Fall Bakutz wirft ein Schlaglicht auf die nach wie vor autoritäre Natur des türkischen Staates.

Hafturteil in Abwesenheit durch das Zweite Staatssicherheitsgericht

Die Verhaftung von Sandra Bakutz vom 10. Februar erfolgte auf Grundlage eines Hafturteils vom 31. August 2001. Da Sandra Bakutz die ihr damals zu Last gelegten „Taten“ im Ausland begangen habe, außerdem österreichische Staatsbürgerin mit Wohnsitz in Österreich ist und daher „flüchtig“, war dieses Urteil in Abwesenheit gefällt worden. Eine Anfrage an die österreichische Bundesregierung bzw. ein Auslieferungsbegehren wurden nicht gestellt. Offensichtlich sind die türkischen Behörden überzeugt, dass eine Überprüfung der Vorwürfe auf schwachen Beinen stehen würde.

Sandra Bakutz wird Mitgliedschaft in der DHKP-C vorgeworfen. Die „Revolutionäre Volksbefreiungsfront“ ist in der Türkei schon lange verboten und befindet sich auch auf der „Schwarzen Liste terroristischer Organisationen“ der EU aus dem Jahr 2002.

Der Vorwurf gründet auf zwei Sachverhalte:

Am 28. November 2000 habe Frau Bakutz anlässlich des Besuchs des türkischen Außenministers im Plenarsaal des Europäischen Parlaments gemeinsam mit zwei Mitgliedern der DHKP-C Parolen gegen diesen gerufen. Laut Auskunft der türkischen Anwälte bestreitet Frau Bakutz an der Aktion teilgenommen zu haben. Zum fraglichen Zeitpunkt traf sie die EU-Abgeordnete Morgantini. Als Beweis dient der türkischen Justiz ein

Artikel in der Tageszeitung Hürriyet sowie die darin veröffentlichten Fotos. Dieser Artikel ist im Internet abrufbar. (arsiv.hurriyetim.com.tr/hur/turk/00/11/29/dunya/01dun.htm). Zumindest auf diesem Foto ist der Hinterkopf einer vermutlich weiblichen Person mit langen Haaren zu sehen, die – zumindest von hinten – nicht wie Sandra Bakutz aussieht. Auch andere in dieser Tageszeitung veröffentlichten Fotos zeigen laut den türkischen Anwälten nicht Sandra Bakutz. Eine genaue Identifizierung ist schlicht unmöglich. Weiters geht aus dem Artikel nicht hervor, dass Sandra an dieser Aktion teilgenommen habe. Unabhängig davon, ob sich der Sachverhalt wie von der türkischen Justiz behauptet abgespielt hat oder nicht, macht wohl das gemeinsame Rufen von Parolen mit anderen noch keine „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ aus.

Weiters stützt sich die Anklage auf eine in Brüssel stattfindende Pressekonferenz eines Unterstützungskomitees für einen Häftling der sich in Isolationshaft befunden hat. Daran habe Frau Bakutz teilgenommen. Auch dieser Anklagepunkt entspricht reiner Politjustiz. Wer eine Pressekonferenz gegen Isolationshaft abhält, nimmt sein Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch. Für die türkische Justiz zeigen jedoch die beiden Sachverhalte eine Mitgliedschaft in der DHKP-C.

Sandra Bakutz wurde laut Auskunft der türkischen Anwälte von den türkischen Behörden weder das Abwesenheitsurteil aus dem Jahr 2001, noch die Sachverhaltsdarstellung bekannt gemacht. Sie habe darüber erst über ihren Anwalt erfahren. Weiters wurde sie nur einmal, bei ihrer Verhaftung, im Beisein ihres Anwaltes vernommen. Bei einer weiteren Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft – ohne Beiziehung des Anwaltes – verweigerte Sandra eine Aussage – verständlich,

da gerade sie das Vorgehen der türkischen Justiz sehr gut kennt. Seitdem wurde sie nicht mehr vernommen und konnte somit auch nicht Stellung beziehen. Doch Sandra Bakutz hat in diesem Fall noch eine vergleichsweise gute Behandlung erfahren. Denn in der Türkei hat bei politischen Delikten der Anwalt erst nach 48 Stunden das Recht mit dem/der Verhafteten in Kontakt zu treten. Geständnisse, die innerhalb dieser Frist erfolgen, werden von Gerichten akzeptiert. (Dieser Umstand ist eine Einladung zur Folter, was auch von verschiedenen EU-Staaten festgestellt wurde. Siehe etwa das britische Home-Office: www.ind.homeoffice.gov.uk/default.asp?PageId=196)

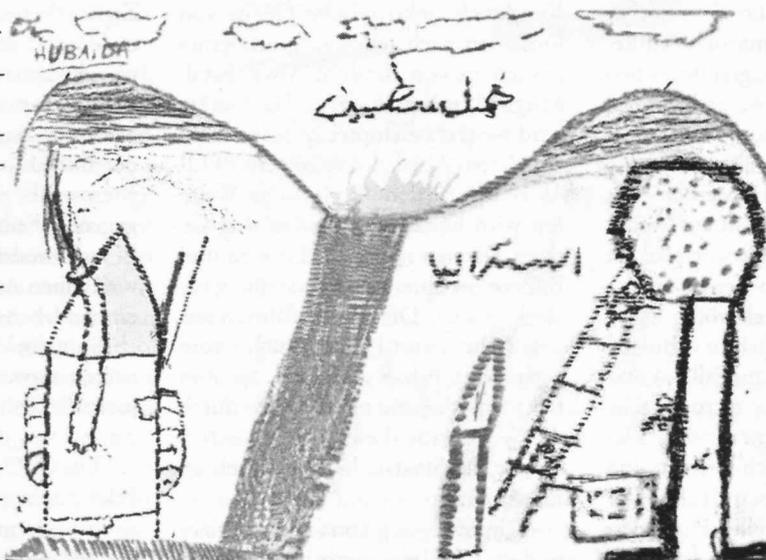
Auch bei der Überprüfung der Untersuchungshaft durch einen Richter senat am 25. Februar 2005 wurde Sandra Bakutz nicht angehört, weder sie noch ihr Anwalt waren zugegen. Der Beschluss enthält die Begründung, dass gegenüber dem Urteil von 2001 keine neuen entlastenden Beweise vorgebracht worden wären, die Beweise der Anklage sich aber noch in der Sammlungsphase befänden (scheinbar seit mindestens vier Jahren, seit das Zweite Staatssicherheitsgericht den Haftbefehl ausgestellt hat). Sprich: Im Augenblick liegt zu wenig vor, die Untersuchungshaft wird verlängert. Eine rechtsstaatliche Kontrolle über die Verhängung von Untersuchungshaft scheint im Fall Bakutz nicht gegeben zu sein. Aber auch die Dauer der Untersuchungshaft ist ein großes Problem: Aus der Türkei sind Fälle bekannt, dass politische Häftlinge fünf Jahre lang auf ihren Prozess gewartet haben. Ein gutes Beispiel ist der Prozess, zu dessen Beobachtung Sandra Bakutz nach Istanbul geflogen ist: Am 1. April 2004 wurden bei einem großen Polizeieinsatz zahlreiche Menschen verhaftet, darunter der Leiter des Menschenrechtsvereins Tayad. Alle diese gingen völlig legalen politischen Tätigkeiten nach. 62 be-

finden sich im Zusammenhang mit dieser Aktion immer noch in Haft, 18 davon seit dem 1. April. Die Anklage stützt sich dabei einzig auf eine Reihe von Disketten, auf der sich laut Polizei eine Namensliste von Mitgliedern der DHKP-C befinden soll. Beim ersten für den November festgelegten Prozesstermin musste das Gericht feststellen, dass die Polizei die Disketten bis jetzt nicht ausgefolgt hat. Folge: Der Prozess wurde auf Februar 2005 verschoben – fand aber ebenso wenig statt. Neuer Termin ist im Mai. Bis dahin werden sich einige Menschenrechtsaktivisten ein Jahr in Haft befunden haben, auf Grund einiger mysteriöser Disketten, die bis dato von der Exekutive keinem unabhängigen Gericht vorgelegt wurden. (siehe dazu: Martin Pöll: Bericht der Istanbuldelegation, 11. November 2004, www.tayad.de/deutsch/Library/de_2004_11_11-1.htm)

Auch das Zustandekommen des ursprünglichen Haftbefehls aus dem Jahr 2001 wirft einige Fragen auf: Dieser wurde vom Zweiten Staatssicherheitsgericht (DGM) Istanbul ausgestellt. Dabei handelt es sich um eine militärische Sondergerichtsbarkeit für politische Delikte, die keinen rechtsstaatlichen Normen entspricht und im Jahr 2004 abgeschafft wurde. Gleich darauf wurden die Staatssicherheitsgerichte in anderer Form als „Gerichtshof für schwere Straftaten“ neu gegründet. Diese sind zwar zivilen Tribunalen offiziell gleichgestellt, bleiben aber tatsächlich eine Sondergerichtsbarkeit für politische Straftaten, auch wenn ihre Zuständigkeit um die organisierte Kriminalität erweitert wurde. In jedem Fall zeigt der Fall Bakutz, dass die Haftbefehle der Militär Richter ihre Gültigkeit behalten haben und auch keiner neuerlichen Überprüfung bedürfen.

Zusammenfassend: Die Sandra Bakutz zur Last gelegten Sachverhalte betreffen das Recht auf freie Mei-

nungsausschüttung (Pressekonferenz) und sind in jedem Fall nicht strafrechtlich relevant (das Stören einer Sitzung des Europäischen Parlaments mit İsmail Cem, ehemaliger türkischer Außenminister). Strafrechtliche Relevanz erhalten diese Sachverhalte erst durch die Konstruktion der „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“. Auch diese müsste aber eigentlich durchgehend bewiesen werden, scheinbar reicht aber schon ein gemeinsames Auftreten mit angeblichen DHKP-C Mitgliedern oder die Solidaritätsbekundung für einen Häftling in Isola-



tionshaft – wenn schon nicht zu einer Verurteilung, so doch zumindest für eine längere Untersuchungshaft. Ziel ist es, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu untergraben.

Sandras Anwältin in Wien meinte hierzu: „Die Tatsache, dass sich eine Person gegen Isolationshaft ausspricht, auch wenn der in Isolationshaft Befindliche angeblich Mitglied einer illegalen Organisation war oder ist, bedeutet nicht automatisch Mitglied einer solchen Organisation zu sein, da Isolationshaft unmenschlich ist und die Menschenwürde verletzt.“

Mittlerweile steht der Termin für die Verhandlung fest: Der 30. März. Ab dem 1. April 2005 tritt das neue türkische Strafgesetzbuch in Kraft, bei der laut Artikel 314 Absatz 2 eine Freiheitsstrafe von fünf bis zehn, anstatt bis zu zehn bis fünfzehn Jahren auf Mitgliedschaft in einer terroristischen

Organisation steht.

Österreichs Grüne als terroristisches Umfeld

Bei solcher Vorgehensweise stellt sich die Frage, ob gemeinsames Auftreten mit Sandra Bakutz oder ein Aufruf zu ihrer Freilassung in den Augen der türkischen Behörden auch alle, die sich heute mit ihr solidarisieren in die Nähe der DHKP-C rückt. Scheinbar ja. Die türkische Zeitung Radikal schreibt am 27. Februar 2005: „Die DHKP-C Sympathisanten in Österreich führen im Internet eine Kampagne für die Freilassung von Sandra Bakutz. Die Grünen unterstützen die DHKP-C Sympathisanten bei dieser Kampagne.“ Zu den Sympathisanten der DHKP-C gehört also auch die GPA-Jugend, Radio Orange, sowie die „Reporter ohne Grenzen“. Die Grünen stellen offenbar ihr erweitertes Umfeld dar.

Türkei und EU

Der Vorgang rund um Sandra Bakutz macht deutlich, dass die im Zuge der Annäherung an die EU erfolgte Reform der türkischen Gerichtsbarkeit keine qualitative Änderung einer grundlegend autoritären politischen Justiz gebracht hat. Aus anderer Perspektive lässt sich eher eine zunehmend autoritäre Ausrichtung der Rechtspflege in der EU feststellen. So hat auch im Fall Sandra Bakutz das österreichische Außenministerium sich beeilt festzustellen, dass die DHKP-C in Österreich ebenfalls verboten ist, in Berufung auf die „Schwarze Liste terroristischer Organisationen“ der EU (2002 unter Druck der USA verabschiedet). Wir halten das für nicht ausjudiziert, da im Bereich des Inneren nationales Recht über Richtlinien der EU steht. Die Schwarze Liste wurde in Österreich zwar akkordiert, keine der dort erwähnten Organisationen aber dann tatsächlich verboten. In jedem Fall ist es

äußerst befremdlich, wenn österreichische Behörden offiziell mitteilen, dass man bereit wäre Sandra Bakutz auch in Österreich zu verfolgen, würde sich die Türkei um einen internationalen Haftbefehl bemühen. Angesichts der Beweislage versteht man allerdings die Zurückhaltung der türkischen Justiz in dieser Richtung. Mit der Schwarzen Liste und der damit einhergehenden Anti-Terror Gesetzgebung wurde die Logik der USA, ebenso wie der Türkei, übernommen, politische und soziale Konflikte im Rahmen der Verbrechensbekämpfung zu behandeln, statt sich Gedanken über die politischen und sozialen Grundlagen zu machen (Türkei, Kolumbien ...). In einigen Bereichen befindet sich die „Schwarze Liste“ im offenen Widerspruch zum Völkerrecht, etwa wenn bewaffnete palästinensische Organisationen verboten werden – das Völkerrecht hält ein Recht auf Widerstand im Falle von Besatzung fest. Im Übrigen gibt die Anti-Terror Gesetzgebung die Möglichkeit völlig legale Tätigkeiten strafrechtlich zu verfolgen (eine Pressekonferenz, im Fall Bakutz), wenn rundherum eine terroristische Organisation konstruiert wird. Der Fall der österreichischen Grünen und der oben zitierten Zeitschrift „Radikal“ zeigt, dass man schneller ins „terroristische Umfeld“ kommen kann, als man denkt.

Stefan Hirsch

www.freiheitfuersandra.tk

Nachtrag

Am 31. März fand in Ankara der Prozess gegen die Menschenrechtsaktivistin und Journalistin Sandra Bakutz statt. Sie wurde enthaftet, anschließend aber sofort der türkischen Fremdenpolizei überstellt und nach Österreich abgeschoben, wo sie sich zur Zeit befindet. Der Prozess wurde vertagt. (Red.)

Zehn Jahre Haft für Hussam Kana'ana von Abna' al-Balad

Am Dienstag, 22. Februar 2005, wurde Hussam Kana'ana, ein Mitglied der Bewegung Abna' al-Balad (Söhne des Landes), im Haifa Bezirksgericht zu zehn Jahren Gefängnis und auf vier Jahre Bewährung verurteilt. Die Anklage lautete auf Gefährdung der Sicherheit, darunter die Anklagepunkte „Kontakt mit ausländischen Agenten“, „Unterstützung einer Terrororganisation“ und „Unterstützung des Feindes während der Kriegszeit“. In der Anklageschrift wird behauptet, dass Kana'aneh elektronische Geräte von Jordanien nach Jenin aufgrund eines Ersuchens von Ibrahim Ajwa, Fatah Mitglied, gebracht hätte. Die Geräte, wird weiters behauptet, wurden dann von Annas Abed al-Aziz, einem PFLP-Aktivisten, übernommen. Des Weiteren wird behauptet, dass in den Geräten Dateien mit Instruktionen und Bildern zur Sprengstoffherstellung versteckt waren. Die Kläger führten aus, dass selbst wenn Hussam nichts vom versteckten Inhalt gewusst hatte, ihm trotzdem klar sein musste, dass durch die Weitergabe dieser elektronischen Geräte die Staatssicherheit Israels gefährdet war.

Die Bewegung Abna' al-Balad sieht in dem Urteil der Justiz besonders zu einer Zeit der befriedenden Übereinkunftssuche zwischen Israel und Palästina eine enorme Ungerechtigkeit. Das Urteil wird als kontinuierliche Repression gegen die Palästinenser, gegen die Bewegung Abna' al-Balad, aber auch gegen die gesamte arabische Bevölkerung und ihre politische Vertretung innerhalb der 1948er-Grenzen bezeichnet. Deshalb wird sich Abna' al-Balad um die Anfechtung des Urteils bemühen.

Mehr Information unter:
www.abnaa-elbalad.org

Abduljabbar al-Kubaysi im Camp Cropper inhaftiert

In der letzten Februar-Woche erklärte der Bruder von Abduljabbar al-Kubaysi, Ibrahim, Arzt im Öffentlichen Spital von Abu Ghraib, gegenüber der Kampagne gegen die Besatzung und für die Unabhängigkeit des Irak im spanischen Staat (CEOSI) von Bagdad aus, dass al-Kubaysi, Vorsitzender der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), über das Internationale Rote Kreuz seiner Familie einen Brief hatte zukommen lassen können, in dem er bestätigte, dass er am Leben sei, dass jedoch die Zustände im Camp Cropper außerordentlich schlecht seien, vor allem was die Ernährungssituation und die Sanitäreinrichtungen betrifft. Am 3. März 2005 sind sechs Monate seit seiner Entführung vergangen und nach wie vor gibt es keine formale Anklage gegen al-Kubaysi. Es wird ihm kein Besuch, weder von seiner Familie noch von seinen Anwälten, gestattet, nicht einmal lebensnotwendige Dinge, welche ihm die US-amerikanischen Autoritäten verweigern und damit einmal mehr die Grundrechte der Gefangenen missachten, darf er erhalten.

Die CEOSI brachte diese jüngsten Fakten dem spanischen Außenministerium zur Kenntnis. Von Seiten des Ministeriums wurde CEOSI informiert, dass man sich um Informationen über al-Kubaysi von den militärischen Verantwortlichen der Besatzung über die spanische Botschaft in Bagdad bemüht hatte, ohne dass man bislang eine Antwort erhalten hätte.

Pedro Rojo und Carlos Varea
3. März 2005

Quelle: www.nodo50.org/iraq

Der Fall Samar-Jawad

Britische Politjustiz gegen Palästinenser

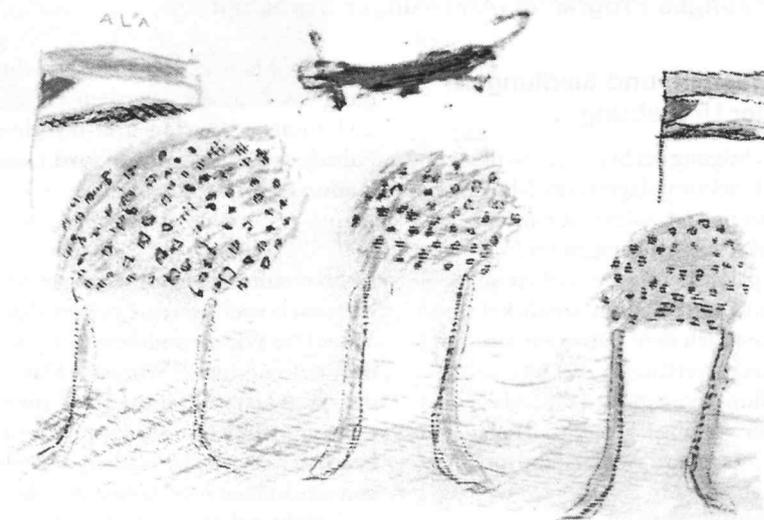
Samar Alami und Jawad Botmeh haben im April 2005 zehn Jahre ihrer Haft abgesessen. Da sie ein gutes Führungszeugnis im Gefängnis aufweisen, Fortbildungen nachgehen und als kooperativ gelten, sollte ihnen laut englischer Gesetzeslage die zweite Haftzeit (nochmals zehn Jahre) erlassen werden. Ihr Anwalt, Gareth Pierce, fürchtet jedoch, dass die derzeitige politische Situation die Entscheidung beeinflussen wird und der Antrag auf Hafterlass negativ verabschiedet werden wird.

Die Vorgeschichte: Am 26. Juli 1994 explodierte vor der israelischen Botschaft in Kensington, London, eine Autobombe. Großer Sachschaden. Keine Toten. Ein Verletzter (gebrochener Arm). Bei der 13 Stunden später explodierenden Bombe vor dem Jewish Charity Headquarter, Balfour House, Nordlondon, gab es sechs Verletzte. Eine Frau mit grauem Audi 100, die kurz vor der ersten Explosion von ihrem Parkplatz vor der Botschaft wegfuhr, wurde gesucht. Festgenommen wurden im Januar 1995 fünf Palästinenser und eine Libanesin aus dem Studentenumfeld. Die Studentin Samar Alami und der Student Jawad Botmeh wurden im Dezember 1996 für schuldig befunden. Sie bestreiten bis heute jegliche Beteiligung. Es liegen bis heute keine Beweise vor. Herhalten mussten ihre libanesisch-palästinensische Herkunft und ihre Chemieabsteleien.

1997 beschuldigte der frühere Geheimdienstchef David Shayler den Innenminister Jack Straw, dass Information über die Attentate zurückgehalten werde. Im Oktober 2000 tauchte der Australier Tim Wise auf. Er hatte bei seinem Zimmerkollegen, einem konvertierten britischen Moslem, Material zu Kensington, Anleitungen

zum Bombenbau u. ä. m. gefunden und ihn im Frühjahr 1994 angezeigt. Ohne Konsequenzen.

Samars und Jawads Fall wurde inzwischen auch dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorgelegt. Zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen unterstützen die bei-



den seit ihrer Inhaftierung. Aufgrund des Attentats im Libanon, dem Druck auf die Palästinenser und der Situation im Irak befürchtet jedoch selbst ihr Anwalt, dass dem Antrag auf Entlassung nicht stattgegeben wird.

Sabeth Belhayania

Weitere Informationen:

- news.bbc.co.uk/onthisday/hi/dates/stories/july/26/newsid_2499000/2499619.stm
- www.socialistfuture.org.uk/campaigns/justice/link.htm
- www.freesaj.org.uk/
- www.ncrm.org.uk/campaigns/alamibotmeh.html
- www.caabu.org/campaigns/amnesty-samar-jawad-appeal.html

Risse in der Mauer

Solidaritätsreise nach Palästina

Vorläufiges Programm

Die Solidaritätsreise wird in den letzten beiden Augustwochen 2005, vom 14. bis zum 28. August, stattfinden. In der ersten Woche sind Besichtigungen sowie Treffen mit Vertretern von politischen, kulturellen und sozialen Organisationen der palästinensischen Widerstandsbewegung sowie mit anti-zionistischen jüdischen Organisationen geplant, in der zweiten Woche die Mitarbeit in einer Sozialstruktur zu Gunsten der palästinensischen Bevölkerung. Vorläufiges Programm (Änderungen vorbehalten):

Bethlehem und Siedlungen in der Umgebung

Besichtigung der Stadt, der Siedlungen, des Flüchtlingslagers, des Mauerbaus. Rund um Jerusalem ist ein Ring von israelischen Siedlungen im Entstehen, der palästinensisches Gebiet sukzessive und systematisch zerstückeln und letztendlich dem jüdischen Siedlungsgebiet einverleiben soll. Die israelische Siedlungspolitik wird die „Matrix der Unterwerfung“ genannt. Treffen mit Vertretern von Widerstandsorganisationen.

Hebron

Die Besatzungs- und Vertreibungspolitik in dieser Stadt, in der wenige Tausend Juden und Zehntausende Palästinenser leben, ist emblematisch für die ethnischen Säuberungen, die in den besetzten Gebieten stattfinden. In Hebron fand das zu trauriger Berühmtheit gelangte Massaker an betenden Palästinensern durch den fanatischen Siedler Goldstein statt. Der tägliche Terror der Besatzung, Gewalt, Erniedrigungen, Belästigungen, Verunmöglichung des Alltagslebens, soll die arabischen Bevölkerungen dazu bringen, ihre Stadt zu verlassen. Besichtigung der Altstadt und der jüdischen Siedlungen. Treffen mit Vertretern von Widerstandsorganisationen.

Jerusalem

Die historisch palästinensischen Viertel in Jerusalem sollen besucht werden um sich ein Bild vom immer stärker eingeschränkten Lebensraum der Palästinenserinnen und Palästinenser

in dieser Stadt zu machen. Besichtigung des Baus der Apartheid-Mauer in Jerusalem. Treffen u. a. mit dem jüdisch-arabischen Alternative Information Centre.

Nablus

Nablus zählt nach Jerusalem zu den historisch wichtigsten Städten Palästinas. Die Widerstandsbewegung hat dort tiefe und feste Wurzeln. Das ist der Grund, warum diese Stadt vor einem Jahr und fast vollkommen unbeachtet von den westlichen Medien von der israelischen Armee in Schutt und Asche gelegt wurde. Seit damals befindet sich Nablus fast durchgehend im Ausnahmezustand, Ausgangssperre und Absperungen sind permanent. Es ist fast unmöglich, die Stadt auf normalem Wege zu erreichen. Das alles, um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Erschießungen, auch von

Kindern und Jugendlichen, sind an der Tagesordnung. Besichtigung der Stadt und des nahe gelegenen Balata-Flüchtlingslagers. Treffen mit Flüchtlingen.

Jenin

Das Flüchtlingslager von Jenin wurde während der israelischen militärischen Offensive im Frühling 2002 praktisch dem Erdbogen gleichgemacht. Palästinensische Organisationen sowie UNO und Amnesty International sprachen damals von einem Massaker. Besuch des Lagers und Diskussion mit den Bewohnern.

Qalqiliya

Die Stadt wird von der Apartheid-Mauer fast vollständig eingeschlossen und an drei Seiten von ihrem Umland abgeschnitten. Da die Bevölkerung vor allem vom Handel mit den umliegenden landwirtschaftlichen Produktionsstätten lebt, bedeutet diese Situation den wirtschaftlichen Tod der Stadt. Besuch der Stadt und Besichtigung des Mauerbaus.

Nazareth

Nazareth ist die größte noch mehrheitlich arabische Stadt innerhalb des israelischen Staates. Der Besuch soll es





den Delegationsteilnehmern ermöglichen, das Leben der palästinensischen Bevölkerung in Israel kennen zu lernen und sich über den Kleinkrieg und die tagtäglichen Diskriminierungen durch die israelische Administration zu unterrichten. Besuch der Stadt, Treffen mit Vertretern der Bewegung für die Rechte der arabischen Bevölkerung.

Gaza-Streifen

Seit zwei Jahren ist der Gaza-Streifen fast vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. Für Ausländer ist es kaum noch möglich dieses Gebiet zu besuchen. Der Gaza-Streifen hat inzwischen als „größtes Freiluftgefängnis der Welt“ traurige Berühmtheit erlangt. Mehr als eine Million Menschen leben dort auf engstem Raum, unterbrochen durch israelische Siedlungen, Armeestützpunkte und für Palästinenser nicht befahrbare Straßen. Die soziale Situation in Gaza gleicht einer Katastrophe, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger sind die Regel. Immer wieder, das letzte Mal im Herbst 2004, war der Gaza-Streifen Opfer einer militärischen Offensive der israelischen Armee. Nach Maßgabe der Möglichkeiten ist ein Besuch des Gaza-Streifens geplant. Informations- und Diskussions-Treffen sind mit Vertretern von Organisationen des gesamten Spektrums der palästinensischen Widerstandsbewegung sowie mit anti-zionistischen jüdischen Vertretern geplant.

Die DelegationsteilnehmerInnen

werden in der zweiten Woche der Reise in einer sozialen Struktur mitarbeiten um die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung kennen zu lernen und durch ihre Mitarbeit einen konkreten Ausdruck ihrer Solidarität zu leisten. Geplant ist die gemeinsame Arbeit auf Feldern in der Nähe von Bethlehem, deren Besitzer durch umgebende jüdische Siedlungen permanent von der Enteignung bedroht sind. Die Delegationsteilnehmer werden gemeinsam mit den palästinensischen Eigentümern der Felder Bäume pflanzen und niedergerissene Mauern wieder aufrichten um so eine Landnahme durch die Siedler zu erschweren. Eventuell besteht als Alternative die Möglichkeit, in lokalen Kindergärten und anderen sozialen Einrichtungen für Kinder mitzuarbeiten.

Die Teilnahme an der Reise steht allen Interessierten offen.

Informationen zu Bedingungen und Preisen:
aik@antiimperialista.org

19. März in Wien – 400 Menschen demonstrieren zur US-Botschaft

Zahlreiche Organisationen riefen zum Internationalen Aktionstag anlässlich des Jahrestages des Irak-Krieges auf. Im Vorfeld dieser Demonstration war von Seiten des ASF (Austrian Social Forum) bereits klargestellt worden, dass die teilnehmenden antiimperialistischen Organisationen bei der Abschlusskundgebung am Stephansplatz keine Stimme bekommen würden, wodurch die konsequente Position gegen Krieg und Besatzung, die sich auch nicht scheut die Legitimität aller Formen des Widerstands gegen die Besatzung zu verteidigen, einmal mehr ausgeschlossen werden sollte. Wie auch schon in den vergangenen Jahren wurde es von Seiten des ASF abgelehnt, die Abschlusskundgebung vor der US-Botschaft abzuhalten. Auch die Mehrheit der antiimperialistischen Organisationen, aus Angst sich von der „Mehrheit“ zu isolieren, stellte sich in vorbereitenden Treffen gegen den Vorschlag der Antiimperialistischen Koordination (AIK), den Marsch zur amerikanischen Botschaft zu führen. Auf der Demonstration selbst zeigte sich jedoch, dass sich die große Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer, im Gegensatz zur linksliberalen Führungsgruppe des ASF, mit aller Deutlichkeit gegen die USA stellten. Die Sprechchöre „Down, down USA“ und „Amis raus aus dem Irak“ prägten den Demonstrationzug, nicht nur unter den vielen arabischen und türkischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sondern auch unter den vielen Jugendlichen. Die große Mehrheit der Aktivist*innen gegen Krieg und Besatzung sind sich der Realität des kolonialistischen und kriegerischen US-Imperiums bewusst. Nur eine kleine liberale Gruppe, die sich selbst zur Führung der Bewegung proklamierte, stellt sich gegen die wachsende antiamerikanische und antiimperialistische Stimmung.

Auf Initiative der AIK und in Absprache mit anderen antiimperialisti-

schen Organisationen marschierten daher etwa die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration, nach einer gemeinsamen Route von Wien-Westbahnhof bis zur Universität, unabhängig vom ASF zur US-Botschaft, um ihrem Protest gegen die anhaltende brutale Besatzung im Irak dort Ausdruck zu verleihen, wo die Schuldigen sitzen. Da für die Mehrzahl der Demonstranten dieses Ziel des Protestes auf der Hand lag, griffen die „Organisatoren“ des ASF, besonders den ausländischen Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmern gegenüber, zur Lüge, die Demonstration zur US-Botschaft sei illegal und polizeilich nicht genehmigt, um sie so von einer Teilnahme abzuschrecken. Mit Megaphonen liefen sie dem Zug, der sich zur US-Botschaft in Bewegung setzte, nach und zeternten hysterisch aber erfolglos über die „Spaltung“.

An dem kämpferischen und lauten Zug zur US-Botschaft hinter dem Transparent „United States of Aggression“ waren unter den zahlreichen Organisationen die Antiimperialistische Koordination, der Arabische Palästina-Club (APC), die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt, die Kommunistische Initiative, die DHKC aus der Türkei, ILPS, die Kommunistische Aktion M/L sowie Mitglieder der syrischen und irakischen Gemeinde beteiligt.

Vor der US-Botschaft wurde die Unterstützung des legitimen irakischen Widerstandes unterstrichen, da nur dieser nationale Befreiungskampf das vom US-Imperium zerbombte Völkerrecht auf Selbstbestimmung wieder herstellen kann. Die Antiimperialistische Koordination unterstrich die Bedeutung des unabhängigen Marsches zur Botschaft. Diese Demonstration drückte klar aus, dass die liberalen Gruppen zunehmend isoliert werden und das Bewusstsein über den

notwendigen Kampf gegen die USA als Hauptstütze des Terrors der imperialistischen Globalisierung wachse. „Gegen die USA – Hand in Hand mit den Völkern im Widerstand“ – das sei die Losung der internationalen antiimperialistischen Solidarität heute, der Antiamerikanismus die Grundlage der Völkerfreundschaft der kämpfenden Nationen und der Unterklassen.

Neben der Unterstützung des Widerstandes im Irak wurde auch immer wieder auf die Einheit des Kampfes im Irak und Palästina gegen die amerikanische bzw. israelische Besatzung hingewiesen sowie auf die in jüngster Zeit zunehmenden Drohungen gegen Syrien. Auch wurde die Freilassung von Sandra Bakutz gefordert, die nach wie vor in türkischer Haft sitzt.

Ohne Zweifel ist es durch diese gemeinsame Aktion gelungen, die unabhängige antiimperialistische Position zu festigen und klar zu machen, dass der Kampf gegen die USA als Stütze des Imperialismus, des Krieges, der Entdemokratisierung und der Diktatur des Kapitalismus der Kampf der Mehrheit ist – während die liberalen Warnungen gegen den „Antiamerikanismus“ von der Elite des ASF zunehmend ungehört verhallen. Die Mehrheit der Aktivist*innen gegen den Krieg zeigte klar antiimperialistische Flagge, während die liberalen Eliten mit den zivilgesellschaftlichen sozialdemokratischen und grünen Systemstützen und einem Meer von Lügen und Drohungen gegen die antiimperialistische Mehrheit zurückblieben.

*Antiimperialistische Koordination
20. März 2005*

Trotz angekündigten Rückzugs eindrucksvolle Demo am 19. März 2005 in Rom

Erst vor wenigen Tagen hatte der italienische Premier Silvio Berlusconi den Truppenrückzug ab September verkündet. Was für die Kriegstreiber Bush und Blair als herber Rückschlag kam, wurde von vielen in Italien in seiner Tragweite noch gar nicht wahrgenommen. In der Linken wird vielfach von einem Wahltrick gesprochen, die Linksdemokraten nannten es sogar „Dilettantismus“. Sie fürchten ihrerseits um ihre Wahlkampagne, der nun das wichtigste Argument abhanden gekommen zu sein scheint. Tatsächlich spiegelt die vollmundige Ankündigung Berlusconis einerseits die Stärke des irakischen Widerstands, andererseits aber auch den Druck der Bewegung gegen Krieg und Besatzung wider.

An der Demonstration vom 19. März in Rom beteiligten sich rund 20 000 Menschen. Aufgerufen hat ein Komitee, dessen Mittelpunkt die Basiskomitees

COBAS waren. Die gemeinsam mit den Linksdemokraten wahlkämpfende Rifondazione Comunista (PRC) sowie die Kräfte um das Social Forum hatten die Mobilisierung nicht unterstützt und statt dessen für die moderatere Demonstration in Brüssel aufgerufen. Dennoch waren viele PRC-Fahnen zu sehen.

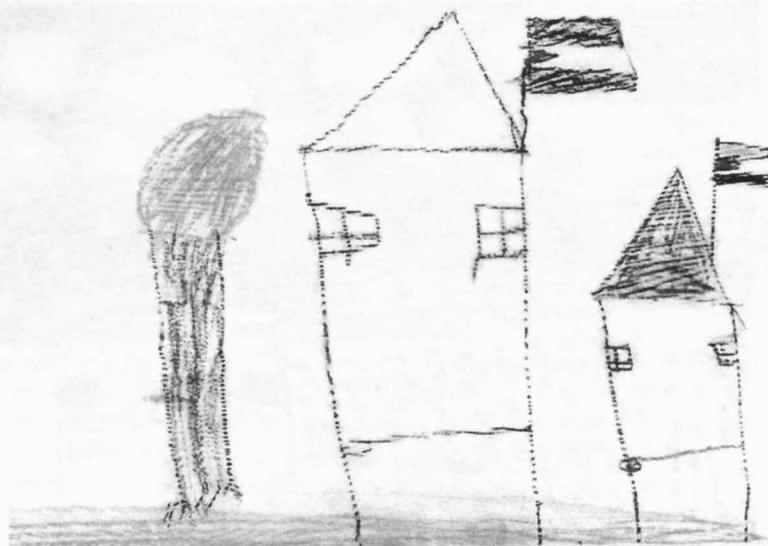
Das Organisationskomitee hatte sowohl die Komitees Freier Irak als auch das Campo Antimperialista (AIK in Italien) als im Komitee nicht willkommen auf die Seite gedrängt, obwohl es nicht frontal gegen die Position der Unterstützung des irakischen Widerstands vorgehen konnte.

Der Block der Komitees Freier Irak schloss den Demozug auf einem zentralen Platz, auf dem sich Sammi Alaa von der Irakischen Patriotischen Allianz an einige hundert antiimperialistische Demonstranten richtete. Der Hauptzug der Demo hatte sich in der

Zwischenzeit schon aufgelöst, während sich die an der Spitze befindlichen Disobedienti in Konflikte mit der Polizei verstrickten, die den Regierungssitz Chigi hermetisch abgeriegelt hatten. So fiel die Abschlussveranstaltung aus, was einigen der Organisatoren recht zu sein schien, die den eindeutigen Rückfluss der Bewegung nicht wahrhaben wollten, der sonst leichter sichtbar geworden wäre.

Die Komitees Freier Irak kündigten abschließend an, dass zum Jahrestag der Intifada im September in Italien eine internationale Konferenz in Unterstützung des Widerstands abgehalten werden wird, als deren Gastgeber sie fungieren werden.

*Campo Antimperialista
(AIK – Italien)
20. März 2005*



300 Menschen fordern sofortigen Abzug aller Truppen!

Duisburg, 19. März

An der Demonstration in Duisburg unter dem Motto „Stoppt die Besatzung im Irak und anderswo! Stoppt die antiislamische Hetze von NPD bis SPD!“, zu der ein Bündnis aus Initiativ e. V., Karawane NRW, HDR-Human Dignity and Rights, Anatolische Förderation e. V., AGIF Duisburg, ATIF Duisburg, Sozialistische Partei Iran, Young Struggle, solid Duisburg und GIS Magdeburg aufgerufen hatte, beteiligten sich etwa dreihundert Menschen.

Der Protestzug anlässlich des zweiten Jahrestages des Beginns des Angriffskrieges gegen den Irak begann am Lebensretterbrunnen und führte durch die Innenstadt. Zentrale Forderungen an diesem Tag waren neben dem sofortigen Abzug aller Besatzungstruppen im Nahen und Mittleren Osten auch die Verteidigung des Völkerrechts, ein Ende der neoliberalen Politik und des Demokratieabbaus.

Die Moderation und die Auftaktrede übernahm die Friedensaktivistin

Hanna Ackermann.

Sie wies auf die Legitimität des Widerstandes des irakischen Volkes gegen die US-geführte Besatzung angesichts der anhaltenden Aggression hin und betonte, dass es kein freies Land unter fremder Besatzung geben könne. Die Haltung eines Teils der deutschen Friedensbewegung, die den Menschen im Irak, ebenso wie in Palästina, die Mittel des Widerstandes vorschreiben wolle, sei ignorant. Der pauschale Vorwurf des Terrorismus sei falsch und schon seit dem Widerstand gegen die Faschisten im Zweiten Weltkrieg bekannt.

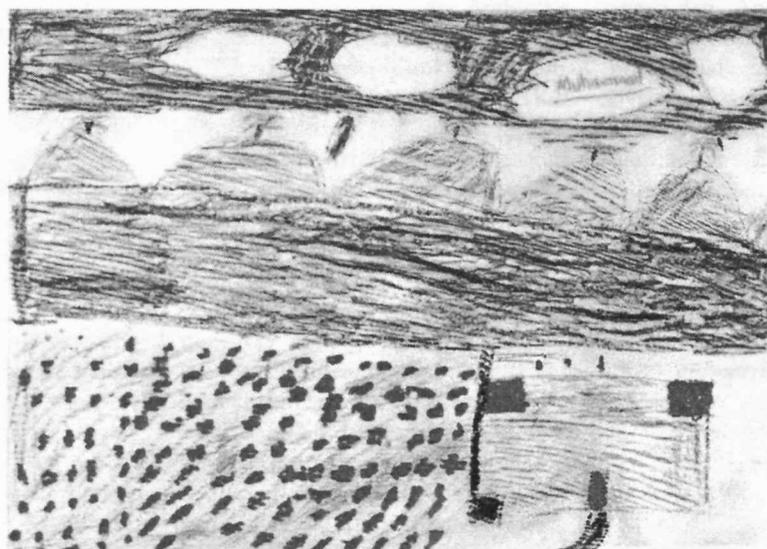
Murat Yilmaztürk vom HDR erklärte auf der Zwischenkundgebung vor dem Averdunkzentrum, dass die Weltöffentlichkeit den Irakerinnen und Irakern, die sich heute aktiv der Besatzung widersetzen, einmal dankbar sein würde, da diese weitere Angriffskriege verhinderten. Ein Sprecher der Anatolischen Föderation rief dazu auf, den Opfern dieses Krieges zu gedenken.

Während der Demonstration riefen zahlreiche Sprechchöre in türkischer, deutscher und kurdischer Sprache zu internationaler Solidarität gegen imperialistische Kriege und Besatzung auf.

Während der Abschlusskundgebung wies ein Redner der Sozialistischen Partei der Iran auf den christlich-fundamentalistischen Charakter der US-Regierung hin und begrüßte alle Kräfte, die hiergegen auf die Straße gingen. Weitere Reden wurden von ATIF Duisburg, der Karawane NRW und AGIF gehalten. Ebenso wie alle anderen Gruppen betonten auch sie die Legitimität, sich aktiv der Besatzung im Irak zu widersetzen.

Alle Teilnehmenden bewerteten die Demonstration als Erfolg, der aber nicht darüber hinweg täuschen dürfe, dass bis zum Abzug der Besatzungstruppen noch ein langer Weg zu gehen sei.

*Initiativ e. V.
21. März 2005*



Recht auf Widerstand verteidigt

Internationale Irak-Konferenz war ein durchschlagender Erfolg

Die Bemühungen von Spiegel, Jungle World, Staatsschutz sowie der proamerikanischen Koalition Demokratischer Irak, die dazu führten, dass den Organisatoren der Internationalen Irak-Konferenz mehrfach Veranstaltungsräume gekündigt wurden, blieben letztlich erfolglos. Dank des türkischen Vereins IKAD konnte die Internationale Irak-Konferenz wie geplant am 12. März in Berlin stattfinden und wurde zum durchschlagenden Erfolg. Rund 250 Menschen drängten sich am Morgen in die Vereinsräumlichkeiten von IKAD, um an der Konferenz teilzunehmen, die im vergangenen Jahr vom Deutschen Solidaritätskomitee Freier Irak initiiert wurde. Aufgrund des starken Interesses mussten sich viele mit engen Stehplätzen begnügen – dennoch wurde die neunstündige Konferenz vom Publikum bis zum Schluss konzentriert verfolgt.

Versuch der USA stehe, den globalen Süden systematisch zu rekolonisieren. Das erste Panel schloss Claus Schreer, der auf die deutsche Beteiligung am Irak-Krieg einging.

Im zweiten Panel kamen primär Vertreter des irakischen Widerstands zu Wort. Scheich Hadi al-Khalisi, Irakischer Nationaler Gründungskongress, unterstrich, dass sich der Widerstand aus sämtlichen ethnischen und konfessionellen Gruppen zusammensetze. Ein Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten existiere ausschließlich in der Propaganda der USA. Awni al-Kalemji, Irakische Patriotische Allianz, betonte, nur bewaffneter Widerstand könne die USA aus dem Irak vertreiben. „Wir arbeiten daran, den Widerstand immer weiter zu verbessern – von Nord bis Süd, von Ost bis West. Die Abstimmung untereinander wird jeden Tag effektiver, bis zu dem Zeitpunkt, an

Sami Ramadani, Iraqi Democrats Against Occupation, nutzte weite Teile seines Referates, um die Verantwortung des Saddam-Hussein-Regimes für die heutige Lage im Irak anzuprangern. Er strafte damit die Behauptung der Konferenzgegner Lügen, dass angeblich Saddam-kritische Töne auf der Konferenz nicht möglich seien. Ramadani bezeichnete das Ba'th-Regime sogar als „faschistisch“. Selbst diese unwissenschaftliche Inflationierung des Faschismus-Begriffs, die in der gegenwärtigen Lage zudem nur als Rechtfertigung des „Regimewechsels“ im Irak verstanden werden kann – was mit Sicherheit nicht in der Absicht des Referenten lag –, wurde auch von jenen, die seiner Position in Gesprächen am Rande entschieden widersprachen, im Saal als eine Meinungsäußerung geduldig hingenommen. Geschlossen wurde das zweite Panel durch den türkischen Journalisten Deniz Bugün, der eine scharfe Analyse über die Auswirkungen der amerikanisch-israelischen Kriegspolitik im Nahen und Mittleren Osten abliefern.

Im dritten Panel wurde u. a. der Zusammenhang zwischen Krieg und Islamfeindlichkeit diskutiert. Lale Ucan, Muslimische Jugend, führte aus, dass es zwar in Europa schon immer antiislamische Tendenzen gegeben habe, diese jedoch seit dem 11. September eine neue Qualität erreicht hätten. Lale Ucan forderte die Anti-Kriegsbewegung auf, die Islamfeindlichkeit entschlossener zu bekämpfen. Wilhelm Langthaler, Antiimperialistische Koordination, bezeichnete die Islamfeindlichkeit als den neuen Antisemitismus. Im weiteren Verlauf erwähnte Langthaler, dass die weltweiten Sozialforen gegenüber dem irakischen Widerstand eine äquidistante Position einnehmen: „Nein zu Krieg und Nein zu Terror.“ Dies führe realpolitisch zu einer Stärkung der USA, die versuche, den Widerstand als „Terror“ zu diffamieren. Es sei Aufgabe der Irak-Solidarität, dieser äquidistanten Position entschieden entgegenzutreten.



Nach einer Schweigeminute für alle Opfer des US-Krieges eröffnete Prof. Gregor Schirmer das erste Panel der Konferenz und erörterte die völkerrechtliche Legitimität des bewaffneten Widerstands im Irak. Der Philosophiehistoriker Prof. Ernst Voigt bezeichnete das zwölfjährige UN-Embargo gegen den Irak als Völkermord und betonte, dass die Besetzung des Irak für den

dem wir die Besatzer aus dem Lande vertrieben haben.“ In seinem immer wieder durch Applaus unterbrochenen Beitrag wies al-Kalemji mit Nachdruck darauf hin, der irakische Widerstand sei sich dessen bewusst, dass er an der Frontlinie des Kampfes gegen den US-Imperialismus stehe; Der irakische Widerstand agiere im Namen aller kämpfenden Bewegungen weltweit.

Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender Deutscher Freidenkerverband, ging in einem vom Plenum mit Begeisterung aufgenommenen Referat u. a. auf das Phänomen der „Antideutschen“ ein und warnte davor, die Anhänger dieses Spektrums als „verirrte Linke“ zu betrachten. Vielmehr müsse

„Gegenkundgebung“ tauchten die Profaschisten nicht auf.

Auf dem Aktiventreffen am Folgetag wurde die Etablierung einer bundesweiten Irak-Koordination beschlossen. Alle anwesenden Organisationen erkannten an, dass die gemeinsame Plattform die Forderung nach dem



man „Antideutsche“ als das benennen, was sie sind: eine neue Rechte. Weitere Referenten im dritten Panel waren Marie-Dominique Vernhes, Winfried Wolf sowie Joachim Guilliard, der die Konferenz mitorganisiert hat.

Die Konferenz beschloss einen Aufruf zur Freilassung von Abduljabbar al-Kubaysi von der Irakischen Patriotischen Allianz, der im September 2004 von US-Besatzungstruppen entführt wurde.

Aufgrund der vielfältigen Diskussionen wurde die Konferenz erst gegen acht Uhr abends beendet.

Störversuche von IKP und PUK zu Beginn der Konferenz wurden von der überwältigenden Mehrheit des Plenums akustisch abgestraft und fanden ab der ersten Pause nicht mehr statt. Eine „Gegenkundgebung“ der IKP vor dem Konferenzgebäude beschränkte sich auf etwa 15 Teilnehmer, die ihre Liebe zu den USA bekundeten. Lange vor Konferenzende resignierte die kleine Gruppe und zog wieder ab. „Antideutsche“ Rassisten wiederum machten sich erst gar nicht die Mühe – trotz angemeldeter

sofortigen Abzug der US-geführten Besatzungstruppen und die Verteidigung des Rechts auf Widerstand sei. Einzelne Organisationen wie das Deutsche Solidaritätskomitee Freier Irak gehen für sich darüber hinaus und vertreten die explizite Formel „Für den irakischen Widerstand“, suchen jedoch aktiv die Zusammenarbeit und tragen den Konsens innerhalb der Irak-Koordination uneingeschränkt mit.

Das Aktiventreffen beschloss weiterhin einen Aufruf zur Beteiligung an dezentralen Irak-Aktionen am 19. März und verständigte sich darauf, den Intifada-Jahrestag im September 2005 zu nutzen, um die Forderung nach einem sofortigen Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak und Palästina auf die Straße zu tragen und das Recht auf Widerstand zu verteidigen.

*Deutsches Solidaritätskomitee
Freier Irak*

Unterstützt den irakischen Widerstand!

Zum fünften Jahrestag der Intifada: Bauen wir internationale Unterstützung für den irakischen Widerstand auf!

Die Unterzeichnenden rufen für eine Internationale Konferenz in Unterstützung des irakischen Widerstands am 1./2. Oktober, zum Jahrestag der Intifada, auf.

Die Konferenz soll in Italien stattfinden, wo einerseits der Widerstand der Bevölkerung gegen den Krieg und die Besatzung sehr stark ist, während auf der anderen Seite die Regierung einer der wichtigsten Verbündeten der USA bleibt und rund 3 000 Besatzungssoldaten im Irak stationiert hat.

Gegen den Krieg und die Besatzung des Iraks gab es massiven Widerstand. Aber nun ist es notwendig für alle, die gegen den Krieg und die Besatzung waren, einen Schritt weiter zu gehen, und klar den irakischen Widerstand zu unterstützen, der dafür kämpft den Irak zu befreien. Es ist nicht möglich einerseits gegen die Besatzung zu sein und andererseits den starken Widerstand, der im Irak geführt wird, um die Besatzer zu verjagen, nicht zu unterstützen und nicht anzuerkennen.

Wir fordern die volle Anerkennung des irakischen Volkswiderstandes und auch des bewaffneten Widerstands. Zum irakischen Widerstand zählen all jene Strömungen, die gegen die Besatzung mit dem einfachen Ziel der Befreiung des Iraks Widerstand leisten, unabhängig von ihrer politischen oder religiösen Ausrichtung.

Der irakische Volkswiderstand gegen die imperialistische Besatzung umfasst alle Formen des Widerstands, wie Proteste, Streiks, zivilen Ungehorsam, gewaltlose Aktionen und auch den bewaffneten Kampf. Weiters ist diese Bewegung im Irak gegen die Besatzung ein untrennbarer Teil der Volksbewegung auf internationaler Ebene um den Imperialismus, Zionismus und alle Formen der Reaktion zu bekämpfen.

Weder die von den USA inszenierten „Wahlen“, noch das Schlagwort

„Demokratie“ können diese Realität verschleiern. Hinter den irakischen Marionetten steht das US-Regime, mit seiner monströsen Botschaft in der „Grünen Zone“ von Bagdad als der Vollstrecker. Während des „Wahlprozesses“ wird der Irak seiner Ölressourcen beraubt. Seine kulturellen Schätze werden geplündert. Währenddessen leiden immer mehr Iraker an Mangel an Nahrung, Wasser oder Elektrizität. Jegliche politische Opposition wird brutal unterdrückt. Bis zu den „Wahlen“ waren die Gefängnisse gestrichen voll, bis zu fünfzig Menschen wurden täglich neu verhaftet.

Der Irak wurde zu einem neuen Symbol sowohl des Leidens als auch des Widerstands der arabischen Nation. Der irakische Widerstand ist die Speerspitze der Bewegung gegen die amerikanische Hegemonie im Nahen Osten und in der Welt. Der Widerstand hat neue Hoffnung für die palästinensische Intifada gebracht, die mittlerweile fünf Jahre andauert und sich der brutalen zionistischen Besatzung entgegenstellt. Er bedeutet auch neue Hoffnung für die Millionen die nach wie vor in den Flüchtlingslagern im Libanon, Syrien und Jordanien leben müssen. Und er ist eine Inspiration für die arabischen Massen, die für den Sturz der US-hörigen Regime im Nahen Osten kämpfen.

Wir müssen uns um den irakischen Widerstand als den Hauptpol, der die imperialistische Schlächterei im Nahen Osten zu stoppen vermag, versammeln. Der Kampf für die Befreiung des Irak ist nicht nur ein Kampf für die Iraker selbst, sondern für die ganze Welt. Die Massen im Irak kämpfen gegen das „Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert“. Aufgrund des irakischen Widerstands war es für Bush und die amerikanischen Kriegstreiber bislang unmöglich Syrien, Korea, Iran oder Venezuela anzugreifen.

Die imperialistischen Mächte, die von den USA geführt werden, versuchen einen Keil zwischen das irakische Volk und die Völker im Nahen Osten einerseits und die Antikriegs-, und Antiglobalisierungsbewegung im Westen andererseits zu treiben, indem sie die Rhetorik des „Kampfes der Kulturen“ und des „Krieges gegen den Terror“ einführen. Sie dachten den Kampf des irakischen Volkes dämonisieren zu können, indem sie ihn „terroristisch“ nannten. Tatsächlich ist es der Aggressionskrieg und die Besatzung, die illegal und kriminell sind. Der bewaffnete Widerstand des irakischen Volkes gegen diesen illegalen und kriminellen Krieg ist hingegen gerechtfertigt und legitim.

Die internationale Konferenz, die wir vorschlagen, hat das Ziel Repräsentanten des irakischen Widerstands und der kämpfenden Völker im Nahen Osten und die Kräfte der Antikriegs-, und Antiglobalisierungsbewegung zusammenzubringen. Wir hoffen auf diesem Wege die Einheit zwischen den Völkern, die für nationale Selbstbestimmung kämpfen und der arbeitenden Bevölkerung im Westen, die unter dem Joch ihrer eigenen Regierungen leidet, die sich an Kriegsbenteuer und Plünderfeldzügen im Ausland beteiligen, zu stärken.

- Unterstützt und anerkennt den irakischen Widerstand!
- Freiheit für alle politischen Gefangenen, Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Irak, Reparationen für die Sanktionen und die Plünderungen!
- Kampf gegen die US-amerikanische und israelische Hegemonie im ganzen Nahen Osten und für den Sieg des irakischen Widerstands und der palästinensischen Intifada!
- Tragen wir die Stimme des Widerstands in die Antikriegsbewegung

und die Antiglobalisierungsbewegung!

Unterstützer:

- Iraqi Patriotic Alliance
- Komitee Freier Irak Norwegen
- Komitee Freier Irak Italien
- Komitee Freier Irak Österreich
- Dänisches Komitee Freier Irak
- Greek Initiative for Solidarity to Iraqi Resistance
- International League of People's Struggle ILPS
- Antiimperialistische Koordination
- First Int'l Conference for the Support of the Resistance of the Iraqi People France
- Union of Working People Greece
- Militant Movement of Students Greece
- Internationale Leninistische Strömung
- Lokayat, Pune, Indien

Österreichische BesatzungsgegnerInnen schicken Medikamente in den Irak. Finanzierung durch die

Zehn-Euro-Kampagne für den Widerstand

Die Spende besteht aus rund zwei Tonnen Medikamenten, die der Provinz al-Anbar zugute kommen soll. Diese ist bekannt durch den heftigen Widerstand gegen die Fremdherrschaft, sowie die wiederholten Massaker der Besatzer. So wurde erst im vergangenen Herbst die Stadt Falluja dem Erdboden gleichgemacht – scheinbar als Strafe für den Kampf ihrer Einwohner um Selbstbestimmung. Dabei fielen zehntausende Zivilisten Splitterbomben, Napalm und chemischen Kampfstoffen – allesamt völkerrechtswidrige Massenvernichtungswaffen – zum Opfer.

Vor dem Massaker hatten die Besatzer alle Krankenhäuser und medizinischen Einrichtungen zerstört und dabei einen Großteil des medizinischen Personals getötet. Bis heute bleiben weite Teile der Stadt gesperrt und die Bevölkerung von lebenswichtiger Versorgung abgeschnitten. Das Widerstand leistende Volk bedarf dringender humanitärer Hilfe, die ihr von den Besatzern verweigert wird.

Die Medikamente selbst wurden von der Irakischen Gemeinde Österreichs aufgebracht, während der Car-

go-Flug aus dem Fond der Zehn-Euro-Kampagne bestritten wird. Der Wert der Medikamente beläuft sich auf mehr als € 100 000, die Transportkosten betragen € 1 870. Die Hilfslieferung wird von anerkannten VertreterInnen des Volkes, die sowohl von der Besatzungsmacht als auch von ihrem Marionettenregime gänzlich unabhängig sind, an alle Hilfsbedürftigen verteilt.

Die „Zehn-Euro-Kampagne für das irakische Volk im Widerstand“ war von der Antiimperialistischen Koordination (AIK) ins Leben gerufen worden. Allein in Österreich haben rund zweihundert Besatzungsgegner dem Aufruf unter Angabe ihres Namens Folge geleistet. Sie verteidigen damit das elementare demokratische Grundrecht auf Widerstand gegen Besatzung.

Die AIK erneuert ihren Spendenaufruf für das irakische Volk, dessen Widerstand auch nach der Wahlfarce nicht nur legitim bleibt, sondern auch weitergeht.

*Antiimperialistische Koordination
19. Februar 2005*



Al-Bassa, das verlorene Dorf meines Vaters

Palästina vor 1948: Al-Bassa ist die nordwestlichste Stadt des Landes und liegt schon knapp vor der Grenze zum Libanon. Zu Fuß erreicht man leicht Ras al-Naqura; das ist genau der Punkt am Meer, an dem der Libanon sich mit Palästina trifft. Wenn man aus der Stadt nach Norden sieht, sieht man die Berge die man al-Jabal al-Mushaqah nennt – sie sind wie von Menschenhand vom Tal bis zum Gipfel gespalten und wenn man auf der anderen Seite hinuntergeht, ist man schon im Libanon. „Früher gingen die Leute über die Grenze, einfach so – nur um sich mit Freunden zu treffen ... Auf einen Abend,“ erzählt mir mein Vater über seine alte Heimat. Die Grenze, über die die Menschen vor sechzig Jahren noch gingen um einen Abend oder ein Wochenende im Nachbarland zu verbringen, wird heute nicht einmal mehr von einem einfachen Brief oder Telefonat überquert. Sie ist seit 57 Jah-

ren geschlossen.

Mit etwa viertausend Einwohnern im Jahr 1948 war al-Bassa ein typisches kleines Dorf: Es gab dort zwei Moscheen, zwei Kirchen, einen Marktplatz, ein paar Kaffeehäuser und Restaurants, zwei Schulen und ansonsten bloß einfache Wohnhäuser. Die Menschen waren meist in der Landwirtschaft tätig: Das kleine Dorf war besonders bekannt für den Anbau von Feigen, Mandeln und vor allem Olivenbäumen. Diese über hundert Jahre alten Bäume wurden 1948 nach der Nakba¹ alle aus dem Boden gerissen und durch Bananenplantagen ersetzt.

Vor dem Jahr 1948 lebten dort Araber gemeinsam mit Juden. Der Boden war nach dem selbstverständlichen Prinzip des Eigentums geteilt und keiner versuchte den Anderen zu vertreiben. Der Boden al-Bassas war ungefähr zu 13 % jüdisches und zu 85 %

arabisches Eigentum (2 % öffentliches Eigentum). Man konnte tatsächlich von einem friedlichen Zusammenleben von Muslimen, Christen und Juden sprechen. Mein Vater erzählt mir, dass die Juden zwar ein paar Kilometer außerhalb des Zentrums in drei nebeneinanderliegenden eigenen kleinen Siedlungen lebten, aber dass es nie wirkliche Probleme zwischen ihnen und den Arabern gab. Obwohl jede dieser Siedlungen bewaffnet war, gab es immer freundliche, ja sogar teilweise freundschaftliche Kontakte zu den Arabern. Als sich Gerüchte darüber breit machten, was wir heute al-Nakba – die Katastrophe – nennen, bot man sich sogar gegenseitige Hilfe an – diese wurde als es soweit war, dann doch nicht durchgesetzt.

Als wir vor einigen Jahren nach Palästina fuhren, nahm mich mein Vater mit an den Ort von dem wir sprechen – al-Bassa. Eine der beiden

Polizeikessel in KPÖ-Lokal Presseerklärung

Am 9. März 2005 wollten etwa siebzig Personen die Veranstaltung der rechten Berliner Gruppe Bahamas (gemeinsam mit Café Critique und Basisgruppe Politikwissenschaft) im Kulturzentrum der KPÖ „Siebenstern“ besuchen. Der angekündigte Referent Thomas Becker hat in seinen Publikationen den Iran als „legitimes Ziel im Krieg gegen den Terror“ bezeichnet (Bahamas 45/04). Die Redaktion der Bahamas fordert unter anderem „US-amerikanische Militärschläge gegen islamische Zentren“ (Bahamas, 14. September 2001).

Von den Veranstaltern wurde die Sprengung der Veranstaltung behauptet und die Polizei gerufen. Über vierzig Personen wurden etwa eine Stunde im Saal eingekesselt, die Personalien aufgenommen und Anzeige wegen „Sprengung einer Veranstaltung“ er-

stattet. Ein empörendes Vorgehen, angesichts der Tatsache, dass sich die BesucherInnen einzig sitzend im Saal aufgehalten haben und die Veranstaltung noch gar nicht begonnen hatte. Nach der Verkündung der Absage der Veranstaltung wurden alle im Saal Anwesenden am Verlassen des Lokals gehindert.

Wir stellen ein erschreckendes Zusammenspiel von Café Critique, Polizei, neurechten Kriegshetzern und der KPÖ fest. Nach dem Verkauf des Ernst-Kircheweger-Hauses ist dieses Vorgehen eine Fortsetzung skandalöser Politik. Es ist beschämend, dass die KPÖ als ehemalige Partei des antifaschistischen Widerstandes regelmäßig Kriegshetzern ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellt.

AntifaschistInnen werden sich überlegen müssen, ob sie in Zukunft

das Café Siebenstern besuchen. Unter diesen Umständen wird die derzeitige Führung der KPÖ als antifaschistische Bündnispartnerin immer unglaubwürdiger.

UnterzeichnerInnen:

- Kommunistische Initiative
- ArbeiterInnen-Standpunkt
- Revolution
- Tom Eipeldauer
- Komak-ML
- Florian Hafenscherer
- Martin Krenn (*Unitat*-Verantwortlicher)
- Antiimperialistische Koordination
- Gerfried Tschinkel (Redaktion der *Unique*)
- Daniela Brunne (KPÖ Mitglied)
- Universalismusgruppe

Kirchen war noch erstaunlich gut erhalten. Die andere ist so gut wie nicht mehr existent. Ein Haufen Steine, die noch irgendwie aufeinander stehen. Eine der Moscheen erkennt man an ihrer Kuppel noch als solche; von einem Dorf kann man aber nicht mehr sprechen. An vielen Stellen des ehemaligen Stadtzentrums wächst Unkraut, ausgetrocknete Pflanzen im staubigen Sand. Die Straße, die mein Vater jeden Tag zur Schule ging ist noch irgendwie als Straße identifizierbar, die Schule selbst allerdings nicht. Seit der Flucht 1948 hat dort niemand mehr gewohnt. Die zionistischen Immigranten ließen sich erst Jahre später ein paar Kilometer weiter nieder – noch auf dem Boden, der zu Bassa gehört. Heute heißt dieser Ort Shlomi. Manche Häuser sind aber doch ziemlich nah zum alten Stadtzentrum, so dass die heutigen Einwohner von Shlomi von ihren Häusern aus auf die Zerstörung blicken können, die der Preis dafür war, dass sie heute dort leben können. Fragen sie sich überhaupt, was diese alten Häuser denn sind, oder sehen sie einfach darüber hinweg? Wenn sie wissen, was sich dort abgespielt hat, wie können sie dann noch dort leben wollen? Die traurige Wahrheit ist leider, dass sie es alle wissen; man hat ihnen aber beigebracht, dass es eine heilige Mission sei, dieses Land zu besiedeln – sie halten das scheinbar für richtig.

„Hier stand unser Haus.“ Mein Vater erinnerte sich noch sehr gut an alles. Er sprach von vielen Details, von denen man heute überhaupt nichts mehr erkennen konnte. Dann erzählte er mir irgendwann vom Tag, an dem sie geflüchtet sind. Schon vor der offiziellen Ausrufung des Staates Israel am 15. Mai 1948 war al-Bassa, so wie die meisten anderen Dörfer, fast leergeräumt. Die Familie meines Vaters floh am 21. April 1948, keine zwei Wochen nach dem bekannten Massaker von Deir Yassin am 10. April. In dieser Stadt in der Nähe von Jerusalem ereignete sich an diesem Tag ein so schreckliches und beängstigendes Blutbad, dass die Leute im ganzen Land daraufhin ihre Familien nahmen und einfach flüchteten. „Ich erinnere mich noch, dass meine Großmutter zu uns kam und zu meiner Mutter sagte: ‚Bist du wahnsinnig?

Was machst du noch hier? Nimm deine Kinder und verschwinde von hier! Die zionistischen Milizen werden mit uns das selbe machen wie in Deir Yassin!“ So nahmen meine Großeltern meinen Vater und seine Geschwister und gingen über den Berg in den Libanon. Die Menschen dachten nicht an einen Staat, der ganz einfach anstelle von Palästina kommen würde. Man dachte eher an einen kurzfristigen Zustand, vor dem man seine Familie lieber beschützen sollte. Nachdem die Familie in Sicherheit war, wollte mein Großvater – diesmal alleine – in die Heimat zurückkehren; schließlich würde das Leben dort ja bald wie gewohnt weitergehen. Als er auf dem Weg nach Hause an der libanesischen Grenze angehalten wurde, sagte man ihm, dass die Grenze jetzt geschlossen sei; niemand geht mehr dort hinüber. Das ist bis heute so geblieben.

Die Menschen, die nicht aus al-Bassa flüchteten, wurden später alle vertrieben oder ermordet: Man wollte keine Araber mehr in der Nähe der Grenzen haben. Sie hatten Angst, man würde sich mit Kämpfern aus dem Ausland zusammentun und Widerstand leisten.

Wie so viele andere Dörfer wurde al-Bassa 1948 als Heimat tausender Menschen zerstört. Die Durchsetzung des Zionismus nahm ihren grausamen Lauf – und genau so wie das Dorf, wurde diese Tatsache von den meisten mit den Jahren vergessen oder verdrängt. Doch in der Erinnerung mancher Menschen wird keines dieser beiden Dinge jemals in Vergessenheit geraten.

Die Geschichte von Palästina ist gezeichnet von solchen Schicksalen einzelner Menschen. Auch wenn die gesamte Welt es nicht wahr haben, uns nicht zuhören will oder sich nicht dafür interessiert: Wir werden nicht vergessen und schon gar nicht hinnehmen was der Preis für die Verwirklichung des Staates Israel war.

Ich spreche hier nicht von Tatsachen, die ich in Geschichtsbüchern gelesen habe, oder von irgendwelchen Erzählungen; das ist die Geschichte meines eigenen Vaters, der das alles selbst erlebt hat. Andere Bekannte und

Verwandte, die die selbe Geschichte, den selben 21. April 1948 erlebt haben, erzählen das Gleiche, sprechen vom gleichen Dorf; al-Bassa ist da keine Ausnahme – die Erzählungen könnten sinngemäß auch aus diversen anderen palästinensischen Städten und Dörfern stammen. Ist es denn jetzt etwa zu viel verlangt, dass jemand in seinen Geburtsort zurückkehren kann? Nach all dem wird uns das Rückkehrrecht noch verwehrt – genau das gleiche Rückkehrrecht, das dem palästinensischen Volk in der UNO-Resolution 194 gewährt wurde.

Verlangt man jetzt wirklich von mir, diesen Staat als einen gerechten und legitimen anzuerkennen? Nachdem ich mit meinen eigenen Augen gesehen habe, was mit der Heimat meines Vaters gemacht wurde ... Nachdem ich dort gestanden habe und auf die Steine gestarrt habe, auf die mein Vater gezeitigt hat und sagte „Das war unser Haus“. Wer glaubt, das von mir verlangen zu können? Wer glaubt, das von den Menschen verlangen zu können, die 1948 selber auf ihren eigenen Beinen von dort weggegangen sind, die alles zurückgelassen haben? „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“? Wer will diese Lüge noch glauben?

Abu Shawki

1 Nakba wird üblicherweise mit „Katastrophe“ übersetzt und bezeichnet die Vertreibung des Großteils der palästinensischen Bevölkerung.

„Demokratischer“ Rassismus

Ein Komitee der israelischen Knesset formuliert gegenwärtig eine Verfassung für Israel – ein erster Versuch in dessen 56jähriger Geschichte. Dieses Ziel war in den frühen Jahren rasch aufgegeben worden, da die Gründungsväter befürchteten, dass die Formulierung einer präzisen Definition des Charakters des Staates die zerbrechliche Übereinstimmung zwischen säkularen und religiösen Juden erschüttern könnte und verfasste Grundrechte den Palästinensern grundlegende Rechte einräumen würde, von denen sie gerade ausgeschlossen werden sollten. Stattdessen galt das im Gründungsdokument des Staates gegebene Versprechen, alle seine Bürger erhielten politische Gleichheit, ohne Unterschied der Religion, der Rasse oder des Geschlechts.

Das Rechts-, Gerechtigkeits- und Verfassungskomitee erarbeitet mittlerweile in regelmäßigen Sitzungen die Festlegung der übergreifenden Rechtsbereiche, auf denen die Verfassung beruhen soll. Unter den jüdischen Mitgliedern besteht Übereinstimmung darüber, dass die Präambel den Staat als sowohl „jüdisch“ als auch „demokratisch“ proklamieren soll. Angenommen wird, dass eine überwältigende Mehrheit der Knesset-Abgeordneten eine solche Verfassung im Parlament mit ihrer Stimme unterstützen werden. Der einzige palästinensische Abgeordnete, Azmi Bishara, nimmt an den Beratungen nicht teil, weil er glaubt, dass eine solche Formulierung unsinnig ist: Der Staat kann nicht gleichzeitig jüdisch und demokratisch sein. Vielmehr fordert er, dass Israel ein Staat für alle seine Bürger wird.

Was stimmt also? Betrachten wir Israels Verdienste und Erfahrungen, die Demokratie voranzubringen. Wir sehen dabei von den Ergebnissen in den besetzten Gebieten der Westbank und Gazas ab, denn dort ist über die rechtlose und der Besatzung unterworfenen 3,5-Millionen-Bevölkerung eine Militärverwaltung eingesetzt. Beschränken wir uns auf die Ergebnisse der Rechtsprechung gegenüber der eigenen Bevölkerung, unter besonderer

Berücksichtigung der einen Million Palästinenser, welche die israelische Staatsbürgerschaft haben. Wie kommen sie vor in dem, was die Knesset einen „jüdischen und demokratischen Staat“ zu nennen wünscht?

Staatssicherheitskräfte

In den vergangenen 56 Jahren hat Israel sich geweigert, die Gültigkeit eines noch von der britischen Mandatsregierung übernommenen „Notstandsrechts“ aufzuheben. Die Notstandsregelungen führen praktisch zur Fortdauer des von Israel aufrechterhaltenen Kriegszustands und erlauben äußerst harte Maßnahmen, die den Prinzipien einer Demokratie widersprechen. Der Status des Ausnahmegesetzes wird von der Knesset alle sechs Monate bestätigt. Dabei wird die Regierung sogar vom konservativen Komitee für Außen- und Verteidigungspolitik dafür kritisiert, dass sie darauf bestanden hatte, erneut nur das gesamte Konglomerat zur Abstimmung zu stellen, darunter auch 18 Regelungen, die den Sicherheitsbereich nicht betreffen.

Sicherheitsrelevante Vollmachten umfassen unter anderem die Administrativhaft¹, Zensur und das Abhören von Telefonen. Innerhalb Israels richten sich diese Maßnahmen größtenteils gegen die palästinensische Bevölkerung und verdecken damit die fortgesetzte Einschüchterung und Kontrolle über sie. In den ersten zwei Jahrzehnten standen die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft unter Militärverwaltung, und diese Maßnahmen sind die Fortschreibung der Militärverwaltung mit anderen Mitteln.

In regelmäßigen Abständen wurde die Bevölkerungsminderheit daran erinnert, dass der Staat von Seiten seiner palästinensischen Bürger keinerlei Abweichung duldet. Bis jetzt haben die Sicherheitskräfte dreimal Gräueltaten gegen sie verübt, beim ersten Mal gegen Dorfbewohner, die auf ihren Feldern arbeiteten, die beiden anderen Vorfälle richteten sich gegen unbewaffnete Zi-

vilisten während einer Demonstration. Jeder Vorfall traf eine neue Generation von Palästinensern mit israelischer Staatsbürgerschaft, mutmaßlich als Vorwarnung, dass ein organisiertes Vorgehen zur Verbesserung ihrer Rechte nicht akzeptiert würde.

Das erste Massaker geschah 1956 in der Nähe des Dorfes Kafr Qasim, dicht an der Grünen Grenze² zum damals unter jordanischer Verwaltung stehenden Westjordanland. Die Militärregierung hatte wenige Stunden vorher und ohne die Bewohner zu informieren, eine Ausgangssperre gegen das Dorf verhängt. Als diejenigen, die in den Feldern außerhalb gearbeitet hatten, am frühen Abend nach Kafr Qasim zurückkehren wollten, wurden 49 von ihnen von Soldaten kaltblütig erschossen.

Die zweite Gräueltat ereignete sich 1976, als Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft in Galiläa den Versuch unternahmen, gegen die Enteignungen großer Teile ihres Ackerlands, unter dem Vorwand, es diene militärischen Zwecken, zu protestieren. Die Polizei griff eine Demonstration in der Stadt Sakhnin an und erschoss sechs Demonstranten.

Das dritte und noch nicht lange zurückliegende Ereignis fand im Oktober 2000 statt, als die Regierung bewaffnete Polizei in arabische Städte und Dörfer schickte und Anti-Terror-Scharfschützen in große Protestversammlungen, die sich gegen das Blutvergießen während der Intifada richteten, hineinschossen. Zwölf Anwohner und ein Mann aus Gaza wurden getötet.

Die Offiziere oder deren Kommandeure wurden nicht wirklich zur Rechenschaft gezogen. Es gab einen Schauprozess gegen die Kafr Qasim Soldaten, bei dem alle Angeklagten Geldstrafen erhielten, und ihr Kommandant wurde zur Bezahlung von einem Piaster verurteilt. Wegen der Toten in Sakhnin gab es nicht einmal eine Untersuchung. Die Toten vom Oktober 2000 wurden immerhin von einem Gericht untersucht, obgleich

niemand dafür angeklagt wurde. Der oberste Richter Theodor Orr hat zugegeben, dass die Vorgeschichte von Seiten der Polizei davon geprägt ist, Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft als „Feinde“ zu behandeln. Aber einer der verantwortlichen Polizeikommandeure, den er dabei persönlich erwähnte, wurde anschließend befördert.

Die Politik der Unmenschlichkeit geht weiter. Die palästinensisch-israelische politische Lobbygruppe Mossawa hat zu einer Untersuchung von 15 Fällen aufgerufen, in denen nach Ausbruch der Intifada Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft unter mysteriösen Umständen von den Sicherheitskräften getötet wurden. Ständig wird darüber berichtet, dass palästinensische Bürger von der Polizei angegriffen oder ohne Angabe von Gründen inhaftiert werden. Im Februar diesen Jahres drangen rund tausend Polizisten in das Dorf Baneh in Galiläa ein um dort fünf Häuser zu sprengen. Über mehrere Stunden hinweg terrorisierten sie die Anwohner, verletzten einen Vertreter des Gemeinderats, der versucht hatte zu verhandeln, schwer, feuerten Tränengas auf das Gelände eines Kindergartens und richteten Verbalinjurien und ein Gewehr gegen den Leiter, der versucht hatte, ihnen Vorhaltungen zu machen. (Detaillierte Angaben zu diesem Vorfall gibt der Bericht „Let them suffocate!“³ der Human Rights Association in Nazareth.) Im Süden, im Naqab/Negev, ist eine paramilitärische Polizei, die „Grüne Patrouille“ genannt, der starke Arm hinter einer Welle von Häuserzerstörungen, die sich gegen Beduinen richtet. Sie sind außerdem wiederholt in die Dörfer eingedrungen, um dort dem Besprühen von Planzungen aus der Luft mit giftigen Chemikalien „Nachdruck zu verleihen“.

Aber Gewalt ist nicht die einzige Waffe, die zur Kontrolle der palästinensischen Minderheit eingesetzt wird; ihr Status innerhalb der Gesamtgesellschaft wird durch demütigende Durchsuchungen und Überprüfungen außerhalb ihres Wohnortes bekräftigt. Die berüchtigsten finden an Grenzübergängen und auf Flughäfen statt, wo

sie häufig ausgedehnten Befragungen und einschüchternden Nachforschungen durch Sicherheitskräfte unterworfen sind. Obgleich Sicherheitsgründe bemüht werden – die auf jüdische Staatsbürger keine Anwendung finden – hat die Erfahrung gezeigt, dass „Sicherheit“ in Wirklichkeit eine untergeordnete Rolle spielt: Anfang 2004 verpasste Lufti Manshur, der Herausgeber der arabischen Zeitung al-Sinara, einen Flug, bei dem er den israelischen Präsidenten begleiten sollte, nachdem er gezwungen wurde eine körperliche Durchsuchung über sich ergehen zu lassen; und Amir Makhul, der Leiter von Ittijah, der größten israelisch-arabisch-gemeinnützigen Organisation, wurde am Flughafen zu einem längerem Verhör herausgerufen.

Medien

In Israel wurde das Recht auf Redefreiheit nie in Kraft gesetzt und gemäß einer Notstandsverordnung der britischen Mandatsmacht – der Presseverfügung aus dem Jahr 1933, die nach wie vor in Kraft ist – kann die Regierung nach Belieben Zeitungen ohne Angaben von Gründen schließen lassen. Die Maßnahme wurde seit der Gründung Israels verschiedene Male gegen dissidente arabische Medien angewandt: Mit der Begründung der „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ wurden 1953 die Zeitung al-Ittihad und 1981 al-Fajar der kommunistischen Partei geschlossen; „wegen Finanzierung durch eine terroristische Organisation“ wurden 1983 al-Shira⁴, 1986 al-Ahad und al-Meathak, 1994 al-Bian geschlossen. In Wirklichkeit wurden sie geschlossen, weil sie den palästinensischen Nationalismus unterstützten oder für eine palästinensisch-jüdische Koexistenz eintraten oder weil sie indirekt Gelder von palästinensischen Organisationen erhielten.

Der Hauptzweck der Maßnahme war, den Teil der arabischen Medien zum Schweigen zu bringen, der kritische Sichtweisen unterstützte. Im Dezember 2002 wurden die Notstandsgesetze dazu benutzt, Saw al-Haqq wal-Hurriya zu schließen, das Wochenblatt des außerparlamentarischen Arms der Islamischen Bewegung⁴. Die

Bewegung unter ihrem Führer Scheich Raed Salah⁵, hatte in den vorausgegangenen Jahren Popularität gewonnen und konnte vereinzelt Kampagnen organisieren, die die Diskriminierung und die politischen Drohungen gegen die Minderheit bloßstellten.⁶ Der Innenminister ließ das seit 1989 herausgegebene Blatt mit der Begründung schließen, es „gefährde die öffentliche Sicherheit“ durch Hetze gegen Juden, den Zionismus und den Staat Israel. Der Herausgeber und ein Kolumnist müssen sich im September vor einem Gericht verantworten,⁷ das ein neu eingeführtes Gesetz anwendet, demnach sie sich der Hetze gegen den israelischen Staat verdächtig gemacht hätten.

Allgemein sind palästinensische Journalisten zweifach – formell und informell – vom Zugang zu selbst unteren Positionen in den hebräischsprachigen Medien ausgeschlossen. Das israelische Rundfunkgesetz definiert die Rolle der Medien als Repräsentanten der jüdischen Gesellschaft, zur Stärkung der jüdischen, Hebräisch sprechenden Kultur und zur Schaffung eines Bandes zwischen den in Israel lebenden Juden und der Diaspora. Die Bedeutung der palästinensischen Minderheit, ihrer Kultur, ihrer Identität wird ignoriert. Nur ein ganz geringer Teil des Radio- und Fernseh-Programms richtet sich an palästinensische Bürger. Obendrein sind nach Angaben des Ilam Media Centre in Nazareth nur ein Prozent der in den Medien Beschäftigten Araber. Zur Zeit ist bei Ha'aretz, „der führenden liberalen Tageszeitung“ nur ein einziger arabischer Journalist beschäftigt, und zwar im Sportteil.

Selbst die wenigen Juden, die das anprangern, stehen vor einer fast unlösbaren Aufgabe. Die beiden auflagenstärksten Zeitungen, Yediot Aharonot und Ma'ariv haben kürzlich linke Journalisten entlassen, darunter auch den angesehenen Reporter Meron Rappaport, weil sie die Regierungspolitik zu offen kritisierten. Alle Artikel, die mit Sicherheitsbelangen zu tun haben, sind der Militärensensur unterworfen. Gegen deren Entscheidungen ist kein Einspruch möglich.

In einer beiläufigen Enthüllung

berichtete die Zeitung Ha'aretz vor einigen Wochen, dass über mehrere Jahre hinweg die oberste Rundfunkbehörde (IBA) illegale Straßensperren in arabischen Gebieten innerhalb Israels errichtet hatte, an denen Fahrer angehalten und zur Zahlung von Gebühren aufgefordert wurden, wenn sie keine Fernseh-Lizenz vorweisen konnten. Fast fünf Millionen Shekel wurden von den arabischen Bürgern mit der Drohung erpresst, ihre Autos würden beschlagnahmt oder sie erhielten ihre Papiere nicht zurück. In einigen Fällen wurden die „Schulden“ der Fahrer durch Behördenvertreter gefälscht. Diese Straßensperren werden nur in arabischen Gebieten errichtet und sind zwar völlig ungesetzlich, werden aber mit Beteiligung von Polizisten durchgeführt.

Sprache

Obwohl Landessprache, steht Arabisch weit unter der Bedeutung, die das Hebräische und selbst das Englische – welches keine Staatssprache ist – haben. Kaum ein jüdischer Israeli lernt in der Schule mehr als das arabische Grundvokabular, wohingegen es für palästinensische Schüler erforderlich ist, bis zur Bagrut (Abitur) Hebräisch als Hauptfach zu nehmen. Für exzellentes Hebräisch werden Extrapunkte vergeben, nicht so hingegen für Arabisch, was es für palästinensische Schüler viele schwerer macht an die Universität zu gelangen.

Es gibt einen beständigen Strom von Geschichten über arabische Arbeiter, die entlassen wurden, weil sie am Arbeitsplatz Arabisch gesprochen hatten, darunter im März bei McDonald's Israel. Solche Geschichten bilden nach Angaben arabischer Arbeiterorganisationen wie Sawt al-Amal nur die Spitze des Eisbergs. Obwohl es vor kurzem gerichtliche Erfolge bei der Einbeziehung des Arabischen in Straßenzeichen gab, wird zumeist dem Hebräischen und selbst dem Englischen der Vorzug gegeben, sogar in gemischt jüdisch-arabischen Städten. Die Entscheidung des Gerichts entsprang der Sorge der Richter, dass der Mangel an arabischen Verkehrszeichen zu Unfällen führt. Obendrein führen fehlende

Gehwege, schlechter Straßenzustand und unbefestigte Straßen in Gebieten mit arabischer Bevölkerung dazu, dass palästinensische Bürger mehr als doppelt so häufig bei Verkehrsunfällen sterben. Öffentliche Versammlungen werden in Hebräisch abgehalten, wie auch alle Gerichtsverhandlungen. Ein Versuch staatlicher Stellen, Arabisch sprechende Bürger zur Übernahme der Übersetzerkosten bei Gerichtsverfahren zu verpflichten, liegt noch nicht lange zurück.

Bildungswesen

In Israel ist das Bildungswesen für Juden und Araber bis zur Universität vollständig getrennt. Das wird damit begründet, dass beide Völker sich in Sprache und Kultur unterscheiden und überwiegend in unterschiedlichen Wohngebieten leben. Begründet wird damit jedoch auch eine getrennte Budgetierung für das Erziehungswesen. Wegen der höheren arabischen Geburtenrate machen arabische Schüler ein Drittel der Gesamtzahl der Schüler aus, aber arabischsprachige Schulen erhalten nur sieben Prozent des Budgets des Erziehungsministeriums. Diese ungleiche Finanzausstattung wird noch verstärkt durch die viel niedrigeren Zuteilungen an arabische Gemeinden, die ebenfalls einen Teil der Kosten für Schulen tragen.

Ein Bericht von Human Rights Watch aus dem Jahr 2001 weist auf die systematische Diskriminierung bei den Bildungsausgaben hin, die palästinensische Kinder benachteiligen: Die Klassen sind deutlich größer; es gibt weniger Schulbücher und viele von ihnen sind ungeeignet; die Gebäude sind in weitaus schlechterem Zustand; es gibt einen großflächigen Mangel an Kindergärten, überbetrieblicher Ausbildung und Förderunterricht. Der Standard von Einrichtungen für behinderte Kinder wird besonders harsch kritisiert. Im Gegensatz dazu kommt einem beachtlichen Anteil jüdischer Kinder – aus säkularen wie aus orthodoxen Familien – ein System der doppelten Förderung von Schulen, die von ultraorthodoxen Organisationen betrieben werden, zugute, die Gelder sowohl vom Erziehungsministerium

als auch vom Ministerium für religiöse Angelegenheiten erhalten. Deren Grundschulen, die eine Art fundamentalistisches Judentum lehren, werden mittlerweile von einem Viertel aller jüdisch-israelischen Kinder besucht.

Das kontinuierliche Interesse der Sicherheitskräfte an der Gestaltung der Schulbildung der palästinensischen Minderheit gilt dem Ziel zu gewährleisten, dass arabische Kinder nicht von ihrem kulturellen Erbe oder ihrer Geschichte erfahren oder Erkenntnisse über ihre nationale Identität bekommen. Ein höherer Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes Shabak (Shin Bet) beschrieb gegenüber Ha'aretz die traditionelle Politik des Sicherheitsdienstes folgendermaßen: „Der Shin Bet bestimmte und lenkte nicht nur die Ernennung der Schulleiter und Lehrer an arabischen Schulen, sondern entschied auch, wer dort Hausmeister ist und wer die Toiletten reinigt.“ Nach wie vor gibt es dort eine Abteilung, die Sicherheitsüberprüfungen bei Lehrern durchführt und Vorfälle untersucht, bei denen „politische“ Aktivitäten vermutet werden: Diskussionen über palästinensische Geschichte oder Identität.

Der Lehrplan für arabische Kinder ist ebenfalls ein anderer als der für jüdische, obwohl es ersichtlich keine Rechtfertigung für diesen Unterschied gibt. Beispielsweise wird Weltliteratur an arabischen Schulen üblicherweise nicht gelehrt, etwa Shakespeare, Tschechow oder Molière. Mahmud Ghannayim, Leiter der Abteilung für arabische Sprache und Literatur an der Universität Tel Aviv, befürchtet, dass dieser verwehrt Zugang zur Weltliteratur Teil „des Versuchs der Regierung ist, einen arabischen Schüler zu schaffen, der nicht weltoffen ist“. Dieser Mangel wird nicht durch die reiche arabische Literatur ausgeglichen. Der Lehrplan, der unverändert seit 1981 gilt, schließt die meisten der berühmtesten palästinensischen Dichter aus, Mahmud Darwish, Rashid Hussein und Samih al-Qassem, desgleichen palästinensische Schriftsteller wie Ghassan Kanafani. Das einzige jüdische Mitglied in der Kommission, die den Literatur-Lehrplan 1981 beschloss,



legte sein Veto bei jedem Werk ein, das „einen bösen Geist erzeugen“ könnte. Paradoxiertweise ist Darwish⁸ – obwohl selten gelehrt – im Lehrplan für jüdische Schulen enthalten.

Der Lehrplan für Geschichte für arabische Kinder wurde 1982 von einem jüdisch dominierten Gremium aufgestellt und streift kaum die palästinensische Geschichte. Eine überarbeitete Pilotversion von 1999, die der palästinensischen Erfahrung mehr Raum gibt, wird fast nie in Schulen benutzt. Nach Meinung von Said Barghuti, dem früheren Aufsichtsbeamten für Geschichte und Sozialkunde, hat das Bildungsministerium die entsprechenden Lehrbücher nie drucken lassen. Aber nun gibt es eine neue Ausgabe für Sozialkunde – die erste, die gleichermaßen für jüdische und arabische Kinder die Grundlage sein soll. Auf Hebräisch lautet der Titel: „Bürger sein in Israel, einem jüdischen und demokratischen Staat“; auf Arabisch heißt es: „Bürger sein in Israel“ – wie weitere kleinere Veränderungen, was bedeutet, dass der jüdische Charakter des Staates heruntergespielt wird. Doch die Bildungsministerin Limor Livnat bestand darauf, dass arabische Schulen gezwungen werden sollen, sich stark mit dem zionistischen Staat zu identifizieren. Schulen, die die israelische Flagge nicht hissen oder die Schülerschaft nicht die israelische Staatshymne singen lassen – welche Passagen enthält, die den Staat mit dem jüdischen Volk gleichsetzen – wurden mit Aussetzen

von Geldzuweisungen bedroht.

Obwohl die Ausbildung an Fach(hoch)schulen und Universitäten gemeinsam erfolgt, sind arabische Studenten stark marginalisiert. Sie stellen zwar fast ein Viertel der Jugendlichen, dennoch sind nur acht Prozent von ihnen in Universitäten eingeschrieben. Der Zugang für sie ist viel schwerer aufgrund einer Maturaprüfung mit einem Punktsystem, das die hebräische Sprache deutlich höher bewertet als die arabische. Psychometrische Auswertungen, die bei der Auswahl von Bewerbern eingesetzt werden, benachteiligen arabische Schüler ebenfalls, denn sie sind kulturalistisch gefärbt und werden in englischer Sprache durchgeführt, die arabische Schüler als dritte Sprache lernen, nach Arabisch und Hebräisch. Auch das obligatorische Aufnahmeinterview wird immer in Hebräisch durchgeführt. Ein im Jahr 2003 eingesetztes, überarbeitetes Aufnahmesystem wurde im November wieder aufgehoben, nachdem Beamte erkannt hatten, dass arabische Kinder aus ärmeren Familien vom neuen System profitierten. In den Worten der Zulassungsbehörde war das auf Kosten von jüdischen Kindern gegangen.

Der Anteil arabischer Dozenten an den Universitäten ist noch niedriger als der der Studenten und liegt bei einem Prozent. Die Stellen vieler Dozenten und Professoren werden durch den Staatssicherheitsrat, ein Geheimdienstorgan, finanziert und viele Dozenten müssen als Teil ihrer

Arbeit auch Militär und Polizei unterrichten. Proteste arabischer Studenten auf dem Campus sind nur mit sehr großen Einschränkungen zugelassen. Die Universität Haifa, an der viele arabische Studenten eingeschrieben sind, behält sich stets mehrere Tage Bedenkzeit für die Genehmigung von Demonstrationen vor und hat verschiedentlich arabische Studentenführer suspendiert oder relegiert. Auf einer solchen Demonstration mit einer palästinensischen Flagge zu teilzunehmen kann zur Verhaftung durch die Polizei führen. Hinzuzufügen ist, dass Versuche eine arabischsprachige Universität zu gründen, bisher vom Staat blockiert wurden.

Religion

Grundsätzlich sind die religiösen Rechte geschützt, wie etwa die Freiheit der Religionsausübung und die Gottesdienste. Aber in Wirklichkeit hat Israel eine Teil-Theokratie geschaffen, in der große Bereiche der privaten Handlungsweisen der Bürger unter der ausschließlichen Kontrolle der religiösen Behörden stehen. Innerhalb Israels ist beispielsweise eine zivilrechtliche Heirat genauso wenig möglich, wie eine interreligiöse. Es steht ausschließlich den staatlichen religiösen Behörden – ultraorthodoxen jüdischen, christlichen und muslimischen – zu, Geburt, Heirat und Tod zu beurkunden. Das Innenministerium weigert sich, Bürger auf Ausweisen anders als durch ethnische und religiöse Zugehörigkeit bestimmt einzuordnen. Auch das Adoptionsgesetz von 1981 bestimmt die Übereinstimmung der Religionszugehörigkeit als Voraussetzung zur Adoption. Das Ergebnis, wenn nicht gar Zweck all dieser Maßnahmen ist die Verstärkung der Ghettoisierung nicht-jüdischer Minderheiten.

Staatliche Mittel gehen in dem als demokratisch gepriesenen jüdischen Staat überwiegend an jüdische religiöse Institutionen: so erhielt die ganzen 90er Jahre hinweg die palästinensische Minderheit schätzungsweise zwei Prozent aus dem Haushalt des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten. Adalah, das Zentrum für Rechtsberatung und juristische Ver-

tretung der arabischen Minderheit, versuchte mit einigem Erfolg diese diskriminierende Praxis gerichtlich anzufechten. Im Jahre 2000 erkannte das Oberste Gericht eine Klage gegen die Vergabe des gesamten Budgets für Friedhöfe nur an den jüdischen Bereich durch das Religionsministerium an. Die Umsetzung des Urteils steht jedoch immer noch aus.

Die Behörde für Altertümer verwendet die meisten Mittel zur Ausgrabung und Konservierung antiker jüdischer Stätten. Das wird durch ein weiteres Gesetzesrelikt aus der Ära des britischen Mandats unterstützt, das die Klassifizierung von nach 1700 u. Z. entstandenen Kunstgegenständen als Antiquitäten untersagt. Diese Maßnahme verhindert den Schutz vieler historischer muslimischer und christlicher Stätten. Obwohl es prinzipiell keine Einmischung bei der Wahrnehmung muslimischer und christlicher Feiertage gibt, ist die israelische Arbeitswelt darauf ausgerichtet, nur jüdische Feiertage anzuerkennen: Viele Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft haben beispielsweise große Schwierigkeiten sich freitags oder sonntags frei zu nehmen oder während des Ramadan.

In der Unabhängigkeitserklärung versprach Israel die heiligen Stätten aller Religionen zu schützen. Tatsächlich wurden fast alle der moslemischen und christlichen heiligen Stätten, die es in Israel vor 1948 gab, zerstört, eingezäunt oder durch jüdische Kommunen benutzt. Die Moschee in der jüdischen Künstlerkolonie „Ein Hod“ bei Haifa ist heute ein Restaurant, wie auch viele Kibbutz- und Moshav-Kollektive⁹ Kirchen und Moscheen konfiszierten, um sie als Viehställe zu nutzen. Ähnlich wurden Friedhöfe, die zu palästinensischen Dörfern gehörten, zerstört oder dürfen nach 1948 nicht benutzt werden, auch wenn überlebende Flüchtlingsfamilien noch daneben wohnen. Gerichte taten trotz der in dieser Sache angestregten Klagen fast nichts um christliche und moslemische heilige Stätten zu schützen.

Für zehn Prozent der Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft ist eine religiöse Praxis praktisch unmög-

lich, weil sie auf dem Verwaltungsweg kriminalisiert wurden und in Dörfern leben, deren Existenz vom Staat nicht anerkannt wird, obwohl sie schon vor der Gründung des Staates Israel bestanden hatten. Diese Bürger haben auch kein Recht auf Gebäude zur Religionsausübung. Im Februar 2003 ließ die Regierung eine Moschee zerstören, die die Beduinen des nicht anerkannten Dorfes Tal al-Mileh aus eigenen Mitteln errichtet hatten.

Demographie

Im September 2003 wurde nach vierjähriger Schließung von der Regierung innerhalb des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt ein Referat unter dem Namen „Öffentlicher Rat für Demographie“ wiedereröffnet. Hauptaufgabe des Rates ist die „Bewahrung des jüdischen Charakters Israels“ und die Beaufsichtigung des „Zentrums für Demographie“, eine Einrichtung ebenfalls innerhalb des Ministeriums. Besetzt mit Akademikern, Gynäkologen und Juristen, obliegt dem Rat die Aufgabe, ein staatliches Konzept zur Hebung der jüdischen Geburtenrate inklusive einer Senkung der „Empfängnishäufigkeit“ großer arabischer Familien zu entwickeln. Dazu gehört der Versuch der Regierung, das Kindergeld und weitere staatliche Leistungen an den Militärdienst zu knüpfen, von dem die meisten Palästinenser ausgeschlossen sind.

Israelische Politiker sehen das „demographische Problem“ auf zwei Ebenen: als regionales und als nationales. Auf lokaler Ebene ist der Staat seit seinem Bestehen unermüdlich bestrebt dafür zu sorgen, dass palästinensische Bürger in keiner Region innerhalb des Staates zahlenmäßig überwiegen. Da es zwei arabische Siedlungsschwerpunkte im Staat Israel gibt, im nördlich gelegenen Galiläa und im südlichen Naqab/Negev, führte diese Politik zu einem starken staatlichen Eingreifen in die Entwicklung dieser Gebiete. Galiläa und Naqab waren und sind gleichermaßen Objekte einer staatlichen „Judaisierung“, wie staatliche Stellen dies nennen: Damit sollen Juden, häufig arme Einwanderer, durch ein System staatlicher Zuschüsse, günstiger Hypo-

theken und steuerlicher Förderungen dazu gebracht werden in Städte und Siedlungen zu ziehen, die auf konfisziertem arabischen Land erbaut wurden. Arabische Gemeinden erhalten solche Vergünstigungen nicht.

Auf nationaler Ebene herrscht Übereinstimmung darüber, dass es ein historischer Missgriff war, 1948 den 150 000 Palästinensern zu erlauben auf ihrem Land zu bleiben, woraus dem moderne Israel „eine existentielle Krise“ erwachsen sei – gemeint ist damit, dass der Staat nicht als ein jüdischer Staat bestehen kann, wenn darin zu viele Araber leben. Wissenschaftler weisen darauf hin, dass innerhalb eines Jahrzehnts die Palästinenser – in den besetzten Gebieten und in Israel zusammengenommen – die Juden in dem, was einmal Palästina war, zahlenmäßig überrunden werden. Diese Ansicht sorgt sogar in der „Linken“ für Bestürzung: Der „neue Historiker“ Benny Morris¹⁰ kritisierte Ben Gurion, den ersten israelischen Präsidenten, dafür, nicht noch gravierendere Kriegsverbrechen begangen zu haben um das Land völlig von Nicht-Juden zu säubern.

Doch die Debatte ist nicht nur eine historische oder akademische. Im Mai rief der ehemalige Transportminister Avigdor Lieberman im Militärradio zur Vertreibung der Araber aus Israel auf¹¹. Es war nicht das erste Mal, dass er und andere Minister derartige rassistische Bemerkungen gemacht haben. Auf der bedeutenden Herzliya-Konferenz von 2003 forderte Dr. Yitzhak Ravid, der Leiter einer Forschungsgruppe in der staatlichen Rüstungsbehörde, dass Israel eine „stringente Familienplanung in Bezug auf seine muslimische Bevölkerung“ einführen solle. Demographische Warnungen wurden auch von ganz oben erteilt, so in einer Rede des Finanzministers und voraussichtlich nächsten Premiers Benjamin Netanyahu. Er stellte fest: „Wenn es ein demographisches Problem gibt, was ja der Fall ist, so hat es mit den israelischen Arabern zu tun, die israelische Bürger geblieben sind.“ Premierminister Sharon selbst ließ wiederholt die Idee eines „Transfers“ der hunderttausend Bewohner des als „kleines Drei-

eck“ bekannten arabisch dominierten Gebiets entlang der grünen Linie in die Westbank verlauten, offenbar als Versuchsballon. Von der Notwendigkeit ihrer Zustimmung sprach er nicht.

Staatsbürgerschaft

1950 sprach Ben Gurion davon, dass das israelische Staatsbürgerschaftsrecht und das „Recht auf Rückkehr“ zusammen die „Bill of Rights“¹² von Israel und urkundliches Recht aller in der Diaspora lebenden Juden ausmache. Eigentlich sind es diese beiden Rechte – weltweit haben Juden das Recht ihren Anspruch auf Einwanderung nach Israel geltend zu machen und erhalten dort sofort die Staatsangehörigkeit – die das Rückrat des juristischen Systems der staatsbürgerschaftlichen Diskriminierung bilden. Unter diesem Rechtssystem wird der einheimischen Bevölkerung, den Palästinensern, entweder die Staatsbürgerschaft vollständig vorenthalten – das sind die Flüchtlinge im Exil – oder sie werden Staatsbürger zweiter Klasse – Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft, „israelische Araber“. Diese Klassifizierungen sind unveränderlich, da keine palästinensische Einwanderung – als Gegengewicht zur jüdischen Einwanderung – zugelassen ist. Die rare Ausnahme waren Palästinenser, die die israelische Staatsbürgerschaft durch Heirat israelischer Staatsbürger erlangten. Diese Lücke wurde allerdings vergangenen Sommer durch die Knesset geschlossen. Sie verabschiedete eine Novellierung des Gesetzes, die die Familienzusammenführung in nur einem Fall ausschließt: bei Heiraten zwischen Israelis und Palästinensern. Alle anderen Fälle der Familienzusammenführung blieben davon unberührt. Amnesty International und Human Rights Watch verurteilten das Gesetz als blanken Rassismus.

Nationalität

Mit der Frage der Staatsbürgerschaft – ein territorialer Streitpunkt – hängt auch die Frage der Nationalität zusammen – ein Problem der Identität. Israel hat seinen Staatsbürgern nie eine „israelische“ Identität zugesprochen. 1970 stützte das Oberste Gericht eine

Entscheidung der Regierung, dass es so etwas wie israelische Identität nicht gäbe. Anstelle dessen erkennt das Innenministerium eine von 137 möglichen Statusformen an: jüdisch, georgisch, russisch, hebräisch, bis zu arabisch, drusisch, abchasisch, assyrisch und samaritanisch.

Jede der Staatsbürgerschaft beigeordnete Identität – und ihre voraussichtliche Beeinträchtigung der Staatsicherheit – ist für die Behörden durch das ethnische Kennzeichen oder eine Code-Nummer sofort ersichtlich.

Land

Das Bestreben der Behörden war unermüdlich, nach 1948 so viel arabisches Land in Privatbesitz als möglich unter staatliche und anschließend jüdische Kontrolle zu bringen. 1948 war die jüdische Gemeinschaft gerade mal Herr über sechs Prozent des Landes, wohingegen sich heute 93 Prozent entweder unter der Kontrolle einer staatlichen Körperschaft mit dem Namen Israel Land Authority befinden oder quasi-staatlicher zionistischer Körperschaften wie der Jewish Agency oder dem Jewish Nation Fund. Diese Transformation erfolgte durch großflächige Beschlagnahmungen privater Ländereien in palästinensischem Besitz oder von Flüchtlingen des 1948er-Krieges durch eine Gesetzgebung, die bekannt ist als „Gesetz der abwesenden Eigentümer“ (Absentee Properties Law) oder durch fortgesetzte Zwangsenteignung von Grundbesitz palästinensischer Bürger für militärische Sperrgebiete, Landschaftsschutzgebiete oder jüdische Einwanderung. Heute besitzen palästinensische Gemeinden nur mehr drei Prozent des Landes und haben über noch weniger die Verfügungsrechte – denn große Teile davon fallen in die Zuständigkeit blockierender jüdischer Regionalräte.

Der Mechanismus der Landkontrolle schreibt ein gesetzlich geltend gemachtes System territorialer Trennung oder Apartheid fest. Der Versuch einer ausschließlich jüdischen Gemeinde namens Katzir, die Wohnrechte der Familie Qaadans zu blockieren, war die vergangenen neun Jahre über ein Testfall. Obwohl die Gerich-

te bereits widerstrebend der Klage der Qaadans Recht gegeben hatten, blieb die Inkraftsetzung aus. Im Mai, kurz vor einer weiteren Anhörung, wies die israelische Landbehörde schließlich den Qaadans in Katzir ein Grundstück zu, um ein weiteres Gerichtsurteil zu vermeiden. Jedoch schuf der Fall keinen rechtlichen Präzedenzfall: Zu der Frage, ob die Prüfungskomitees dieser Gemeinden, bzw. der Hauptausschlussmechanismus legal ist, äußerten sich die Gerichte nicht. Der ethnische Würgegriff der Selektion in diesen Hunderten von ausschließlich jüdischen Gemeinden muss erst noch aufgebrochen werden. Die nächste arabische Familie, die der ethnischen Trennung in Israel entgegen treten will, muss den gleichen kosten- und zeitaufwändigen Kampf um ihre Rechte, wie ihn die Qaadans geführt haben, wieder von vorn beginnen.

Palästinensische Bürger sind in der Hierarchie der staatlichen Planungskomitees kaum vertreten. Diese Komitees bestimmen über Flächenwidmungspläne und Mittel für zukünftige Entwicklungen. Dutzende arabischer Gemeinden, die meisten älter als der Staat Israel, gelten offiziell als illegal – sie werden als „nicht anerkannte Dörfer“ bezeichnet – und haben überhaupt keine Bau- oder Planungsrechte. Ein neuerer Regierungsbericht benennt allein für das Naqab-Gebiet 30 000 illegale Ansiedlungen. Vergangenes Jahr wurden 500 Häuser in Ostjerusalem und in Israel zerstört. Auch für legale arabische Gemeinden sind Neubau-Genehmigungen schwer zu bekommen.

Wirtschaft

Ein Bericht des Tel Aviver Avda-Zentrums für Gleichheit wies letztes Jahr daraufhin, dass sich die 36 gravierendsten Brennpunkte der Arbeitslosigkeit in arabischen Gemeinden befinden. Obwohl die nationale Arbeitslosenrate um die zehn Prozent schwankt, leiden viele Gemeinden – nachdem die Zahlen schon gefälscht wurden, um die arabische Arbeitslosenziffer nach unten zu drücken – unter Raten zwischen 25 und 30 Prozent. Palästinensische Bürger sind vor offener Diskriminie-

rung am Arbeitsplatz wenig geschützt. Erst kürzlich wurde bekannt, dass die bei den Erweiterungsarbeiten an der Knesset eingesetzten arabischen Arbeiter gezwungen wurden, mit einem rotem Kreuz gekennzeichnete Schutzhelme zu tragen, um Scharfschützen die Überwachung ihrer Bewegungen zu erleichtern. Eine Website, die sich „Hebräische Arbeit“ nennt und alle Unternehmen aufführt, die sich der Einstellung von Arabern widersetzen, wurde trotz Beschwerden von Mossawa¹³ bei Polizei und Arbeitsministeriums nicht vom Netz genommen. Weite Teile der israelischen Wirtschaft sind der palästinensischen Minderheit „aus Sicherheitsgründen“ ohnehin verschlossen. Das umfasst nicht nur die großen Militärsparten wie die Rafael-Rüstungsbehörde, Atom-Reaktoren und die Luftfahrtindustrie, sondern viele staatliche Betriebe wie die Telefongesellschaft Bezeq, unter deren mehreren zehntausend Beschäftigten sich nur eine Handvoll arabischer Israelis findet. In einem Ha'aretz-Interview im Mai sagte Nachman Tal, ein früherer stellvertretender Direktor des Inlandgeheimdienstes, dass diese Diskriminierung durch den Staat weit verbreitet sei. „Kürzlich habe ich das genauer angesehen und fand heraus, dass von den 13 000 fest Angestellten nur sechs Beschäftigte Araber sind.“

In einem anderen Zusammenhang gab der Chef der israelischen Bank, David Kein zu, dass unter seiner Belegschaft von 800 kein einziger Araber ist. In ihrer gesamten fünfzigjährigen Geschichte beschäftigte die Bank gerade zwei Araber, die für den Geschäftsbereich in den 1967 besetzten Gebieten eingesetzt waren. Beide wurden 1994 mit der Übernahme dieser Aufgaben durch die Palästinensische Autonomiebehörde entlassen.

Die öffentliche Verwaltung ist der größte Arbeitgeber des Landes und gesetzlich verpflichtet, gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten. Kürzlich verabschiedete Gesetze, darunter eines, dessen Einführung von Azmi Bishara durchgesetzt wurde, verlangen sogar die bevorzugte Einstellung („affirmative action“) von Palästinensern mit israelischer

Staatsbürgerschaft in der öffentlichen Verwaltung und den Vorständen staatlicher Gesellschaften. Nach neuen Statistiken der Kommission für öffentliche Verwaltung sind von den 55 000 Beschäftigten nur fünf Prozent Araber. Und die Situation verschlechtert sich eher noch: Unter den im Jahr 2003 eingestellten 4 500 Beschäftigten waren nur vier Prozent Araber. Die meisten der arabischen Beschäftigten (57%) arbeiten im Gesundheits- oder im Bildungsbereich. Der Grund dafür liegt in der Notwendigkeit, im „arabischen Sektor“ Arabisch sprechende Angestellte in Kliniken und Schulen einzusetzen.

Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen ist die Situation in Wirklichkeit noch krasser. Die Zahlen für arabische Arbeiter umfassen auch alle anderen nicht-jüdischen Gruppen, wie etwa Einwanderer aus der früheren Sowjetunion, von denen Hunderttausende von den israelischen Rabbinateen nicht als Juden betrachtet werden, obwohl sie weitgehend in der jüdischen Gesellschaft integriert sind. Als Rechtfertigung für die Unterrepräsentation von Arabern kann nicht deren Mangel an Qualifikation geltend gemacht werden. Die meisten arabischen Absolventen mit einem Uni-Abschluss finden in der „jüdischen“ Privatwirtschaft keine Arbeit. In den Leitungsgremien von staatlichen Gesellschaften waren von den 641 Direktoren nur 31 Araber – das sind weniger als fünf Prozent.

Ein System der „Gebiete nationaler Priorität“, das Anwohnern und Unternehmen Sonderzuschüsse gewährt, gilt fast ausschließlich für jüdische Gemeinden – obwohl die Zahlen des zentralen Statistikbüros im Mai belegen, dass die ärmsten Gebiete in Israel zu siebzig Prozent arabisch sind. Die von Adalah¹⁴ eingereichte Klage zur Beendigung dieser Praxis ist bislang ohne Erfolg geblieben. Bis jetzt haben nur vier kleine arabische Dörfer diesen Status erhalten, neben 492 jüdischen Gemeinden.

Keine Chance besteht für die Schaffung von Jobs in High-Tech- oder kapitalintensiven Unternehmen in arabischen Gebieten. „Der Unternehmer kennt dort den Banker nicht;

er war nicht mit ihm zusammen in der Armee und findet das Netzwerk, das in der jüdischen Gesellschaft besteht, hier nicht vor“, sagt Naif Abu Sharqiya, der Kleingewerbe im arabischen Sektor untersucht. Stattdessen finden sich 35 Prozent der männlichen arabischen Uni-Absolventen als Lehrer wieder, drei Mal so viele wie jüdische. Diejenigen Araber, die es schaffen, eine Ausbildung im naturwissenschaftlichen oder technischen Fächern zu machen, haben nur die Wahl, im Ausland zu arbeiten oder ihre Abschlüsse an den Nagel zu hängen.

Politik

Seit den ersten Anfängen des Staates wurden so ziemlich alle unabhängigen politischen Aktivitäten der palästinensischen Minderheit streng geregelt oder verboten. Während der 18 Jahre Militärverwaltung (1948–1966) waren Umzüge zwischen Städten und Dörfern ohne die Genehmigung des Militärgouverneurs verboten. Versammlungsfreiheit bestand so gut wie gar nicht und arabische Parteien durften keine Zeitungen herausgeben. Stattdessen wurde arabischen Bürger eine Reihe „arabischer Listen“ angeboten, Ableger der etablierten zionistischen Parteien, ohne ein echtes programmatisches Angebot für die Minderheit. Die einzige unabhängige und bei der Minderheit beliebte Kommunistische Partei lehnte den zionistischen Staat ab und wurde in der gesamten Geschichte des Staates verfolgt. Noch in den späten 80er Jahren klassifizierte der Inlandsgeheimdienst Shin Bet die Partei „als Gefahr für den Staat“ und verbot ihre Versammlungen. Reuven Paz, ein früherer Geheimdienstmitarbeiter sagte: „Shin Bet ging davon aus, dass jede nationale Organisation der Araber eine unerwünschte Entwicklung wäre.“

Die erste unabhängige arabische Partei, al-Ard, hatte ein kurzes Leben. Sie wurde 1963 verboten und ihre Mitglieder inhaftiert. Danach mussten die Vertreter aller Parteien – einschließlich der arabischen – bei ihrer Wahl für die Knesset schriftlich ihre Loyalität mit dem Staat, der „jüdisch und demokratisch“ sei, erklären. Damit wurden eigenständige Repräsentanten der

Minderheit faktisch kastriert. Keiner der arabischen Parteien war es je gestattet, sich an einer Regierungskoalition zu beteiligen. An den Prozessen der Entscheidungsfindung war keine arabische Stimme je beteiligt – es sei denn, sie schließen sich zionistischen Parteien an.

Damit nicht genug, hat die jetzige Regierung eine unerbittliche Kampagne der Diskreditierung und Einschüchterung engagierter arabischer Politiker begonnen, ohne erkennbare Hinterfragung durch die Medien. Die Gruppe Arab Human Rights Association in Nazareth veröffentlichte 2002, kurz vor den letzten Wahlen in einem Bericht mit dem Titel "Silencing Dissent"¹⁵, dass Sicherheitskräfte Übergriffe gegen alle arabischen Knesset-Mitglieder verübt hatten, in einigen Fällen sogar mehrmals, auf friedlichen Demonstrationen. Bis auf einen mussten alle anschließend im Krankenhaus behandelt werden.

Zu den physischen Angriffen kommen Attacken auf juristischem Wege. Azmi Bishara wurde seine parlamentarische Immunität aberkannt und er wurde vor Gericht gebracht, weil er sich gegen die Besatzung ausgesprochen hatte. Vier führende Mitglieder von Abna' al-Balad, eine Bewegung, die einen gemeinsamen Staat von Juden und Arabern anstrebt, wurden im Februar in Administrativhaft genommen.

Nachtrag: Die jüngsten umfassenderen Veränderungen betreffen die vorläufig gestoppte Anwendung des "Absentee Laws" auf Ost-Jerusalem, über die Jonathan Cook am 4. Februar im Beiruter Daily Star berichtet¹⁶:

Israels jüngster Landraub ist Teil einer alten Strategie

Vergangenen Sommer wurde bekannt, dass Israel heimlich eine 55 Jahre alte Gesetzgebung im Anschluss an den arabisch-israelischen Krieg von 1948 wieder in Kraft gesetzt hatte. Die erneuerte Anwendung kam ans Tageslicht, als ein israelischer Rechtsanwalt von der israelischen Armee den versprochenen Zugang für seinen Klienten, den Bethlehemer Bauern Johnny Atik verlangte, damit dieser auf seine Felder

gelangen konnte. Dessen Land liegt nun auf der Jerusalemer Seite der „Sicherheits-Mauer“. Die Genehmigung traf nie ein; stattdessen erhielt Atik ein Schreiben, das ihn darüber aufklärte, dass sein Land der Behörde für Eigentum von Abwesenden übertragen wurde. Seine Felder seien nun staatliches Eigentum, eine Entschädigung dafür unzulässig.

Viele weitere palästinensische Bewohner des Westjordanlands haben ähnliche Schreiben erhalten – eine israelische Politik, die nur als Landraub im großen Maßstab charakterisiert werden kann. Nach den Worten des früheren stellvertretenden Bürgermeisters von Jerusalem, Meron Benvenisti, könnte auf diese Weise etwa die Hälfte von Ost-Jerusalem konfisziert werden. Die Unrechtmäßigkeit dieser gesetzlichen Finte ist so offensichtlich, dass die Amerikaner Druck auf Israel machen, damit aufzuhören. Trotz Hinweisen darauf, dass Generalstaatsanwalt Menachem Mazuz letztes Jahr Kenntnis von der Regierungsentscheidung hatte, behauptet er jetzt, dass er nie hinzugezogen worden sei. Er hob die Entscheidung auf, obwohl israelische Rechtsexperten sagen, dass die Regierung dennoch weiterhin das Gesetz anwenden könne. Mazuz' Widerstand gegen die neue Politik erwächst nicht aus Sinn für Gerechtigkeit, rechtlichen oder moralischen Bedenken; er befürchtet vielmehr Schaden für das israelische Interesse, sollte die internationale Gemeinschaft dadurch an den wahren Zweck der „Sicherheitsbarriere“ auf palästinensischem Land erinnert werden.

Deshalb schrieb Mazuz kürzlich an den israelischen Finanzminister Benjamin Netanyahu, dass die Entscheidung schwere diplomatische Auswirkungen hinsichtlich des Sicherheitszaunes haben könnte, der doch massive Kritik seitens des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag ausgelöst hatte. Jedoch ausgehend von früheren Entscheidungen, wird die Regierung von ihrem Chefjuristen höchstens wissen wollen, welche unauffälligeren Mittel es gibt, das gleiche Ziel zu erreichen, nämlich palästinensisches Land in israelischen Staatsbesitz zu überführen.

Zur Wahl stehen dann die Einrichtung von „Sicherheitszonen“ oder das Angebot nominaler Kompensationen.

Ein Editorial der Tageszeitung Ha'aretz bezeichnete die Konfiszierung sogar als „einen Akt staatlicher Dummheit höchsten Ranges“ und fügte hinzu, es sei „unmöglich, den regierungsamtlichen Diebstahl nicht zu erkennen“. Doch trotz aller Aufregung über die aktuelle Anwendung des Absentee Property Law, konnten die Israelis, ob links oder rechts, in den vergangenen über fünfzig Jahren ganz gut mit der Massenteignung der Palästinenser mithilfe genau dieses Gesetzes leben. 1948 war noch fast das ganze Land in palästinensischem Besitz. Aber durch dieses drakonische Gesetz von 1950 wurden Millionen Hektar von Land, tausende Häuser, Bankguthaben und weiterer Besitz im Wert von vielen Milliarden Dollar gemessen an ihrem heutigen Wert, von den schätzungsweise 800 000 Flüchtlingen an die Behörde für Eigentum von Abwesenden überschrieben.

Auf dem Land wurden jüdische Immigranten angesiedelt, mit dem Geld wurde ihre Einreise nach Israel finanziert. Zu Beginn der 50er Jahre beruhte die israelische Wirtschaft auf der Ausplünderung der Farmländer der palästinensischen Flüchtlinge, ob Olivenbäume, Weinberge oder Jaffaorangen-Haine. Dem Waqf – der islamische religiöse Fonds Palästinas – wurden durch den neuen Staat zwei Drittel seiner Ländereien abgenommen.

Den Flüchtlingen oder ihren Millionen Nachkommen, von denen viele heute in Armut in über den Mittleren Osten verstreuten Flüchtlingslagern vegetieren, wurde noch nie eine Entschädigung angeboten. Ebenso wenig wie Israel mit den im eigenen Land Lebenden Abwesenden je eine Vereinbarung angestrebt hätte: Einem Viertel der eine Million arabischer Staatsbürger Israels werden bis heute ihre gesamten Rechte an ihrem ursprünglichen Eigentum vorenthalten, indem sie in wahrhaft Orwell'scher Sprache zu „anwesenden Abwesenden“ erklärt wurden (anwesend in Israel, aber von ihrem Land im Jahr 1948 einen Tag oder länger abwesend).

Nach Angaben der Behörde stammen mehr als zwei Drittel der Bodenfläche Israels aus dem Eigentum „Abwesender“. Statistiken der UNO von 1956 legen eine noch höhere Zahl – fast achtzig Prozent – zugrunde. Wie der israelische Akademiker Don Peretz festgestellt hat: „Herrenloses Eigentum war einer der größten Beiträge um aus Israel einen lebensfähigen Staat zu machen.“

Der Eckpfeiler der diskriminierenden Politik des Landes ist der Jüdische Nationalfonds (KKL), der 13 Prozent des israelischen Landes besitzt. Gemäß seiner Satzung ist es seine Aufgabe ausschließlich jüdische Interessen wahrzunehmen. Der KKL beeinflusst wesentlich die Territorialpolitik Israels durch seinen großen Einfluss in den Planungskörperschaften.

Bis heute werden die Kämpfe arabischer Menschenrechtsgruppen in Israel um Anerkennung der Forderungen nach gleichen Rechten und Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen rundherum von den in dem Mythos erzogenen Israelis abgewehrt, dass der KKL das Land zu fairen und exakt festgelegten Bedingungen vor Gründung des Staates gekauft habe. In Wirklichkeit hatte der KKL nur einen winzigen Anteil des palästinensischen Landes vor des Schaffung Israels erworben. Der größte Teil der heutigen Ländereien in israelischem Besitz wurde durch den Staat erst in den Jahrzehnten danach transferiert, indem mittels des Absentee Property Law das große Reservoir des von palästinensischen Flüchtlingen konfiszierten Landes in Anspruch genommen wurde.

Jonathan Cook

Jonathan Cook ist ein britischer Journalist, der für den Guardian/Observer in London und für das Wochenblatt al-Ahram in Kairo, aber auch für weitere internationale Medien (wie die britische Times, Le Monde Diplomatique in Paris, The Daily Star in Beirut, al-Jazeera) schreibt. Er lebt in Nazareth, dem Zentrum der palästinensischen Minderheit in Israel. Ende 2003 heiratete er Sally Azzam, eine Palästinenserin aus Nablus mit israelischer Staatsbürgerschaft.

Seine Artikel sind im Internet auf seiner Homepage unter www.jkcook.net zugänglich, sowie auf der Website "Palestine: Information with Provenance", student.cs.ucc.ie/cs1064/jabowen/

IPSC/php/authors.php?aid=239

Der Text erschien in zwei Teilen erstmals im Juli 2004 in der Wochenzeitschrift Al-Ahram unter weekly.ahram.org.eg/2004/698/op11.htm und weekly.ahram.org.eg/2004/699/op11.htm

- 1 Inhaftierung ohne Anklage oder Verurteilung
- 2 Grüne Grenze: Verlauf der Waffenstillstandslinie 1948/9
- 3 übersetzt etwa „Lasst sie draufgehen!“
- 4 Legale, zugelassene politische Organisation in Israel, deren führende Aktivisten weiterhin vor Gericht stehen. Neben ihrer „unerwünschten“ Verteidigung sozialer und politischer Rechte der arabischen Minderheit, gehen Menschenrechtsgruppen und Anwälte davon aus, dass die finanzielle Unterstützung Bedürftiger durch die Organisation in Gaza und Westbank das Hauptmotiv für ihre politische Verfolgung darstellt. Nach einer Zeitungsmeldung (Ha'aretz, 23. Dezember 2004) legte ein vom Gericht bestellter Sachverständiger in seinem über mehrere Tage hinweg vorgetragenen Gutachten die Charakteristika der „arabischen Mentalität“ dar, darunter „sich stets als Opfer betrachten“, „krankhaften Antisemitismus“ und den Hang, die Sauberkeit zu vernachlässigen (in schmutzigen Ortschaften zu leben); er bekräftigte seine Meinung, dass die israelischen Araber „an den Eutern des Landes saugten“ und eine „Bürde für den Staat“ seien.
- 5 Im Mai 2003 schrieb Uri Avneri einen Artikel, der sich mit der Organisation und ihrer Kriminalisierung und Verfolgung durch den israelischen Staat auseinandersetzt, in deutscher Übersetzung mit dem Titel „Die Zähne der Kinder“ erschienen unter: www.zmag.de/artikel.php?id=638
- 6 Der spirituelle Führer Scheich Raed Salah saß die Zeit bis zu seinem Prozess im vergangenen Jahr in Haft, die Anklage lautete ursprünglich auf Unterstützung von Terrorismus. Als die Haltlosigkeit dieser Beschuldigung offenbar wurde, verlegte man sich auf die Anklage wegen finanzieller Irregularitäten seiner Organisation, der Islamischen Bewegung.
- 7 Erst Anfang Januar 2005 wurde das gerichtliche Verfahren gegen Scheich Raed und weitere Mitglieder der islamischen Organisation abgeschlossen, Anklagen wie Terrorismusunterstützung oder Bildung einer terroristischen Vereinigung mussten endgültig fallengelassen werden, meldete Reuters unter uk.news.yahoo.com/050112/325/fa4xi.html, gleichlautend auch die palästinensische Website IMEMC vom 12. Januar unter www.imemc.org/archive.htm
- 8 Von Mahmud Darwish sind auch mehrere Bücher auf deutsch erschienen. Er erhielt unter anderem 2003 zusammen mit dem israelischen Schriftsteller Dan Bar-On den Remarque-Preis der Stadt Osnabrück.
- 9 Moshav: ursprünglich kleinere landwirt-

schaftliche Einheit zur Bewirtschaftung durch eine Familie

- 10 Als Neue Historiker wird eine Gruppe israelischer Historiker bezeichnet, deren Ziel es ist, die Geschichte Israels und des Zionismus einer Revision zu unterziehen. Maßgebliche Historiker dieser Richtung sind Benny Morris, Ilan Pappé und Avi Shlaim. Ihre Forschung beruht auf der Auswertung israelischer Regierungsdokumente, arabische Quellen wurden – was oft Anlass zur Kritik gab – bisher vernachlässigt.

Kernthese dieser Schule ist, dass zur Errichtung des Staates Israel die Vertreibung eines Teils der arabischen Bevölkerung nötig war, was von der offiziellen israelischen Geschichtsschreibung bis dahin als freiwillige Migration gedeutet wurde. Daraus folgt nach Meinung der „neuen Historiker“ eine Mitverantwortung des Staates Israel für den Nahostkonflikt.

Die Thesen der „Neuen Historiker“ werden sowohl von der zionistischen Geschichtsschreibung angegriffen, die den Standpunkt der „freiwilligen Migration“ vertreten, als auch von pro-arabischen Autoren, die sie der Verharmlosung beschuldigen.

- 11 www.freace.de/artikel/200405/110504a.html
- 12 etwa: verfasste Grundrechte
- 13 eine zivilrechtlich orientierte Organisation für die Verbesserung des Status der arabischen Minderheit in Israel. www.mossawacenter.org
- 14 Eine weitere Organisation, die Rechtshilfe anbietet. www.adalah.org
- 15 übersetzt etwa: Abweichler zum Schweigen bringen. www.arabhra.org/publications/reports/PDF/SilencingDissentFinal.pdf
- 16 Daily Star, 4. Februar 2005; Jonathan Cook: Israel's latest land grab is part of an old strategy. www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=10&categ_id=5&article_id=12359# Ein Artikel des linken Starjournalisten Meron Benvenisti in Ha'aretz zum selben Thema unter www.haaretz.com/hasen/spages/538398.html (engl.), in deutscher Übersetzung zu finden unter dem Titel „Eine schändliche Sorte von Zionisten“ auf der Website Freunde Palästinas, www.freunde-palaestinas.de

Buchbesprechung

Michael Warschawski: Mit Höllentempo

Die Krise der israelischen Gesellschaft

Michael Warschawski, 1949 in Straßburg geboren, seit seinem 16. Lebensjahr in Israel, sieht Israel mit Höllentempo auf den Abgrund zurasen. „Die ganze Gesellschaft ist krank, schwer krank.“ (S. 107) Die sogenannte einzige parlamentarische Demokratie des Nahen Ostens hat zwar ein Parlament, ist aber real eine Pseudodemokratie. (S. 98) Sie hat weder Staatsgrenzen festgelegt, noch eine Verfassung verabschiedet. Gesetze, auch das Grundgesetz, werden dem jeweils aktuellen Bedarf von Politikern und Militär angepasst. Seit 1996 ist die Armee im Verhältnis zur Regierung eine autonome Macht geworden. Und die fundamentalistischen religiösen Parteien, für die der Begriff Demokratie nicht einmal existiert, haben stetig an Einfluss gewonnen. Für seine arabischen Bürger ist Israel ein klassischer Apartheidstaat.

Die immer weiter um sich greifende Ideologie, nunmehr offen getragen von etwa einem Viertel der Abgeordneten und etwa der Hälfte der Minister in der derzeitigen Regierung, besteht laut Warschawski aus folgenden Elementen: „einem militärischen Nationalismus, mehr oder weniger eng mit religiösem Fundamentalismus verknüpft, einem unverhohlenen Rassismus, einem von Messianismus durchtränkten Durchhaltewillen und der Infragestellung aller demokratischen Normen. All das eingebettet in eine allgemein gewordene Paranoia, die die ganze Welt als Bedrohung für die Existenz der Juden betrachtet, im Nahen Osten wie anderswo.“ (S. 105)

In dieser Stimmung gedeihen die Gewalt gegen die Palästinenser und die immer unverhüllteren Forderungen nach ihrem Transfer in andere arabi-

sche Länder, sowie damit einhergehend die Verrohung und Gewaltbereitschaft in Israel selbst. Die Dehumanisierung der Palästinenser, die ein terroristisches Volk seien, entmenschlicht letztendlich die Soldaten, für die es keine Kinder, Kranke, Großmütter oder Sterbende gibt, sondern nur mehr Terroristen, und die israelische Gesellschaft, die von der Angst vor dem Terroristenvolk beherrscht wird. „Denn die systematische Dehumanisierung des Kolonisierten führt unvermeidlich zur Dehuma-

oder verlassen das Land, nicht ohne eine fatale Rolle bei der Ideologisierung der waffenstarrten israelischen Gesellschaft gespielt zu haben und zu spielen. In den Jahren vor dem Mauerbau konnte man gerade von der intellektuellen Elite immer wieder die Forderung nach Sicherheit hören, einer Sicherheit, die ganz besonders hinter Mauern garantiert sei, „denn mit den Arabern könne man nicht vorsichtig genug sein.“ (S. 81)

Zusammen mit „An der Grenze“

(Besprechung in Intifada Nr. 17) ergibt „Mit Höllentempo“ eine aktuelle Bestandsaufnahme der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern sowie der Lage in Israel selbst. Was „Mit Höllentempo“ stellenweise an tieferer politischer Analyse vermissen lässt, macht das Buch durch starke Details und hellsichtige

Blitzlichter, die die israelische Gesellschaft durchleuchten, wett.

Michael Warschawski: Mit Höllentempo. Die Krise der israelischen Gesellschaft; Edition Nauilius, 2004 (Originalausgabe: 2003), 124 Seiten

Elisabeth Lindner-Riegler

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der Antimperialistischen Koordination in Wien.

Transfer: Frieden+Sicherheit

Die Araber besiegen – die Araber zerschlagen

Tod den Arabern

Der Friede ist eine Katastrophe, wir wollen Krieg!

Shoah für die Araber!

(Auszug einer Reportage über Plakate, Autoaufkleber und Graffiti in Jerusalem 2002 im Kapitel: Zwischenspiel – Die Wände haben das Wort, S 37–39)

nisierung des Kolonisators und seiner Gesellschaft.“ (S. 31)

Warschawski zitiert B. Michael, selbst Sohn von Überlebenden des Nazimords an den Juden: „Sechzig kurze Jahre – und aus Markierten, Nummerierten sind Markierende, Nummerierende geworden. Sechzig Jahre – und aus in Ghettos Eingesperren sind Einsperrende geworden.“ (S. 49)

Mit dem Ghetto für die Palästinenser haben die Israelis für sich selbst ein neues, waffenstarrtes Ghetto errichtet in dem die Gewalt ebenfalls, ob häuslich oder öffentlich, im Steigen begriffen ist, die Korruption blüht. Krasse Einkommens- und Vermögensunterschiede drohen auch den jüdischen Teil der Bevölkerung zu zerreißen.

Intellektuelle und Bessergestellte verschaffen sich eine zweite Staatsbürgerschaft, sitzen aufgepackten Koffern

Den Holocaust instrumentalisieren, um Kritik abzuwehren

Die große Zahl internationaler Staatsmänner, die das neue Holocaust-Museum in Yad Vashem besuchten, bestätigen die starke Position Israels im Westen. Israel wird in den Heimatländern dieser Politiker oft kritisiert, aber viele Israelis und Juden wollen – wie üblich – solche Kritik dem Antisemitismus zuordnen. Palästinenser und Leute vom linken Flügel, einschließlich Juden, werden entdecken, dass das Wissen über die israelische Besetzung in diesen Ländern dürftig und das Interesse der Öffentlichkeit dafür schwach ist.

Die Pilgerreise von so vielen europäischen Politikern nach Jerusalem zeigt, dass sie durch Kritik an Israel nicht abgeschreckt wurden – sie nahmen an einem Medienspektakel teil, was man nur als Unterstützung für Israel, so wie es heute ist, interpretieren kann.

Bestenfalls kann der Besuch als Ermutigung für beide Seiten angesehen werden, am „erneuerten Friedensprozess“ festzuhalten. Aber Ermutigung wozu? Für die Treffen zwischen Muhammad Dahlan und Nasser Yusef mit Shaul Mofaz? Für die Trennungsmauer, deren Weiterbau mit viel Energie voranschreitet – im Widerspruch zum Beschluss des Internationalen Gerichtshofes (ICJ) in Den Haag? Für die gönnerhaften israelischen „Gesten“ – zweihundert weitere Passierscheine für Geschäftsleute, eine Straße, die für private palästinensische Autos geöffnet ist, nicht nur für öffentliche Fahrzeuge? Oder für das fortgesetzte Abwürgen des palästinensischen Ost-Jerusalem und seine Abtrennung vom Rest des palästinensischen Gebietes – bei Verletzung der internationalen Forderung, dass Ostjerusalem als palästinensische Hauptstadt dienen soll?

Haben der deutsche Außenminister, der holländische und schwedische Ministerpräsident, nachdem sie sich getroffen und bewiesen hatten, dass sie des Holocausts gedenken, auch geplant, Israel daran zu erinnern, dass

alle Siedlungen illegal sind und nicht nur die Außenposten? Werden sie die Forderung stellen, dass Israel sie evakuiert? Welcher der Teilnehmer an der Zeremonie wird sich die Straßen nur für Juden ansehen und die, die nur für Palästinenser bestimmt sind? Wird jemand von ihnen gegen die Gesetze protestieren, die israelische Bürger nur deshalb diskriminieren, weil sie keine Juden – sondern Araber sind? Wird jemand mit Sanktionen drohen, bis diese Gesetze wieder zurückgenommen werden?

Einer der unerträglichsten und absurdesten Aspekte der Ungerechtigkeit, vor allem wenn sie unvorstellbare Ausmaße annimmt wie die der deutschen Mordindustrie (mit intensiver europäischer Unterstützung), ist, dass die Opfer und ihre Nachkommen sich an sie erinnern und täglich mit ihr leben, während die Täter sie verdrängen und vergessen und ihre Nachkommen sie einfach ignorieren können. Darum sollte die gesamte Masse an Diplomaten, die heute Sharons Audienz aufsucht, gehen und in ihrem eigenen Land über die europäische Verantwortung für den Holocaust reden – nicht in Israel, Berlin, Paris, Amsterdam, Krakau, Sarajevo und die Dörfer und Wälder rund um sie sind vollgesogen mit den Erinnerungen unserer Eltern und Verwandten, mit dem Vergessen der Täter und ihrer Nachkommen, mit der Hilflosigkeit und Gleichgültigkeit derjenigen, die damals tatenlos daneben standen. Mögen die Ministerpräsidenten und Außenminister dorthin gehen und die Erinnerung, das Wissen und das historische Verständnis wecken. Und nicht nur einmal im Jahr, am Befreiungstag von Auschwitz oder am Tag von Deutschlands Kapitulation – nur um noch ein Lippenbekenntnis abzugeben.

Wir spüren und erinnern uns täglich an den Schmerz dieser Vernichtung. Konfrontieren wir auch sie täglich damit z. B. mit der Inschrift auf einer Marmorplatte an jedem Haus,

in dem einst Juden lebten, dort, wo sie deportiert und wo sie ermordet wurden. An jedem Bahnhof, von dem Menschentransporte abgingen, sollte die Information stehen: wann, wie viele Züge pro Tag mit wie vielen Menschen. Die Namen der für die Transporte verantwortlichen sollten an den Polizeistationen, Bahnhöfen und Rathäusern stehen.

Die Art und Weise, die schwindende Erinnerung zu bekämpfen, kann nicht nur mit Denkmälern und Zeremonien abgetan werden. Dies sollte hauptsächlich durch eine kompromisslose Ablehnung der Herrenrasenideologie geschehen, die die Welt in überlegene und unterlegene Rassen einteilt und das Prinzip der Gleichheit unter Menschen leugnet. Wir wurden auf der Leiter der Nazi-Ideologie ganz unten platziert. Wäre diese Ideologie nicht kriminell gewesen, wenn wir in die oberen Ränge eingeteilt worden wären?

Eine Ideologie, die die Welt in wertvolle und weniger wertvolle, in hochwertige und minderwertige Menschen einteilt, muss nicht die Dimension des deutschen Völkermords erreichen, um untauglich und falsch zu sein wie z. B. die Apartheid in Südafrika. 38 Jahre israelischer Besetzung der palästinensischen Nation haben Generationen von Israelis daran gewöhnt, die Palästinenser als weniger wert zu betrachten und dass ihnen deshalb nicht dasselbe zusteht wie uns. Aber Pssst! Das darf man nicht laut sagen, weil die Israelis sonst entrüstet aufschreien: „Wie kannst du nur vergleichen?“

Aus demselben Grund ist es verboten, uns mit diplomatischen Drohungen aufzufordern, unsere Lebensweise zu ändern. Wir würden sie dann an unser ermordetes Volk erinnern. Dieses weit verbreitete Medienereignis von heute zeigt, dass Israel die Liquidierung der europäischen Juden in einen Aktivposten umgewandelt hat. Unsere ermordeten Verwandten werden von Israel dafür in Anspruch

genommen, dass es sich um internationale Entscheidungen gegen die Besatzung nicht im geringsten kümmern müsse. Das Leiden unserer Eltern in den Ghettos und in den über ganz Europa verstreuten KZs, die physische und psychische Angst und die Qualen, denen unsere Verwandten an jedem einzelnen Tag ausgesetzt waren bis zur „Befreiung“, wird als Instrument benützt, um jede internationale Kritik an der hier geschaffenen Gesellschaft zu vereiteln. Es ist eine Gesellschaft voller Diskriminierung auf der Basis von Nationalität und diese Diskriminierung breitet sich auf beiden Seiten der Grünen Linie aus.

Es ist eine Gesellschaft, die systematisch das palästinensische Volk von seinem Land vertreibt und seine Rechte als Nation und deren Chancen für eine menschliche Zukunft an sich reißt.

Amira Hass
Ha'aretz, 16. März 2005

Deutsche Fassung auf Grundlage der Übersetzung von Ellen Rohlf

In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfs dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org

Antiimperialistische Koordination
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich

Bank: PSK (1018 Wien)
Konto-Nr. 92 125 137
Bankleitzahl: 60 000
BIC: OPSK AT WW
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Seit 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- BIC und IBAN sind korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

Redaktion

Margarethe Berger, Doris Höflmayer, Willi Langthaler, Elisabeth Lindner-Riegler, Mohamed Aburous, Sonja Tschurlovits

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: Printfactory, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

